

34. Jahrgang

Nr. 1^{4/22}

April 2023

Sozialimpulse

Rundbrief

**Dreigliederung des
sozialen Organismus**

Krieg in Europa

Der Krieg der Narrative

Putins Exterminismus und
die Suche nach dem Notausgang

Globale Perspektive
auf den Ukraine-Krieg

Der blinde Fleck Osteuropa

Die Zukunft unserer Zeitschrift

Herausgegeben von der
Initiative Netzwerk Dreigliederung

Inhalt

Editorial	2
Der Krieg der Narrative. Kulturelle Zugehörigkeiten im russisch-ukrainischen Raum (Michael Zech)	3
Die Entscheidung für den Krieg: Putins Exterminismus und die Suche nach dem Notausgang (André Bleicher)	15
Die globale Perspektive auf den Ukraine-Krieg (Roland Benedikter)	25
Ungeliebte Nachbarn im europäischen Haus: Der blinde Fleck Osteuropa (Stefan Padberg)	35
Déjà vue 2014? (Günter Ludwig)	47
Aus der Redaktion	
Die Zukunft unserer Zeitschrift (Stefan Padberg, André Bleicher)	56
Netzwerktreffen 2023 Preisbildung zwischen Inflation und Krisengewinnen	59
Preisbildung zwischen Inflation und Krisengewinnen (Stefan Padberg)	59
Initiativen	
Stiftung Wege zur Qualität Seminarangebot Deutschland	60
Filmprojekt	60

Editorial

Das vorliegende Heft ist widrigen Lebensumständen abgerungen. Bitte sehen Sie mir die späte Fertigstellung nach.

Die Veröffentlichung der Vorträge unseres Oktober-Kolloquiums, in denen es um Russland, dessen Krieg gegen die Ukraine und wichtige Hintergründe ging, führte dazu, dass ein umfangreiches Themenheft zusammengestellt werden konnte. Wegen der sich ständig weiter entwickelnden Situation schien es nicht sinnvoll, die Beiträge auf mehrere Hefte über das Jahr zu verteilen. Das hat auch den Vorteil, dass dieses Themenheft in seiner Kompaktheit gut weitergegeben werden kann, ohne dass viele verschiedene Ausgaben bestellt werden müssten.

Es wird wegen seines Umfangs in unserer Zählung als Doppelheft gerechnet. Um die ausführlichen Beiträge aus dem Oktober-Kolloquium mit ihren vielseitigen Perspektiven möglich zu machen, haben wir diesmal auf die gewohnte Breite an Themen verzichtet. In den folgenden Ausgaben wird die Themenvielfalt wieder größer sein.

Wir beginnen mit dieser Ausgabe eine Debatte über die Zukunft der Zeitschrift. Wie es sich zeigt, befindet sich die Zeitschrift in einer komplexen Lage, in der es nicht mehr reicht, mit einzelnen Maßnahmen hier und da schrittweise Verbesserungen herbeizuführen. Den Beitrag am Ende des Heftes über die Zukunft der Zeitschrift möchte ich Ihnen deshalb besonders ans Herz legen. In der nächsten Ausgabe werden wir das Thema weiter verfolgen.

Vor uns liegt das Netzwerkjahrestreffen in Bad Boll, über das es sicherlich auch Berichte im nächsten Heft geben wird.

Ich bedanke mich herzlich für Ihre treue Unterstützung und grüße Sie.

Ihr Stefan Padberg

Impressum

Sozialimpulse – Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Herausgegeben von der Initiative Netzwerk Dreigliederung, Libanonstr. 3, D-70184 Stuttgart, Tel. +49 (0) 711 – 2368950, E-Mail: info@sozialimpulse.de, Internet: www.sozialimpulse.de. ISSN 18630480.
Redaktion/Verwaltung: Stefan Padberg. Lektorat: Cornelia Ludwig-Fröschl. Gestaltungskonzept: Marion Ehrsam. Logo: Paul Pollock. Druck: Offizin Scheufele, Stuttgart.
Es erscheinen vier Hefte pro Jahr. Der Versand (Abo) erfolgt auf Bestellung und gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr 40,- €). Zahlungen bitte durch eine Überweisung auf das „Treuhandkonto Czesla“ (IBAN: DE65 6005 0101 0001 1616 25, BIC/SWIFT-Code: SOLADEST600, Verwendungszweck: „Rundbrief 2023“) oder in bar. Bezieher in DE können uns auch ein SEPA-Lastschriftmandat erteilen (bitte genauen Betrag angeben). Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. ■

Krieg in Europa

Einleitung

Stefan Padberg

In diesem Heft finden Sie alle Beiträge des Forschungskolloquiums «Krieg in Europa – Treiber oder Blockierer für den Umbruch?», das am 21./22. Oktober 2022 im Forum 3 in Stuttgart stattgefunden hat. Die Vorträge behandelten die Hintergründe und die Perspektiven des Krieges mit sehr unterschiedlichen Herangehensweisen. Wir haben uns entschlossen, sie hier zu veröffentlichen und einem breiteren Publikum zur Verfügung zu stellen.

Der Freitagabendvortrag von Michael Zech analysierte die unterschiedlichen Narrative, mit denen auf russischer und ukrainischer Seite operiert wird, und ermöglicht so ein besseres Verständnis der kulturellen Hintergründe des Konfliktes. Der Beitrag entstand aus einer vom Autor durchgesehenen Transkription des Vortrags.

André Bleicher geht in seinem Beitrag der Frage nach, welchen politisch-ökonomischen Zwängen Russland gegenwärtig folgt und zeigt, dass das Handeln der russischen Führung nicht so irrational ist, wie in der Öffentlichkeit darzustellen es derzeit opportun zu sein scheint.

Roland Benedikter ergründet, in welchem globalen Kontext der gegenwärtige Konflikt steht. Er machte deutlich, dass er Konsequenzen für die neoliberale Globalisierung haben wird, die sich in „Zwei Globalisierungen“ aufspalten wird, so seine These. Der Beitrag entstand aus einer vom Autor durchgesehenen Transkription des Vortrags.

Der Beitrag von *Stefan Padberg* beschäftigt sich mit dem „blinden Fleck Osteuropa“, der das kulturelle, politische und wirtschaftliche Denken in Deutschland seit Langem prägen würde. Er begründet die Notwendigkeit eines radikalen Paradigmenwechsels im Blick auf Osteuropa, der auch vor lieb gewonnenen anthroposophischen Begrifflichkeiten nicht halt machen sollte.

Zusätzlich folgt ein Beitrag von *Günter Ludwig*, der am Kolloquium als Zuhörer teilgenommen hatte. Er ergänzt die Kolloquiumsbeiträge durch eine Darstellung der ungebrochenen Kontinuität imperialer Strukturierung der russischen Gesellschaft seit Putins Amtsantritt.

Der Krieg der Narrative

Kulturelle Zugehörigkeiten im russisch-ukrainischen Raum¹

Michael Zech

Zu Beginn möchte ich transparent machen, dass ich sowohl aus einer fachlichen als auch aus einer persönlichen Perspektive spreche. Ich bin verheiratet mit einer Ukrainerin, deren Muttersprache Russisch ist. Zudem war ich über viele Jahre sowohl in Russland und als auch in der Ukraine in Lehrerbildungs- und Schulentwicklungsprojekten tätig. Das Thema betrifft mich damit einerseits persönlich, andererseits blicke ich auf den russisch-ukrainischen Krieg notwendigerweise aus einer Außenperspektive. Wenn ich in dieser Darstellung nicht auf wirtschaftliche oder ökonomisch-ökologische Fragen eingehe, dann ist es keine Priorisierung, sondern dem Thema geschuldet. Ich möchte im Folgenden auf die komplizierten Zugehörigkeiten und Identitäten im osteuropäischen

Raum und dabei insbesondere auf ein Problem eingehen, das in dieser Auseinandersetzung zentral ist: auf den Krieg der Deutungshoheiten über historische Narrative.

Die Funktionalisierung des Gründungsmythos

Beide in den gegenwärtigen Krieg involvierten Staaten beziehen sich auf denselben Gründungsmythos, der allerdings unterschiedlich kontextualisiert wird: die frühmittelalterliche Rus. Sie ist ein 882 gegründetes staatliches Gebilde, wobei es treffender als Herrschaftsgebiet einiger von Warägern beherrschten Gebieten zu charakterisieren ist (Jobst 2022, S. 72-73). Die die osteuropäischen Flüsse Richtung Süden ziehenden Skandinavier schufen in dieser Zeit ein Gebilde von Tributsabhängigkeit und banden so das Gebiet zwischen Nowgorod und Kiew zusammen. Seither gilt in der osteuropäischen Erinnerungskultur Kiew als Zentrum der Rus. Über die Rolle der männerbündischen skandinavischen Herrschaft im Dnipro-Raum besteht unter den heutigen Historiker:innen keine einheitliche Meinung, weil sowohl aus der Perspektive der ukrainischen als auch der russischen Nationalgeschichte der ausländische Anteil an der Gründung der Rus in seiner Bedeutung herabgesetzt wird.

¹ Vom Autor überarbeitetes Transkript des öffentlichen Vortrags vom 21.10.2022 im Forum 3 in Stuttgart.

In der gegenwärtigen Auseinandersetzung um das historische Narrativ spielt die Übernahme des Christentums für die Rus eine zentrale Rolle: 988 ließ sich Wladimir – so nennen ihn die Russen – beziehungsweise Wolodymyr – wie ihn die Ukrainer nennen – taufen, weil er so die Gelegenheit wahrnehmen konnte, Anna, eine Schwester des byzantinischen Kaisers, zu heiraten. Er konvertierte mit dem Taufakt zum byzantinisch-orthodoxen Christentum und veranlasste nach der Überlieferung auch die Massentaufe seiner Gefolgsleute (Jobst 2022, S. 73 ff.). In der aktuellen Auseinandersetzung im Krieg der Narrative zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine geht es unter anderem darum, wo die Taufe stattfand. Es gibt zwei Orte, die überliefert sind. Der eine ist Cherson, eine mittelalterlich-antike Stadt, die auf der Halbinsel Krim lag und nicht mit der heutigen ukrainischen Stadt Cherson zu verwechseln ist. Das ist der Taufort, von dem die russische Perspektive abgeleitet wird, wodurch der Krim eine für die ostslawische Kultur sakrale Bedeutung zugeschrieben wird. Dem wird von den meisten ukrainischen Wissenschaftler:innen entgegengestellt, die Taufen haben in der Nähe von Kiew am Dnipro stattgefunden. Demnach läge der Ort im Zentralgebiet der Rus nahe der heutigen Hauptstadt der Ukraine.

Die Auseinandersetzung um die Deutungshoheit des Gründungsmythos dient heute der politischen Legitimation dafür, Erbe der heiligen Rus zu sein und damit die staatliche Hoheit im ukrainischen Territorium ausüben zu dürfen. Der historische Streit ist an sich nicht neu und wird seit dem 19. Jahrhundert ausgetragen, als in der Ukraine eine Bewegung zu kultureller und nationaler Autonomie gegenüber der Moskauer Oberherrschaft auftrat. Diese widersprach dem russländischen Narrativ, dass sich das Herrschaftszentrum der Rus von Kiew nach Moskau, von dort nach St. Petersburg verlagert habe und damit die Ukraine im Russländischen Imperium aufgegangen sei (Kappeler 2022, S. 27-28). Die westliche beziehungsweise deutsche Geschichtsschreibung schloss sich der russländischen Perspektive an und übernahm damit deren kolonial-imperiales Narrativ. In der Sowjetunion wurde der Ukraine zwar anfänglich kulturelle Eigenständigkeit zugesprochen, sie dann aber als Brudervolk in die bolschewistische Gemeinschaft integriert. Die Autonomieanhänger wurden in den Untergrund gedrängt, hielten dort aber an der Geschichte einer Ukraine fest. Als in den letzten Jahren der Sowjetunion 1988 das tausendjährige Jubiläum der Begründung der Rus gefeiert wurde, protestierten ukrainische Intellektuelle dagegen, dass die Feierlichkeiten auf Veranlassung von Gorbatschow in Moskau und nicht in Kiew stattfanden und warfen Moskau die kulturelle Aneignung des Kiewer Erbes und damit die Ignorierung der nationalen Interessen der Ukrainer vor (Jobst 2022, S. 81).

Gegenwärtig dient die Deutung des Narrativs einerseits dazu, die russische kriegerische Intervention zu legitimieren, indem Moskau als Träger eines über tausendjährigen kulturellen Erbes daraus das

Bestreben zur Wiederherstellung der *Ruski Mir* ableitet. Andererseits soll es Kiew als eigentliches Zentrum der Rus mit einem noch älteren Anspruch in seiner kulturellen und staatlichen Eigenständigkeit legitimieren.

Das ukrainische Narrativ betont außerdem, dass der Taufe 988 eine militärische Intervention gegen das alte, auf der Krim gelegene Cherson vorausging, durch die die Interessen des orthodoxen Christentums gegen Gegner des oströmischen Kaisers durchgesetzt wurde. Daraus leiten ukrainische Historiker wiederum ab, dass die Krim schon seit über tausend Jahren der Kiewer Rus zuzuordnen sei und stellen so den russischen Anspruch auf die Halbinsel infrage (Jobst 2022, S. 79-80).

Diese Fragen werden gegenwärtig so erregt diskutiert, weil aus dem Anspruch auf historische Nachfolge die Legitimierung gegenwärtiger Staatlichkeit abgeleitet wird. Damit wird Geschichte heute als Waffe gebraucht.

Exkurs zum Problem der kulturellen Identitätsbildung

Bevor wir auf den Krieg der Narrative zurückkommen, möchte ich einen der großen Transformationsprozesse in der Gegenwart charakterisieren. Er hat zu tun mit der weltweit intensiv geführten Auseinandersetzung um die Frage, was kulturelle und nationale Zugehörigkeiten sind. Ich ziehe dazu problembewusst den Begriff der Identitäten heran. Identität hat mehrere Bedeutungen und Schichten, sie kann ontologisch als geschlossenes Zugehörigkeitssystem gedeutet werden (kollektive Identität), oder aber als ein fortwährender Prozess, in dem Individuen ihre diversen Zugehörigkeiten ständig aushandeln (Keupp 2003, S. 8-12 / Krappmann 1969, S. 11 ff. und S. 70 ff.).

Im Spannungsfeld dieser Deutungen von Identität steht gegenwärtig die Frage um nationale Zugehörigkeit. Es geht darum: Was ist eine Nation bzw. was definiert ein kulturelles Wir? Diese Fragen betreffen auch die Funktion von Geschichte. Denn geht man davon aus, dass Völker und Nationen als ontologische Gegebenheiten, also eigenständige Gebilde mit bestimmbar Wesenszügen sind, dann lassen sich darauf Völkerpsychologie, Mentalitätstypologien und eine als Volksbiografie verstandene Geschichte beziehen. Dann behandelt man Völker und Nationen wie Wesen. Definiert man Identitätsbildung aber nicht als Zuordnung zu einem definierten Wir, sondern als offenen Prozess, in dem ein Mensch seine Zugehörigkeiten ein Leben lang immer wieder neu aushandelt und in einer Gesellschaft lebt, die anderen dieselben Möglichkeiten einräumt, resultiert daraus ein fragiles, hybrides kulturelles Wir. Eine Nation konstituiert sich dann aus den in einem Staatsgebiet Lebenden, die einer kulturell vielfältigen Umgebung begegnen, die nicht fest definiert ist. Dies setzt staatliche Rahmenbedingungen voraus, die

Selbstbestimmtheit und Vielfalt garantieren und ein Bildungssystem, durch das die Individuen anregt werden, ihre Zugehörigkeiten frei zu bestimmen und ihre Bedeutung weniger aus kollektiver Zugehörigkeit, sondern aus den eigenen Selbstansprüchen zu generieren. Gelingt das nicht, tritt ein Gefühl von Verlorenheit und Nicht-geachtet-Sein auf. Das führt dazu, klare und definierte Identifikationsangebote zu suchen, die Zugehörigkeit und Nichtzugehörigkeit, Richtig und Falsch durch Autorität garantieren. Um diese Alternative, Nation und Kultur entweder geschlossen oder offen zu definieren, findet heute weltweit eine grundlegende Auseinandersetzung statt.

Solches betrifft auch die anthroposophische Kultur. Denn viele Anthroposophen lieben es, Ost und West grundsätzlich in Geistesströmungen zu sortieren und Völker ontologisch zu betrachten. Wenn wir uns ernsthaft damit beschäftigen, werden wir feststellen, die Welt lässt sich kulturell weder territorial in Ost und West aufteilen, noch können moderne Staaten ethnisch definiert werden. Kultur ist deutlich vielschichtiger, vor allem nicht trennscharf in bestimmten Gebieten zu verorten.

Wir müssen im Westen, in Europa, in den USA, in Asien retro-politische Bewegungen hin zu geschlossenen Identitäten konstatieren, die sich in Abgrenzung zum Fremden verstehen. Demgegenüber steht ein global auftretendes Bestreben hin zu offenen Gesellschaften. Diese hochbrisante Auseinandersetzung spiegelt sich, wie noch zu zeigen ist, auch im Krieg zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine wider.

Nach diesem Exkurs komme ich nochmals auf den Diskurs über die Zuordnung des heiligen Wladimirs oder Wolodymyrs zurück. Schon vor der jetzigen Kriegsphase, nämlich 2016, wurde nahe der Kreml-Mauer ein Standbild zum Andenken an Wladimir errichtet, das vom Moskauer Patriarchen Kyrill geweiht wurde (Schwenk 2021). Dieser Akt sollte nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim den historisch-kulturellen Anspruch Moskaus zum Ausdruck bringen, Politik in Anknüpfung an die spirituelle Idee der Rus zu betreiben. Das hat viel mit dem zu tun, was von Putin immer wieder *Russki Mir* genannt wird. *Russki Mir* ist ein multipler Begriff, denn Mir ist ein Wort mit Doppelbedeutung. Es heißt auf der einen Seite Welt, auf der anderen Seite Frieden (Königslöw 2022b, S. 27). Diese Doppelbedeutung steht selbst in historischer Tradition, knüpft sie doch an die antike Pax Romana oder Pax Augusta an. Auch da wird zum Ausdruck gebracht, dass das Imperium als Friedensorganisation aufgefasst wird. Das Imperium kämpft dabei durchaus nach außen, zeigt sich aber im Inneren gemeinschafts- und sicherheitsbildend. In diesem Sinne ist *Russki Mir* etwas, was die kulturelle sowie imperiale Zugehörigkeit beschreibt und gleichzeitig in einer historisch mythischen Dimension gedacht wird.

Wir haben also gegenwärtig die bemerkenswerte Dimension, dass zwei Staaten im Krieg liegen,

die ihre nationalen Gründungsmythen auf dieselben Ereignisse beziehen. Beide reklamieren ihre Zuständigkeit, um sich kulturell zu legitimieren. Damit wird vor allem vonseiten Putins sein imperiales Handeln als Verpflichtung gegenüber dem historisch-sakralen Vermächtnis dargestellt. Er wird darin stark vom Oberhaupt der russisch-orthodoxen Kirche, Patriarch Kyrill, unterstützt, der den Krieg gegen die Ukraine ausdrücklich befürwortet (u. a. Patriarch Kyrill in seiner Predigt vom 23. Februar 2022). Natürlich ist dies auch gegen die Verselbstständigung der ukrainisch-orthodoxen Kirche gerichtet. Gerade in schwierigen Zeiten ist es aber gut zu differenzieren. So hat eine größere Anzahl von russisch-orthodoxen Theologen und Priestern am 13. März 2022 einen offenen Brief geschrieben, in dem sie sich davon distanzieren, dass man eine geistliche Gemeinsamkeit, eine Gemeinsamkeit in Christo auf irdisches Reich und auf politische Organisationen bezieht (Königslöw 2022b, S. 27-28). Die Bejahung des Krieges durch Patriarch Kyrill im Namen der russischen Kirche wird dadurch relativiert und infrage gestellt.

Mit einiger Oberflächlichkeit kann man pauschal feststellen, dass es in Osteuropa mehrere mit unterschiedlichen Traditionen verbundene urbane Zentren gibt. Moskau wäre demnach als klassisches Wirtschaftszentrum zu bezeichnen, Sankt Petersburg in der jüngeren Geschichte als politisches Zentrum, wobei diese Funktion im 20. Jahrhundert wieder auf Moskau überging. Kiew galt in der ostslawischen Historik dabei mit der Sophienkathedrale und ihren Jahrhunderte alten Ikonen immer als spirituelles Zentrum. Diese einzigartigen Ikonen gehen unter anderem in differenzierter Weise auf die Siebenerprozesse der Apokalypse ein. Um diese Kathedrale entbrannte nach der Selbstständigkeit der Ukraine 1991 sofort ein intensiver Kampf, denn ein größerer Teil der ukrainischen Geistlichen organisierten sich in einer ukrainisch-orthodoxen Kirche, die sich vom Patriarchen in Moskau nicht mehr repräsentiert sah. 1995 starb der ukrainische Patriarch Wolodymyr Romanjuk. Die Grundstückshoheit über die Sophienkathedrale hatte die russisch-orthodoxe Kirche. Deshalb durfte der ukrainische Patriarch auf dem Gelände der Sophienkathedrale nicht beerdigt werden. Die Ukrainisch-Orthodoxen hoben protestierend mitten auf der befahrenen Zugangsstraße ein Grab aus, in dem ihr verstorbener Patriarch beigelegt wurde (Wyrwoll 2002). Solche Geschichten sind teilweise anekdotisch, aber auch sprechend. Sie zeigen, dass in die Auseinandersetzung über politische Zugehörigkeit, historische Deutung und Sprachhoheit auch religiöse Machtansprüche hineinspielen, die die kulturellen Identitätsaspekte hochkomplex machen.

Der Streit um das kulturelle Erbe der Rus

Gut 350 Jahre nach der Gründung der Rus erreichten die aus Zentralasien kommenden mongolischen Reitervölker, die bis heute mit dem fragwürdigen

Begriff Goldenen Horden belegt werden, das Gebiet nördlich des Schwarzen Meeres. Sie unterwarfen nahezu alle Fürstentümer und erzwangen von den lokalen Fürsten ein System personaler Gefolgschaft. Die ukrainische Perspektive erläutert, man habe sich deshalb mit dem katholisch-polnisch-litauischen Reich verbunden, während die russische Perspektive argumentiert, die Rus habe sich fliehend nach Norden über Wladiwostok Richtung Moskau in das Gebiet Nowgorod hinein verlagert. Deshalb stehe Moskau, so das russländische Narrativ, nun in der Tradition der heiligen (orthodoxen) Rus, während Kiew durch die Verbindung mit dem katholischen Westen den Anspruch auf dieses Erbe aufgegeben habe.

Ein weiterer Gegenstand des historischen Streits sind die Ereignisse in Osteuropa um das Jahr 1654. 1618-1648 wütete in Mitteleuropa der Dreissigjähriger Krieg. In dieser Zeit hatte sich im Gebiet der Ukraine eine Art Kosaken-Republik gebildet. Die Kosaken waren ein Männerverbund von Kämpfern. Wenn man sie aus heutiger Perspektive betrachtet, wirkt ihre Grausamkeit, mit der sie das Christentum gegen tatarische Moslems, aber auch jüdische Gemeinden verteidigten, befremdend. Dennoch soll uns das an dieser Stelle nicht weiter beschäftigen. Beschäftigen muss uns, dass den Kosaken in der heutigen Erinnerungskultur der Ukraine eine zentrale Rolle zukommt, denn sie gehören zur nationalen Identität. Der heutige ukrainische Staat führt sich zurück auf die Kosaken, weil sie in einem demokratischen Verfahren, ähnlich der polnischen Adelsrepubliken ihren Hetmann (Anführer) gewählt haben. Es gab bei ihnen also keine Dynastien und Erbfolgen, sondern sie bestimmten über sich selbst und werden deshalb heute als frühes Auftreten autonomer Kultur narrativ in Anspruch genommen. Denn ab 1648 leisteten die Dnipro-Kosaken gegen die Herrschaftsansprüche des katholischen Adels des polnisch-litauischen Reichs militärischen Widerstand.

Leider erfahren wir in Deutschland von diesem riesigen Reich, das von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer hinunter reichte im Geschichtsunterricht kaum etwas, obwohl es zeitweilig bedeutender war als das russische Zarenreich. Mit diesem polnisch-litauischen Vielvölkerreich legten sich die Kosaken an, brauchten aber bald einen Verbündeten, und so verbündete sich 1654 der christlich-orthodoxe Hetman der Kosaken mit dem russischen Zaren Alexander I. Die russländische Geschichtsschreibung deutet diesen Akt als Unterstellung der Ukrainer unter die Herrschaft des Zaren. Indem sie sich unter seinen Schirm begaben, hätten sie damit die (Wieder-)Vereinigung der beiden ostslawischen Gebiete vollzogen. Damit sei die Ukraine ein Bestandteil der *Russki Mir* geworden und der heiligen Verantwortung unterstellt, die damit verbunden sei. In seiner Rede vom 21. Februar 2022 bekräftigt Putin diesen Standpunkt und leitet daraus die Notwendigkeit der bewaffneten Intervention gegen die Abtrünnigen ab (Putin 2022a). Das ukrainische Narrativ stellt dies hingegen als Bündnis auf Augenhöhe dar. Die Kosaken haben einen Partner

gebraucht und in den katholischen Christen einen gemeinsamen Gegner gehabt, den man dann erfolgreich gemeinsam zurückgedrängt habe. Das Bündnis sei also weder ein Unterwerfungsakt noch ein Unterstellen unter eine russländisch-zaristische Oberherrschaft gewesen. Wissenschaftlich lässt sich dieser Gegensatz heute nicht mehr genau ergründen. Es gibt keine eindeutigen Urkunden, die das eine oder andere plausibel machen. Interessant ist aber, welche Bedeutung den unterschiedlichen Interpretationen im heutigen Konflikt zugeschrieben wird.

Denn die Bedeutungszuschreibung des Bündnisses von 1654 wird fortgeschrieben, da 1954 Chruschtschow, Generalsekretär der KPdSU, die unabhängige Sowjetrepublik Krim der Ukraine zuordnete. Die Ukrainer sagen, sie wurde ihnen geschenkt. Welches Gebiet da „geschenkt“ wurde, sollte man kurz erläutern. Denn die Krim war über Jahrhunderte Bestandteil des osmanischen Imperiums, bis die Halbinsel Ende des 18. Jahrhunderts unter der Zarin Katharina der Großen dem Russländischen Reich einverleibt wurde. Unter Stalin wurden ihre Hauptbewohner, die moslemischen Krimtataren, fast vollständig vertrieben. Erst nach der Gründung der Ukraine 1991 kehrten viele von ihnen aus Sibirien zurück. Noch heute zeugen auf der Krim in ländlichen Gegenden viele kleine Moscheen von der jahrhundertelangen moslemischen Kultur. Ein Hauptprojekt der Bolschewisten in der Sowjetzeit war die Elektrifizierung. 1954 wurde die Krim an das Stromnetz der Ukrainischen Sowjetrepublik angeschlossen. Auch wenn das Ereignis 300 Jahre nach dem „Anschluss“ des Kosakengebietes jubiläumsträchtig als Bestätigung der Freundschaft unter Brudervölkern gefeiert wurde, geschah der Verwaltungsakt der Zuordnung der Krim unter pragmatischen Gesichtspunkten. War dieser Akt in der Sowjetzeit wenig bedeutsam – sah man sich doch grundsätzlich vereint –, ist er heute so bedeutend, weil die Krim 1991 zum Bestandteil der unabhängigen Ukraine wurde. Was übrigens von russländischer Seite weder damals noch in den Abkommen 1994 und 1997, auf die ich nochmals zurückkommen werde, infrage gestellt wurde.

Die Hinterlassenschaft des Bolschewismus

Man muss sich im Klaren darüber sein, dass die Sowjetunion eine komplizierte politische Identität schuf. Auch wenn ich darauf hier nicht im Einzelnen eingehen kann, soll doch ins Bewusstsein gehoben werden, dass sie mit ihrem Territorium 112 Sprachgruppen umfasste (die heutige Russische Föderation übrigens immer noch annähernd 100 Ethnien). Im russländischen Geschichtsunterricht kommt diese kulturelle Diversität bis heute nicht vor. Den Völkern werden innerhalb des Imperiums keine differenzierten Identitäten zugeschrieben. Als ich vor 2004 durch Kirgisien – auch ein ehemaliger Bestandteil der Sowjetunion – reiste, jubelten die zwei

jungen kirgisischen Fahrer an jeder Fabrikrüine, weil sie diese als Zeugnis dafür sahen, dass sie nicht mehr unter russischer Herrschaft stünden. Man erahnt daran die Kompliziertheit der Sowjetunion, die nicht nur ein riesiges Gebiet umfasste, sondern mit einer hegemonialen Ideologie die diversen kulturellen Zugehörigkeiten überformte, die aber zum Vorschein kamen, als ihr politisches System ab 1990/91 auseinanderbrach. So wie sich in diesen Jahren die Kirchen plötzlich wieder füllten, obwohl sie vorher über drei Generationen hinweg fast überall verboten und ihre Gebäude überwiegend als Lagerhallen zweckentfremdet worden waren, so lebten auch die kulturellen Zugehörigkeiten im Untergrund. Bis sie Gelegenheit bekamen, sich wieder zu artikulieren, und in die staatlichen Verselbstständigungen im Baltikum, im Kaukasus, in Zentralasien und westlich der Russländischen Föderation (Weißrussland, Ukraine, Moldawien) führten.

Putins Argumentation für seine kriegerischen Interventionen sind historisch aufgeladen. Er rechtfertigt den Angriffskrieg als „historische Befreiungsmission unseres Volkes“ (Putin 2020b). Er verweist dabei auf all die hier skizzierten Ereignisse. Putins Kriegserklärung nimmt auf eine Geschichte von über tausend Jahren Bezug. Er zieht die historischen Orte und Ereignisse zur Begründung der Notwendigkeit heran, die *Russki Mir* wiederherzustellen. Seine Rede vom 21. Februar 2022, in der er den Angriff auf die Ukraine legitimiert, geht aus von der Feststellung: „Die Ukraine ist für uns nicht einfach ein Nachbarland. Sie ist integraler Bestandteil unserer eigenen Geschichte, unserer Kultur, unseres geistigen Raums.“ Das ukrainische Territorium bezeichnet er als „Altrussland“, deren Bewohner als „Russen und Orthodoxe“ (Putin 2022a). Das historische russländische Territorium sieht Putin durch die falsche Territorialpolitik der Bolschewisten, insbesondere Lenins zerstört. Als verheerend beurteilt er die in der Verfassung von 1924 veranlagte Bestimmung, dass die autonomen Teilrepubliken über Austritt oder Verbleib autonom entscheiden dürften, denn auf diese bezog sich 1991 der Schritt in die ukrainische Selbstständigkeit. Daraus wiederum leitet Putin die Notwendigkeit ab, jetzt das vorbolschewistische Imperium wiederherzustellen. Darin sieht er seine nationalimperialistische Mission. Die Definition eines Nationalstaates scheint in manchen Staaten klar zu sein. Nehmen wir als Beispiel Frankreich. Wenn wir die kulturellen Autonomiebestrebungen in der Bretagne und in den südfranzösischen Regionen relativieren, scheint der französische Staat eine einheitliche Nation zu sein. Aber dieses Nationalverständnis lässt sich auf viele Staaten so nicht übertragen. Die USA zum Beispiel umfassen zahlreiche Ethnien und sind ein kulturell vielfältiges, komplexes Gebilde. Sie sind eher ein sich national inszenierendes Imperium. Und auch das komplexe Russische Reich wird vor allem vom Westen seit dem Ende des Ersten Weltkrieges wie ein Nationalstaat behandelt.

Es sei hier für ein anthroposophisch orientiertes Fachpublikum erwähnt, dass sich Rudolf Steiner

wiederholt gegen die Idee der Selbstbestimmung der Völker, wie sie der damalige US-Präsident Woodrow Wilson forderte, ausgesprochen hat. Steiner stellte infrage, ob es ein sinnvolles Konzept sei, Nationen so zu konstruieren, dass sie auf einer ethnisch und kulturell konsistenten Bevölkerung aufbauen (Heisterkamp 2002). Er, der in der vielsprachigen und kulturell diversen Habsburger Donaumonarchie aufgewachsen war, sah im Selbstbestimmungsrecht der „Völker“ weder ein taugliches Mittel, Imperien zu nationalisieren, noch Staaten in multiethnischen Gebieten zu schaffen, da dies notwendig zur Unterdrückung und Vertreibung von Minderheiten führe. Es gibt ein Dokument, auf das Markus Osterrieder in mehreren Aufsätzen eingegangen ist (Osterrieder 2002), nämlich eine Erläuterung des damaligen US-Außenministers Robert Lansing, der feststellt, es sei nicht sinnvoll für den Westen, wenn der Osten Europas in Vielfalt zerfiele. Vielmehr drang die US-Politik darauf, den Osten Europas entgegen dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der einzelnen Völker wie ein großes Zusammengehöriges zu behandeln, denn so wäre diese Region für den Westen handhab- und beeinflussbarer. Diese strategisch motivierte Entscheidung nach dem Ersten Weltkrieg beendete damals das Fortbestehen der 1917 aus dem Diktatfrieden von Brest-Litowsk hervorgegangenen Ukraine. Die Mittelmächte hatten diesen Staat gewollt, um in der Endphase des Ersten Weltkriegs einerseits den russischen Gegner zu schwächen und sich andererseits die eigene Lebensmittelversorgung durch ukrainisches Getreide zu sichern. Die Tatsache, dass der erste ukrainische Staat ein Produkt der Mittelmächte war, trug sicherlich ebenso dazu bei, das Wilson'sche Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht auf die Ukraine anwenden zu wollen. So überließ man die Ukraine der aus dem blutigen Bürgerkrieg hervorgegangenen Sowjetunion.

Im 19. Jahrhundert hatte die Ukraine, wie viele Völker der Donaumonarchie, eine starke bodenständige Kulturbewegung. Wie die Ungarn, Tschechen und andere entdeckten sie ihre kulturelle Eigenständigkeit und folgerten daraus politische Emanzipation und Unabhängigkeit. Zar Alexander II. unterband in der zweiten Hälfte diese Autonomiebestrebungen zweimal per Ukas (einer zaristischen Anweisung von oben), indem er Ukrainisch als Schrift-, Wissenschafts- und Schulsprache in Kleinrussland (der Ukraine) verbot. Die Unterdrückung ukrainischer Kultur wurde in der stalinistischen Zeit später fortgesetzt.

Kulturelle Zugehörigkeiten in der heutigen Ukraine – Sprache

Im Folgenden soll die Kompliziertheit von Identitäten im ukrainischen Raum weiter differenziert werden. Grundlage dafür ist der bisherige Abriss über die Geschichte des ukrainischen Raumes und über den Krieg der Narrative. Innerhalb des heutigen Gebietes der Ukraine – damit meine ich auch die besetzten Gebiete, denn sie gehören völkerrechtlich

dazu – gibt es 23 Sprachen. Wir reden meistens nur von zweien. Immerhin gibt es in der Ukraine Schulbücher in sieben Sprachen, unter anderem in Tatarisch, Bulgarisch und Polnisch. Die Sprachverteilung ist viel komplizierter, als es aussieht. Ukrainisch und Russisch verhalten sich ungefähr so zueinander wie Niederländisch zu Deutsch. Man kann die Sprachen wechselseitig teilweise verstehen, so wie auch ein Pole Teile von Ukrainisch oder Russisch versteht. Das ist dann etwa so, wie wir Teile skandinavischer Sprachen verstehen, weil sie germanische Wortstämme haben. Ukrainisch ist eine Sprache mit einer eigenen Syntax, eigenen Begriffen, eigenen Worten.

Im Westen der Ukraine wird überwiegend ukrainisch gesprochen. Im mittleren Bereich entlang des Dnipro, in den Städten Kiew und Odessa ist die Sprachsituation gemischt. Richtung Osten nimmt die Häufigkeit der Sprache Russisch zu. Die Sprachverteilung kennzeichnet eine erste Ebene kultureller Zugehörigkeit in dieser Region.

Auf einer zweiten Ebene differenziert sie sich weiter aus: Die Bevölkerung der großen Städte in der Sowjetunion waren überhaupt nicht national zuordenbar. Dies möchte ich am Beispiel von Dnipropetrowsk, heute Dnipro erläutern. Diese Stadt hatte über eineinhalb Millionen Einwohner:innen und war bis 1994 eine geschlossene Stadt; dies bedeutete, man durfte von außen nicht einreisen und die wenigsten Bewohner konnten ausreisen. Denn Dnipropetrowsk war mit seinem bis heute aktiven Raketenwerk ein Rüstungsstandort und damit eine Stadt, deren militärische, sicherheitsrelevante Geheimnisse im Kalten Krieg geschützt werden sollten. Bewohner dieser Sowjetstadt waren Balten, Zentralasiaten, Kasachen, Russen, Kaukasier, Armenier, Georgier. Die Politik Stalins beabsichtigte, Menschen von ihren diversen Zugehörigkeiten zu entwurzeln und zu neuen Menschen zu machen, die sich mit der sowjetischen kommunistischen Zukunft identifizieren. Also wurde wie mit einem großen Quirl durch das gesamte Gebiet der Sowjetunion gerührt.

Die Städte waren Arbeitsstätten, in denen Expertise und Manpower zusammengezogen wurden. Da spielt hinein, dass das Russische nicht einfach eine Nationalsprache ist. Denn Russisch ist in der östlichen Hemisphäre die Lingua franca, ähnlich wie in der globalisierten Welt heute das Englische. Russisch war die Sprache, in der man sich in der Sowjetunion verständigte, es war und ist die gemeinsame Sprache all dieser Menschen unterschiedlicher Herkunft. Wissenschaft und Kultur wurden eigentlich nur russisch kommuniziert. Ansätze im 19. Jahrhundert, diesen Bereich sprachlich zu diversifizieren, wurden – wie schon angedeutet – sowohl im zaristischen als im 20. Jahrhundert auch im bolschewistischen Russland bekämpft. Die Universitäten in Kiew und Charkiw waren die Universitäten, in denen sich das Ukrainische seit 1991 mehr und mehr als kultureller Gegenstand emanzipierte. Seither entstand eine ukrainischsprachige wissenschaftliche Literatur.

In Putins Perspektive aber sind alle Russischsprechenden zwangsläufig Russen. Das ist eine unzulängliche Vereinfachung kultureller Zugehörigkeit. Russisch ist Muttersprache für fast die Hälfte der in der Ukraine lebenden Menschen, denn dieser Staat ist mehrsprachig. Russisch wird also von den meisten nicht als Nationalsprache verstanden, sondern als Kultursprache, als Sprache, die über Völker und Grenzen hinweg verbindet.

Man sollte die nationale Identität oder auch Volkszugehörigkeit von der sprachlichen Identität unterscheiden (in der Anthroposophie unterscheidet Steiner zwischen Sprach- und Volksgeistern). Diese sind nicht identisch. Es ist wie in der Schweiz. Es gibt eine Schweizer nationale Identität, und es gibt verschiedene Sprachgruppen. Diese haben durchaus ihre kulturellen Prägungen. Es ist nicht völlig egal, ob man einen französischsprachigen oder einen italienischsprachigen Schweizer trifft. Aber diese Verschiedenheit ist nicht identisch mit dem Politischen.

Offene Gesellschaft kontra Autokratie

Worum geht es in der Auseinandersetzung zwischen der Ukraine und der Russländischen Föderation? Tatsächlich kämpfen jetzt zwei Staaten gegeneinander. Aber die Beweggründe für die Beteiligung am Kampf sind völlig unterschiedlich. Das sehen wir schon an dem psychologischen Moment, wie man sich mit dem Krieg, also dem Kampf identifiziert und nicht identifiziert. Da sind deutliche Unterschiede zu erfassen. Ukrainer wollen – und seit sie angegriffen wurden, viel bewusster – ihre Selbstbestimmtheit verteidigen. Wenn wir Putins fragwürdige historische Legitimation als Kriegsmotiv einmal hintanstellen, sind die Gründe, dass er den kriegesischen Angriff zum jetzigen Zeitpunkt vornimmt, darin zu sehen, dass die Ukraine die autokratischen Konzepte, die er vertritt, gefährlich infrage stellt. Denn bei allen Schwierigkeiten, mit denen der ukrainische Staat seit über 30 Jahren ringt, hat sich dort ein anderes, auf eine offene Gesellschaft zielendes Gesellschaftsverständnis etabliert, das den autokratischen Putin-Staat ablehnt und infrage stellt. Das geschieht nicht nur theoretisch, sondern die Ideen werden durch aktuell elf Millionen Familien transportiert, die Angehörigen in beiden Ländern haben. Das sind sehr konkrete Verbindungen, auch wenn sie jetzt auseinanderdividiert werden. Die Grenze zwischen der Russländischen Föderation und der Ukraine war bis 2014 eine offene Grenze. Man fuhr mit dem Inlandpass – wir würden sagen Personalausweis – visafrei von Russland in die Ukraine. Zu den Fortbildungen für Waldorfflehrer:innen kamen beispielsweise immer russische und ukrainische Kolleg:innen zusammen. Das hat sich verändert. Seit der Annexion der Krim und seit der subversiven Okkupation der ostukrainischen Territorien und dem Unterstützen separatistischer Kräfte 2014 wachsen die Gegensätze. Die Grenzen trennen Familien, verlaufen aber

auch durch die einzelnen Seelen, denn komplexe Zugehörigkeiten (Religion, Sprache, Kultur, Politik) werden auf die Entscheidung reduziert, welchem Staat man zugehört.

Das ist aus meiner Perspektive bedauerlich, denn in der Ukraine sind durch den Konflikt immer radikalere nationalistische Tendenzen wahrzunehmen. Das nationale Zusammenrücken ist die logische Konsequenz eines sich bedroht fühlenden Wir, soll doch die Ukraine nach Aussagen Putins als selbstständiger Staat von der Landkarte verschwinden und ihre kulturelle Identität verlieren. Das entfacht im Gegenzug starke Zusammengehörigkeit, aus der die Tendenz zu einem radikaleren ukrainischen Nationalismus resultiert. Aber auch in der Russländischen Föderation wird nationale Zugehörigkeit mobilisiert, denn indem zur Verteidigung der *Russki Mir* aufgerufen wird, mutiert dieser Begriff von der Beschreibung eines kulturellen Selbstverständnisses zur quasi-nationalen Einflussosphäre, die mit der nationalen Sicherheit der Russländischen Föderation identifiziert wird. Auf dieser Grundlage bilden sich ein Verteidigungswille sowie eine breite Identifikation mit Putins kriegesischem Vorgehen. Das Bedrohungsszenario für den Staat wird mit Bedrohung der kulturellen Einheit der *Russki Mir* gleichgesetzt und deshalb stimmen viele in Russland einem autokratischen System zu, das einerseits die als Spaltungspotenzial empfundene kulturelle Vielfalt bekämpft und andererseits bereit ist, deshalb den Existenzkrieg zu führen. Als im Februar die Erinnerung an die Schlacht um Stalingrad feierlich inszeniert wurde, ordnete Putin per Dekret an, der Stadt den Namen für das Gedenken zurückzugeben, den sie im Zuge der Entstalinisierung verloren hatte: Aus Wolgograd erstand nochmals Stalingrad, der Schicksalsort im Großen Vaterländischen Krieg (SPIEGEL Panorama 2023). Mit diesem historischen Verweis stellt Putin sich und den gegenwärtigen Krieg in die Tradition der vaterländischen Kriege gegen die Invasoren Napoleon und Hitler und inszeniert somit den gegenwärtigen Angriffskrieg als Verteidigungskrieg.

Blickt man aber aus der Perspektive der systemischen Gegensätze von geschlossenen oder offenen Gesellschaftskonzepten auf die osteuropäische Gegenwart, erkennt man, dass mitten in der Russländischen Föderation eine zweite Front gegen all diejenigen gebildet wurde, die das politische System Putins mit seinen Zielen infrage stellen. So wurden unzählige Menschen in russische Gefängnisse und Arbeitslager verbracht oder sind vor der staatlichen Repression aus dem Land geflohen. Hinzu kommen Journalist:innen, Oppositionelle und NGO-Mitglieder, die umgebracht wurden oder einfach verschwanden. Denn eines der Hauptmotive für den Krieg ist der Kampf gegen die Vielfalt und gegen die Infragestellung einer sich vor allem selbst bereichernden Autokratie. Zu Recht sieht Karl Schlögel hinter dem ukrainisch-russischen Konflikt die Krise der russischen Gesellschaft (Schlögel 2022, S. 78 f.).

Genozidvorwürfe

Ein von Putin mehrfach öffentlich erhobener Vorwurf gegenüber der ukrainischen Seite lautet, diese betreibe gegen die russische Bevölkerung insbesondere des Donbass einen systematischen Genozid (Putin 2022a / Putin 2022b). Ohne Zweifel starben und sterben in den militärischen Auseinandersetzungen um dieses Gebiet Menschen, nicht nur Soldaten, sondern auch Zivilisten. Diese sind Opfer des Krieges. Weshalb also wird dieser Vorwurf, der von keinem internationalen Beobachter geteilt wird, weil er falsch ist, trotzdem erhoben?

Um die Perfidie der Kriegspropaganda verstehen zu können, muss nochmals auf die jüngere Geschichte und ein in der ukrainischen Erinnerungskultur sehr wichtiges Ereignis eingegangen werden. Die Ukrainer bezeichnen es mit dem historischen Begriff Holodomor, den Genozid an der westukrainischen Landbevölkerung durch Hunger (Jobst 2022, S. 252 ff. / Snyder 2022, S. 58 ff.). Die ukrainischen Opferzahlen beziffern sieben Millionen Menschen, die halbwegs gesicherten Zahlen belaufen sich auf dreieinhalb Millionen Menschen, die in den Jahren 1931 bis 1933 verhungert sind oder aus ihrer Heimat deportiert wurden (Kappler 2020, S. 166 / Snyder 2022, S. 73). Es ging damals in der gesamten Sowjetunion um die Kollektivierung der Landwirtschaft. Das klassische Bauerntum mit seiner Verwurzelung wurde beseitigt und stattdessen sollten Kolchosen geschaffen werden. Auch hierzu gibt es wieder Narrative aus unterschiedlichen Perspektiven. Die Westukrainer verstehen sich aufgrund ihrer langen Zugehörigkeit zum polnisch-litauischen Großreich beziehungsweise zum Habsburger Imperium als Teil Mitteleuropas. Städte wie Lwiw (Lemberg) oder Czernowitz sind bis in ihre Architektur als mitteleuropäische Städte identifizierbar. Die Ukrainer, die dort leben, interpretieren den sowjetischen Hungerterror als Genozid, mit dem ausgehend von Russland ihre Kultur und ihr Volkstum eliminiert werden sollten. Es ist hier nicht der Raum, den Begriff Genozid politisch auszudefinieren, denn man kann sofort einwenden, die unmenschliche Maßnahme sei nicht gegen eine Ethnie gerichtet gewesen, sondern gegen die Bauern. Da aber die westukrainische Bevölkerung mehrheitlich aus Bauern bestand, wird ihre Vernichtung als Eliminierung der westukrainischen Kultur betrachtet. Tatsächlich haben die bolschewistischen Machthaber unter Stalin Millionen von Menschen eiskalt verhungern lassen. Zudem hat man Hunderttausende als Zwangsarbeiter für die Erschließung des asiatischen Teils des russischen Imperiums eingesetzt. Dies war Schwerstarbeit bis in den Tod. Der Gulag hat nach Angaben russischer Historiker:innen 80 Millionen Menschen das Leben gekostet. Das hinterließ tiefe Narben, eine der tiefsten in der Westukraine. Dort ist der Holodomor Bestandteil der Erinnerungskultur und Identität.

Wenn gegenwärtig Putin mit propagandistischer Absicht der Ukraine den politischen Reizbegriff Genozid vorwirft, weiß er, was er da triggert. Putin gibt vor, den Genozid an Russen in Gebieten militärisch verhindern zu müssen. Schauen wir auf die Faktenlage. Nach der russischen Besetzung des Donbass-Gebietes und Unterstützung der russlandorientierten Separatisten wurde im Minsker Abkommen ein unter anderem von Frau Merkel vermitteltler Waffenstillstand beschlossen, der den Krieg einfrieren sollte, um dann das Problem diplomatisch lösen zu können. Heute erkennen wir die Vergeblichkeit des Unterfangens. Innerhalb der Dauer dieses Waffenstillstands sind auf ukrainischer Seite über elftausend junge Männer gestorben. Im Bewusstsein vieler Ukrainer begann der Krieg also 2014 und nicht erst am 24. Februar 2022. Seither versuchte die Ukraine die Souveränität im eigenen Staatsterritorium wiederherzustellen. So gesehen ist es sehr verzerrend, wenn Putin behauptet, die Ukrainer hätten im Donbass einen systematischen Völkermord an den Russen operativ durchgeführt. Das ist faktischer Unsinn. Es ist unbestritten, dass dort Menschen gefallen sind, und es ist eben so unbestritten, dass dort Hoheiten umkämpft sind, auch die Grausamkeiten existieren nicht nur auf der russischen Seite. Aber einen Völkermord hat es dort einfach nicht gegeben. Die Putin-Administration weiß, dass im westukrainischen Narrativ der Völkermordvorwurf gegenüber Moskau besteht und dreht nun das Narrativ so, dass die sich als ehemalige Opfer Verstehenden nun zu Tätern gemacht werden.

Nazi-Vorwürfe

Ähnlich provokativ verkündet Putin als Kriegsziel die Denazifizierung und Demilitarisierung der Ukraine. Beide Begriffe sind in der russischen Erinnerungskultur bedeutungsgeladen. Über den Rückgriff auf den Großen Vaterländischen Krieg gegen den nationalsozialistischen Faschismus wurde schon gesprochen. Diesbezügliche Gedenkveranstaltungen wurden unter Putin schon seit fast 20 Jahren systematisch inszeniert, denn der Große Vaterländische Krieg ist ein Identifizierungsfaktor zur Herstellung einer nationalimperialen Identität, die sich in einem Existenzkampf bewähren muss. Der Große Vaterländische Krieg führte zur Demilitarisierung und Denazifizierung des faschistischen Deutschlands. Indem die Ukraine mit Militarismus, Nationalismus, Faschismus und Nationalsozialismus identifiziert wird, ist der Kampf gegen ihre Autonomie in den Kontext des historischen Kampfes um die russländische Existenz gestellt.

Putin untermauert seinen Standpunkt, indem er die Ukrainer historisch als Verräter an der russländischen Sache brandmarkt. So behauptet er pauschalisierend, die Ukrainer hätten im Zweiten Weltkrieg mit den Nazis kooperiert. Das ist ziemlich zynisch, wenn man weiß, wie viel Millionen tote, gefallene, verhungerte und massakrierte ukrainische Sowjetbürger:innen es unter der deutschen

Kriegsführung und dem Holocaust gegeben hat (Seewald 2015). Davon zu sprechen, die Ukrainer hätten kooperiert, ist zynisch.

Richtig ist, es gab Separatisten, die tatsächlich mit den Deutschen kooperiert haben. In diesem Zusammenhang stoßen wir auf die historisch hoch umstrittene Persönlichkeit Stepan Bandera. Er kooperierte mit der deutschen Wehrmacht, um gegen die Rote Armee, gegen den Kommunismus und gegen Moskau zu kämpfen. Im Auftrag der Nazis führte der überzeugte Antisemit und Rassist im besetzten Lwiw Massenverhaftungen durch. 1954 wurde er in seinem Münchner Exil von KGB-Agenten liquidiert (Struwe 2022). Der ehemalige Partisan Bandera gilt bei den Westukrainern als Freiheitsheld. Sie ignorieren die anderen Aspekte, weil es für sie entscheidend ist, dass er für die Unabhängigkeit der Westukraine gekämpft hatte.

Der sich daran anschließende gegenwärtige Sachverhalt ist kompliziert. In die Bandera-Tradition des Kampfes um Unabhängigkeit stellt sich das Asow'sche Regiment. Es entstand, als westukrainische Milizen 2014 auf dem Maidan die Protestierenden gegen die Gewalt aus den Reihen der damaligen ukrainischen Staatsmacht bewaffnet verteidigten (Gomza 2022). Seither gelten sie vielen Ukrainern als Freiheitshelden. Ihren historischen Bezügen zu Bandera, ihren Kontakten zu europäischen Rechtsradikalen und den teilweise von ihren Mitgliedern gezeigten Nazi-Symbolen schreiben sie keine Bedeutung zu. In den Parlamentswahlen nach dem Sturz des korrupten ukrainischen Präsidenten Janukowitsch bekamen ihre Anhänger jedoch keinen Sitz. Das heißt, es gibt bis heute in der Rada, dem ukrainischen Parlament, keine rechtsnationalen Kräfte. Später wurde das Regiment in die ordentliche ukrainische Armee eingegliedert. Seit ihres Verteidigungskampfes im Stahlwerk von Mariupol gelten seine Kämpfer endgültig als Helden. Ihr Kampf wird narrativ verbunden mit dem Mythos der martialischen Kosaken.

Trotz der hier gezeigten Bezüge muss festgestellt werden, dass die Kiewer Regierung und das Parlament zwar nationalistisch ausgerichtet sind, es aber keinen relevanten Nazi-Einfluss gibt. Putins Kampf für die Denazifizierung ist ein Propagandakonstrukt zur Diffamierung der gegenwärtigen Ukraine. Mit dem Begriff Denazifizierung kann in Osteuropa mobilisiert werden, denn als Erfolg des Großen Vaterländischen Krieges wird – wie oben skizziert – die Niederwerfung des Nationalsozialismus gesehen. Gestützt durch eine aktiv organisierte Erinnerungskultur verwendet Putin Begriffe, die in Osteuropa starke emotionale Resonanzen hervorrufen. Begriffe, mit denen die Menschen seit ihrer Schulzeit aufgewachsen sind. Sie signalisieren den Kampf gegen das Böse und Bedrohende. Putin mobilisiert mit seinen pseudohistorischen Argumenten politische Loyalität.

Die jüngere Geschichte der Ukraine

Am 1. Dezember 1991 wurde in der Ukraine ein Referendum über deren Unabhängigkeit abgehalten. Es berief sich auf die Verfassung der Sowjetunion (Kappler 2000, S. 190) und wurde vom damaligen Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, zugelassen. 91,4 Prozent derer, die an der Wahl teilgenommen hatten, votierten für die Unabhängigkeit des Landes. Weder von Gorbatschow oder in den Folgejahren vom Präsidenten der Russländischen Föderation, Boris Jelzin, gab es Bestrebungen, diesen Vorgang zu revidieren. Anders als beim Weg der baltischen Staaten in ihre staatliche Eigenständigkeit, gegen den sich aus Moskau viel mehr Widerstand formierte, wurde der Weg der Ukraine geregelt vollzogen.

Im Gebiet der Ukraine waren 25.000 Gefechtsköpfe atomarer Art und 1200 interkontinentale Waffen aus der Sowjetzeit stationiert. Das enorme Arsenal wurde nach der Selbstständigkeit zunächst von Moskau zentralisiert kontrolliert. 1994 wurde mit Großbritannien, den USA und der Russischen Föderation ein Abkommen geschlossen, das der Ukraine die staatliche und territoriale Integrität, also Unversehrtheit garantierte, wenn sie dafür im Gegenzug die Atomwaffen abgab (Kappler 2000, S. 271).

Die Vereinbarung wurde umgesetzt und die Waffen in der Russischen Föderation verschrottet – ein bedeutender Abrüstungsakt einerseits und andererseits eine Bestätigung der staatlichen Integrität der Ukraine durch die Russländische Föderation. Diese Garantieerklärung, die damals nicht nur die Russländische Föderation, sondern auch Großbritannien und die USA für die territoriale Unversehrtheit gegeben hatten, wurde noch einmal 1997 in einem deutsch-ukrainischen Freundschaftsvertrag ausdrücklich bestätigt (Kappler 2000, S. 266 f./Kappler 2022, S. 208 ff.). Dieser wurde zuletzt 2008 von beiden Staaten um zehn Jahre verlängert (Kappler 2022, S. 209).

Dabei war die oligarchische Struktur der Ukraine in den 1990er Jahren derjenigen der Russischen Föderation nicht unähnlich. Korrupte Seilschaften rissen sich das ehemalige Volkseigentum unter den Nagel und gewannen, eng verschränkt mit den Regierungsebenen, auf unvorstellbare Weise Einfluss und Reichtum. In Kiew regierte mit Leonid Kutschma ein Präsident, der auf Russland hin orientiert war. Das entsprach den damaligen Gegebenheiten, denn alle wesentlichen, die Ukraine betreffenden Wirtschaftsvorgänge fanden zwischen den beiden Staaten statt.

2004 stand in der Ukraine die nächste Präsidentschaftswahl an. Der Wahlkampf begann 2003 und drehte sich erstmals um die Frage einer West- oder Ostorientierung der Ukraine. Die Wahlen wurden gefälscht und mussten wiederholt werden. In der Orangen Revolution artikulierte sich erstmals der politische Wille der Stadtbevölkerung von Kiew, sich politisch nicht übergehen zu lassen. In der Auseinandersetzung zeigte sich die Zerrissen-

heit des Landes, denn aus dem wirtschaftlich maroden, von Kiew vernachlässigten Donbass wurden die Anhänger der Russlandorientierung mobilisiert, aus der Westukraine die Befürworter der Westorientierung. Der durch Dioxin vergiftete und schwer entstellte westorientierte Präsident Wiktor Juschtschenko gewann die Wahl, die Ziele der Orangen Revolution schienen erfüllt. Aus der Perspektive Putins wurde dieser Erfolg der Studierenden und Bürger:innen in Kiew als Signal der Destabilisierung interpretiert.

Die zweiten großen Straßenproteste entstanden 2014, als der damalige schwer korrupte Präsident Janukowitsch sich entschloss, die Antragstellung auf eine EU-Mitgliedschaft der Ukraine zurückzuziehen. Die Menschen auf dem Maidan in Kiew setzten seiner Präsidentschaft ein Ende. In den gewaltsamen und eskalierenden Auseinandersetzungen vor seinem Sturz tauchten Westukrainer auf, die teilweise mit martialischen Tätowierungen (teilweise auch mit SS-Symbolik) den Maidan bewaffnet verteidigten. Sie lieferten sich mit den Sicherheitskräften Gefechte und gelten seither vor allem den Westukrainern als Helden, die den Weg zur pluralistischen Demokratie schützten. Auf sie komme ich noch im Zusammenhang mit den Moskauer Nazi-Vorwürfen zurück.

Werte in offenen oder geschlossenen Gesellschaftssystemen

Was in unserer Gesellschaft divers diskutiert und in Richtung Toleranz und Ambiguitätsverständnis weiterentwickelt wird, ist in den Gebieten jenseits unserer östlichen Grenze mehrheitlich verpönt: die Möglichkeit, selbst zu entscheiden, welches Genderkonzept man leben möchte. Homosexualität, Intersexualität oder Transsexualität sind Themen, die dort von einer absoluten Mehrheit als Verstiegenheit empfunden wird, als etwas, das abzulehnen und bestenfalls als medizinisch-pathologisches Phänomen zu betrachten ist. Abweichung von der Heterosexualität gilt als Folge von falscher Erziehung. In der Russländischen Föderation ist die politische Meinung diesbezüglich seit eineinhalb Jahrzehnten sehr eindeutig: Der Westen habe seine christliche, seine gesellschaftliche und moralische Integrität verloren. Er wisse nicht mehr, was die Wahrheiten der Natur und Schöpfung seien und treibe mit seinem Individualismus die Menschen in Perversion und Dekadenz (Putin 2022b). Deshalb sei Moskau dafür verantwortlich, die christlichen Werte des Abendlandes zu verteidigen.

Diese kulturelle Mission leitet sich aus einem Narrativ ab, das auf den Untergang von Konstantinopel 1453 Bezug nimmt. In Russland entwickelte sich bereits im 15. Jahrhundert die Erzählung, dass Rom sich als Zentrum der europäischen Kultur über Konstantinopel nach Moskau verlagert habe (Königslöw 2022a, S. 18). Als neues Rom sei Moskau für den Schutz des christlichen Imperiums verantwortlich. So befremdlich uns solche historischen

Argumente anmuten: Für viele Russinnen und Russen, die ich kenne, sind sie ernst zu nehmen. Die Mehrheit der Menschen dort besteht nicht aus Radikalen, aber das medial fortwährend wiederholte Narrativ prägt ihre Haltungen.

In der Ukraine wird seit dem politischen Umbruch von 2014 entschlossen Genderdiversität toleriert. Die Machthaber in Moskau hingegen sehen in Diversität prinzipiell etwas Bedrohliches. Sie gilt als Teil der gesellschaftlichen Zersetzung. Dem stellt man die Zusammengehörigkeit einer *Russki Mir* als Wertegemeinschaft gegenüber. Deshalb die fortwährende Beschwörung ihrer mythische Brüderlichkeits- und Geschwisterlichkeitselemente. Wenn man zusammengehöre, sei man eins. Aus dem psychisch motivierten Einheitsbedürfnis mobilisiert man die Ablehnung von Vielfalt, da sie angeblich zerspalte. Dies erklärt die Empfänglichkeit vieler Russinnen und Russen für autokratische Führung und politische Eindeutigkeit. Sie basiert auf einer seelischen Sehnsucht nach Einheitlichkeit und Zusammengehörigkeit. Putins Politik nützt das suggestiv aus und legitimiert damit den Kampf gegen das vorgeblich Bedrohliche.

In der Ukraine hingegen ist Diversität kulturell verankerter. Ein Blick auf verschiedene Regionen soll das veranschaulichen: Die östliche Ukraine ist tatsächlich stark nach Russland orientiert. Der Donbass ist ein ehemals blühendes Industriegebiet, das von Kiew sehr vernachlässigt wurde, sodass die dortige Schwerindustrie völlig herunterkommen ist. Die urbanen Gegenden sind von Industrieruinen geprägt, der ehemals erfolgreiche Wirtschaftsstandort fühlt sich mit hoher Arbeits- und Perspektivlosigkeit als Verlierer der Verselbstständigung der Ukraine. Man hat dort nicht, wie beispielsweise im Ruhrgebiet, die Transformation in modernen Technologien mit einer gezielten Infrastrukturpolitik unterstützt. Die Menschen fühlten sich deshalb von den Regierungen in Kiew benachteiligt und blickten, die besseren Zeiten in der Sowjetunion erinnernd, hoffend auf die wohlhabendere Russländische Föderation.

Die Westukrainer jedoch sind traditionell nach Europa orientiert, weil sie sich seit Jahrhunderten als Europäer fühlten und weil sie sich potenziell von der Moskauer Politik bedroht sehen. Die Schwarzmeermetropole Odessa wiederum ist eine weltoffene Stadt mit einer vielfältigen und vitalen Kunstszene. Kiew ist die dynamische Hauptstadt, die sich rasant von Besuch zu Besuch verändert.

Politisch war und ist die Ukraine in dieser Diversität ein instabiles Gebilde mit hoher Korruption und allen Problemen, die offenere Gesellschaften bergen. Sie ist also nicht der ideale Gegenentwurf zur Russländischen Föderation, aber eine Gesellschaft, die sich aus ihrer Vielfalt generiert. Ihre Perspektive könnte sein, sich mit dem Möglichkeitsraum, mit einer offenen Gesellschaft und einer ökologischen Zukunft zu identifizieren. So könnte die Ukraine aufgrund ihrer Geofaktoren als erstes Land Europas vollkommen unabhängig von fossilen Energien

sein. Denn dort gibt es extrem viel Wind und Sonne. Bislang sind entsprechende Parks und Anlagen jedoch an Korruption, an mafiöser Sabotage, Akten an Bestechlichkeit oder nicht genehmigter Inbetriebnahme kläglich gescheitert. Für den Westen ist die Ukraine deshalb kein Investitionsstandort. So muss man die Ukraine als Projekt mit enormen Möglichkeiten betrachten, für dessen Gelingen noch viele Hindernisse beseitigt werden müssen.

Menschen, die an die vielfältigen Möglichkeiten einer offenen Gesellschaft glauben, habe ich allerdings auch in Russland getroffen. Viele, die jetzt unglaublich mutig ihren Widerstand artikulieren, haben die „Spezialoperation“ von Anfang als Krieg bezeichnet und abgelehnt. Es gibt in Russland eine städtische Szene, die sich mit der derzeitigen Politik und dem politischen System der Russländischen Föderation überhaupt nicht identifiziert. Diese liberal gesinnten russländischen Bürger:innen treten, wie die Ukrainer 2014 auf dem Maidan, für Vielfalt und Demokratie ein und sehen sich zugehörig zu der globalen Zivilbewegung, die ihren Protest auf die Plätze trägt.

Trotzdem gelingt es dem Putin-Staat gegenwärtig, eine Mehrheit für den Krieg gegen die (angeblich) drohende Existenzgefährdung der russischen Welt zu mobilisieren. Es ist perfide, wie Putin den Angriff auf die Ukraine immer wieder in Zusammenhang mit dem Großen Vaterländischen Krieg bringt und als Existenzkrieg Russlands gegen den Westen und die NATO inszeniert. Er suggeriert, dass Russland kurz davor war, von der Ukraine aus überrannt und mit Atomwaffen aus ukrainischer Produktion zerstört zu werden (Putin 2020a). Die medial manipulierte Atmosphäre bewirkt, dass auch Menschen, die nicht mit dem Autokratischen einverstanden sind, plötzlich zusammenrücken und meinen, sich mit einem Präventivkrieg verteidigen zu müssen.

Steiners Dreigliederungsideen als Anregung für kulturelle Diversität

In diesem Zusammenhang möchte ich auf die fragwürdigen Äußerungen einer Gruppe von Menschen eingehen, die aus Steiners kulturgeschichtlichem Entwicklungskonzept folgern, dass sich im osteuropäisch-slawischen Raum in 2000 Jahren ein Kulturraum bilden würde, der geprägt wäre von Brüderlichkeit und Nächstenliebe in Vielfalt (Steiner 1996, S. 298). Es ist hier nicht der Ort, Steiners kulturgeschichtliches Konzept zu diskutieren, vielmehr müssen wir uns hier mit der kruden These auseinandersetzen, dass Putin heute diese Zukunft gegen den westlichen Materialismus verteidige, also mit seinem Krieg gegen die Ukraine und ihre Zivilbevölkerung der Mission der Vorbereitung eines friedengeprägten Zeitalters diene.

Leider ist es nicht das erste Mal, dass eine Minderheit aus den Reihen der Anthroposophen Totalitarismus und Krieg esoterisch verbrämt. So

stilisierte sie bereits Adolf Hitler als Heilsträger, der den deutschen und mitteleuropäischen Volksgeist repräsentiere und die Mitte, die doch von Westen und Osten bedroht sei, wieder aufrichten würde. Ein strukturell ähnliches Narrativ hat sich leider gegenwärtig zum russischen Angriffskrieg gebildet, in dem Putin als Vorkämpfer der sechsten Nachatlantischen Kulturepoche – in der Begrifflichkeit von Steiner – inszeniert wird. Der jetzige Krieg wird damit als spirituell gerechtfertigtes Ringen um die Zukunft gedeutet.

Gegen jede spirituelle Überhöhung kriegerischer Handlungen sollte sich die Mehrheit der anthroposophisch Orientierten nüchtern abgrenzen und damit Anthroposophie gegen die politische Vereinnahmung einer fehlorientierten Minderheit verteidigen. Ich trete klar für Differenzierung und Pluralismus ein, aber Hass, Angriff, Aggression sind zum Einen schlichtweg das nackte Gegenteil dessen, was Steiner dieser möglichen Kultur zuschreibt. Zum anderen aber zählen gegenwärtig nicht teleologische Spekulationen, die man Steiners Ideen zu entnehmen glaubt, sondern das menschliche Desaster der Gegenwart in der Bewertung dieses Angriffskrieges. Es ist zynisch, unmenschlich und menschenverachtend, wenn man eine derartige Aggression gegen die eigene Bevölkerung und diejenigen der Nachbarvölker zur Sicherung des eigenen autokratischen Systems und zu einer historisch hergeleiteten imperialen Hegemonie als Beitrag zum Wohl der Menschheit erklärt. Ein Angriffskrieg ist inhuman und böse, das darf nicht relativiert werden.

Auch wenn die Gemengelage, die zu diesem Krieg führte, komplex ist und niemand, keine der beteiligten Parteien, als unschuldig gelten kann, ist die Eskalation zum Krieg klar zu verurteilen.

Wenn man den Verteidigungswillen und die seelische Mobilisierung der Ukrainer wahrnimmt, merkt man, dass die Kraft, sich dem mörderischen Kampf zu stellen, sich aus einer Hoffnung auf Zukunft nährt. Ohne diese These zu verklären, scheint mir die Energie, die in der Ukraine gegenwärtig in den Menschen freigesetzt wird, ideell mit dem verbunden zu sein, was die Ukraine werden könnte. Die Ukrainer verteidigen ihr Recht auf kulturelle Selbstbestimmung und lehnen dabei Putins Autokratie mehrheitlich ab.

Demgegenüber bezieht sich gegenwärtig Putin mit dem, was die Russländische Föderation sein könnte, zurück auf ein imperiales, auf ein sakralimperiales und pseudonationales Narrativ, das sich seit der Antike immer weiter ausgestaltet hat. In dieser Geschichte hat das Christentum den Charakter einer Kampfreligion. Das war die Funktion des kirchlichen Christentums im gesamten Kolonialismus.

Man könnte sagen, das Christentum hat Jahrtausende lang ein Schattenwesen seiner selbst aufgebaut, das den mitmenschlichen Bezug, also die Möglichkeit, zueinander in Beziehung treten zu können, vernebelt. In diese Tradition stellen sich der Patriarch von Moskau und Putin, wenn sie vom

Kampf um die heilige *Russki Mir* sprechen. Der Krieg wird wohl erst vorbei sein, wenn sich die russische Bevölkerung aus der Autokratie befreit und seine Zukunft frei aushandelt. Dies braucht ideelle Selbstvornahmen der Individuen, die nicht historisch hergeleitet werden können.

Ein abschließender Gedanke

Steiner gebraucht in seiner Anthroposophie zur Charakterisierung seiner Zeit die Begrifflichkeit Michaelische Kultur. Er setzt sie von einer Zeit davor ab, die er bis ins 19. Jahrhundert reichen lässt. Diesem vorhergehenden Zeitalter ordnet er als leitende spirituelle Erzengelwesenheit Gabriel zu (Steiner 1981, S. 104 ff.). Es geht hier weniger um die Namen der Erzengel und ihre ikonografischen Bezüge, sondern um die kulturelle Charakterisierung, die Steiner damit verbindet, denn er markiert mit diesen Begriffen einen kulturellen Paradigmenwechsel. Demnach sei die europäische Kultur bis Ende des 19. Jahrhunderts stark davon geprägt gewesen, das naturwissenschaftliche Denken und damit Differenzierungs- und Analysefähigkeit zu entwickeln. Diese Denkrichtung, aus der man die Unterscheidungen immer weitertrieb, habe auf der einen Seite die neuzeitlichen Emanzipationsprozesse befördert, auf der anderen Seite aber zur Problematik von Nationalismus, Hegemonialstreben und Rassismus geführt. Dem setzt er als neues Leitbild das Michaelische Denken gegenüber, das Diversitäten zueinander in Beziehung setzt, Differenzierung zum Erfahrungsfeld erklärt und einen Kosmopolitismus entwickelt, der die kulturelle Vielfalt bejaht. Hier wird Menschheit nicht einfach universalistisch-vereinheitlichend, sondern divers gedacht. Die kulturelle Vielfalt wird als Anlass gesehen, sie in Beziehung zueinander zu setzen.

Dies beschreibt in anderer Terminologie den oben skizzierten Transformationsprozess, um den gegenwärtig und in der nächsten Zukunft gerungen wird. Die nationalistische Rollback-Bewegung will zurück in die Unterscheidung und Abgrenzung, die das Eigene schützt und bewahrt. Der Weg in die Gegenrichtung bejaht eine Diversität, die vielfach zueinander in Beziehung zu setzen ist. Das Individuelle ist dabei Ausgangspunkt und Gelegenheit, in Beziehung zu treten, das Du im anderen zu entdecken.

Aus letzterer Perspektive ist ein Krieg schon deswegen schrecklich, weil Differenzierungen attackiert werden, um die eigene Position hegemonial durchzusetzen. Ich spreche an dieser Stelle nicht von einer der beiden Parteien, sondern davon, dass der Krieg als solcher die Differenzierung und die Koexistenz des Vielfältigen zerstört. Er zerstört den individuellen spirituellen Impuls, aus der Verschiedenheit zueinander in Beziehung zu treten. Dies setzt die Fähigkeit voraus, sich anzuschließen oder infrage zu stellen oder auch, sich zu distanzieren. Beziehung zu leben ist ein offener und ständiger Prozess.

Die Ukraine, sollte sie sich denn wieder stärker selbst bestimmen dürfen, steht vor der riesigen Aufgabe, den vielen Schichten kultureller Zugehörigkeiten in diesem Land gerecht zu werden, und sollte deshalb darauf verzichten, eine der Sprachen als alleinige Amtssprache zu bestimmen und dadurch Millionen zu Bürgern zweiter Klasse zu degradieren. Nationalistische Uniformierungen spalten, grenzen aus und schwächen ihr kulturelles Potenzial.

In seinen Ideen zur Dreigliederung des sozialen Organismus forderte Steiner, darauf zu verzichten, dass das Politische, das Kulturelle und das Wirtschaftliche einer gemeinsamen Verwaltung unterstellt werden (u. a. Steiner 1972, S. 10 ff. / 101 f.). Er schlug vor, Kultur solle sich (Steiner 1972, S. 92 ff.) über die Grenzen von Hoheitsgebieten hinweg realisieren, sich in frei gewählten Beziehungen aushandeln. Für das Wirtschaftliche diagnostizierte er Staatsgrenzen als Hindernis und Fremdwesen, die bestenfalls zu Spekulationsgewinnen genützt werden könnten (Steiner 1972, S. 15 ff.). Insofern ist der Krieg mittelfristig immer ein Bremser der Wirtschaft, weil er die Angebotsvielfalt und den Warenfluss behindert.

Es gibt aber eine Seite dieses Krieges, die man gegenwärtig annehmen muss. Er ruft uns auf, Räume, in denen Zivilgesellschaft und Freiheit existieren, gegen diejenigen zu verteidigen, die diese Vielfalt nicht wollen. Denn es geht um die Frage eines Weges: Zurück zu Autokratie, Nationalismus und geschlossenen Identitätskonzepten? Oder ein Weg hin zu einer Offenheit, in der man die jeweilige Gesellschaft und Gegenwart in Diversität aushandeln kann? Da stehen sich gegenwärtig zwei ideale Gebilde gegenüber. Ich sehe den Krieg um die Ukraine als traurigen Teil dieser großen Auseinandersetzung. Die Überbrückung des Gegensatzes hängt auch davon ab, ob es uns gelingt, ein Bewusstsein zu bilden, das die Manipulationen des Krieges der Narrative durchschaut und einen Dialog der Geschichten ermöglicht.

Literatur

Gomza, Ivan (2022): Analyse: Das Asow-Regiment und die russische Invasion. bpb Ukraine-Analyse Nr. 270. <https://www.bpb.de/themen/europa/ukraine-analysen/nr-270/509747/analyse-das-asow-regiment-und-die-russische-invasion/> (zuletzt abgerufen 19.02.2023).

Heisterkamp, Jens (2002): Die Jahrhundertillusion. Wilsons Selbstbestimmungsrecht der Völker, Steiners Kritik und die Frage der nationalen Minderheiten heute. Frankfurt/ M., Info3-Verlag

Jobst, Kerstin S. (2022): Geschichte der Ukraine. Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn: bpb Bd. 10887.

Kappler, Andreas (2000): Kleine Geschichte der Ukraine. München: C.H. Beck 1059.

Kappler, Andreas (2022): Ungleiche Brüder. Russen und Ukrainer. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. München: C.H. Beck 6284.

Keupp, Heiner (2003): Identitätskonstruktion. Erhältlich bei <https://www.ipp-muenchen.de/texte/identitaetskonstruktion.pdf> (zuletzt abgerufen 19.02.2023).

Königslöw, Joachim von (2022a): Darf es eine freie Ukraine geben? Wladimir Putin und sein Krieg. In: Die Drei, 2/2022, S. 12-19.

Königslöw, Joachim von (2022b): „Russki mir“. Die „Russische Welt“ und das geistige Russland. In: Die Drei, 4/2022, S. 27-36.

Krappmann, Lothar. (1969): Soziologische Dimensionen der Identität. Strukturelle Bedingungen für die Teilnahme an Interaktionsprozessen. Stuttgart: Klett-Cotta.

Mühling, Jens (2022): Schwarze Erde. Eine Reise durch die Ukraine. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Tb Verlag 63156.

Osterrieder, Markus (2002): Die Illusion der Vierzehn Punkte. Über das nationale Selbstbestimmungsrecht als Kriegswaffe und dessen zerstörerische Folgen in Mitteleuropa. In: Heisterkamp, Jens (2002): Die Jahrhundertillusion. Wilsons Selbstbestimmungsrecht der Völker, Steiners Kritik und die Frage der nationalen Minderheiten heute. Frankfurt/ M.: Info3-Verlag, S. 53-146.

Putin, Wladimir (2022a): Rede an die Nation vom 21. 2.2022. <https://zeitschrift-osteuropa.de/blog/putin-rede-21.2.2022/> (zuletzt abgerufen 19.02.2023).

Putin, Wladimir (2022b): Rede zur Aufnahme der „Volksrepubliken Doneck und Lugansk“ vom 30.09.2022. <https://zeitschrift-osteuropa.de/blog/rede-zur-aufnahme-der-volksrepubliken-doneck-lugansk-zaporoze-und-cherson/> (zuletzt abgerufen 19.02.2023).

Schlögel, Karl (2022): Entscheidung in Kiew. Ukrainische Lektionen. Frankfurt/ M.: Fischer Tb 29643.

Schwenk, Frithjof Benjamin (2021): Das Denkmal für Fürst Wladimir. Ein Heiliger des Mittelalters als Rechtfertigung der Krim-Angliederung. <https://kremlin.dekoder.org/fuerst-wladimir-denkmal> (zuletzt abgerufen 19.02.2023).

Seewald, Bertold (2015): Die Ukraine – Opfer und Helfer der Sowjetunion. <https://www.welt.de/geschichte/zweiter-weltkrieg/article144398102/Die-Ukraine-Opfer-und-Helfer-der-Sowjetunion.html> (zuletzt abgerufen 19.02.2023).

Snyder, Timothy (2022): Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin. München: dtv 34756.

SPIEGEL Panorama 2023. <https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/schlacht-von-stalingrad-wolgograd-wird-kurzzeitig-wieder-umbenannt-a-880700.html> (zuletzt abgerufen 20.02.2023).

Steiner, Rudolf (1962): Zur Dreigliederung des Sozialen Organismus. Gesammelte Aufsätze 1919-1921. Stuttgart: Verlag Freies Geistesleben.

Steiner, Rudolf (1981): Menschenschicksale und Völkerschicksale. Vierzehn Vorträge gehalten in Berlin vom 1. September 1914 bis 6. Juli 1915 (GA 157). Dornach/ CH: Rudolf Steiner Nachlassverwaltung.

Steiner, Rudolf (1996): Die Geheimwissenschaft im Umriss. Dornach/ CH: Rudolf Steiner Verlag.

Struwe, Kai (2022): Analyse: Stepan Bandera. Geschichte, Erinnerung und Propaganda. bpb Ukraine-Analyse Nr. 270. <https://www.bpb.de/themen/europa/ukraine-analysen/nr-270/509748/analyse-stepan-bandera-geschichte-erinnerung-und-propaganda/> (zuletzt aufgerufen 19.02.2023).

Wyrwoll, Nikolaus (2002): Drei orthodoxe Kirchen in der Ukraine. In: OWEP - Ost-West. Europäische Perspektiven 2/2002 <https://www.owep.de/artikel/230-drei-orthodoxe-kirchen-in-ukraine> (aufgerufen zuletzt 19.02.2023)

Der Autor

Markus Michael Zech, geb. 1957; Studium Lehramt an Gymnasien für Deutsch, Geschichte, Sozialkunde; 1. und 2. Staatsexamen und Philosophicum an der LMU München. Professor für Didaktik der Kulturwissenschaften an der Alanus Hochschule für Kunst und Gesellschaft Alfter, für den kulturwissenschaftlichen Bereich zuständiger Leiter des Instituts für Fachdidaktik in Kassel. Außerdem in der Lehrerbildung am Seminar für Waldorfpädagogik Kassel tätig.

Die Entscheidung für den Krieg: Putins Exterminismus und die Suche nach dem Notausgang

André Bleicher

„Die fast unlösbare Aufgabe besteht darin, weder von der Macht der anderen, noch von der eigenen Ohnmacht sich dumm machen zu lassen.“
Theodor W. Adorno (1994, S. 67)

Seit dem Beginn des Angriffskrieges grübeln Wissenschaftler, Politiker und die Öffentlichkeit über die Gründe des Angriffs der Russischen Föderation. Für die Mehrzahl der politischen Beobachter erfolgte der Angriff überraschend und offenbart das unzureichende Verständnis der Putin-Administration. Bis wenige Wochen vor dem Überfall auf die Ukraine bewerteten Bundeswehrgeneräle die russische Militärpräsenz als Drohkulisse in den Verhandlungen mit den USA. Zu gering sei die Anzahl an Soldaten und Kriegsgerät, zu stark die Widerstandskraft der ukrainischen Armee. Sogar der ukrainische Verteidigungsminister Olexij Resnikow bezeichnete die Wahrscheinlichkeit eines russischen Angriffs nur drei Tage vor dem tatsächlichen Überfall als „lächerlich“ (Welt 2022).

Der offensichtlich eingeschränkte Zugang zu politischen Entscheidungsträgern der Russischen Föderation und die intransparente Form der Entscheidungsfindung in kleinen, ausgewählten Beratungsgremien lässt die Russlandexperten auf die bereits zu Sowjetzeiten erprobte Praxis der ‚Kremlastrologie‘ zurückfallen. Das führt zu einer nahezu ausschließlichen Fixierung auf die Person Wladimir Putins und reduziert die Außenwahrnehmung russischer Politik auf die Launen und psychische Konstitution eines einzelnen Mannes und seiner Berater. Aus dem Blick geraten die Widersprüche der russischen Gesellschaften, die sie prägenden Machtverhältnisse und die oftmals verworrenen Konflikte innerhalb des Machtblocks. Die seit einigen Jahren erfolgte Neuausrichtung der russischen Außenpolitik zur Sicherung imperialer Interessen, so die These in diesem Beitrag, steht jedoch in einem unmittelbaren Zusammenhang zu den innergesellschaftlichen Entwicklungen und der semiperipheren Lage des Landes in der globalen Arbeitsteilung, in der es die Rolle eines Rohstofflieferanten für die kapitalistischen Zentrumsstaaten und in wachsendem Maße für China einnimmt.

Die Argumentationslinie analysiert die postsowjetischen Krisenphänomene und zeichnet die Entwicklungslinien der Russischen Föderation nach.

Die Kriegsursachen werden somit in erheblichem Ausmaß im Entwicklungsprozess der Russischen Föderation verortet, nicht in einer vermeintlichen Psychopathologie Putins oder der Putin-Administration und auch nicht in der Konstruktion, die Russische Föderation sei vom Westen (also der USA, der EU, der NATO etc.) gewissermaßen zu einer Präventivverteidigung genötigt oder aufgrund der NATO-Osterweiterung so lang provoziert worden, bis nur noch der Krieg als Ultima Ratio verblieb.

Ein Jahr ist seit dem russischen Angriff auf die Ukraine vergangen. Entgegen der Annahme der russischen Führung, es sei lediglich eine kurze militärische Intervention (Spezialoperation) zur ‚Entnazifizierung‘ der Ukraine auszuführen, zeichnet sich mittlerweile ab, dass die militärische Auseinandersetzung in einen langwierigen, verlustreichen Stellungskrieg mündet. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hat wiederholt erklärt, dass die Ukraine alle besetzten Gebiete einschließlich der Krim wieder zurückerobert wolle (ZDF 2022). Dem stehen jedoch die von der Russischen Föderation formulierten Minimalziele unvermittelbar entgegen. Dies wirft die Frage auf, ob ein nachhaltiger Friedensschluss auf absehbare Zeit überhaupt möglich ist. Gegenwärtig ist es nicht auszuschließen, dass die Ukraine auf Jahre hinaus zu einem dauerhaften Kriegsschauplatz mit variierenden ‚heißen‘ und ‚kalten‘ Phasen wird.

Im Westen herrscht hinsichtlich der Kriegsursache weitreichende Einigkeit: Der Angriffskrieg der Russischen Föderation sei das Resultat des russischen Imperialismus und könne nicht hingenommen werden – so argumentierte Bundeskanzler Olaf Scholz in seiner Zeitenwende-Rede im Deutschen Bundestag. Die zunehmend expansive russische Außenpolitik ist jedoch primär eine Reaktion des russischen Machtblocks auf die vielfältigen Krisenprozesse im postsowjetischen Raum und muss deshalb anders bewertet werden. Der hier vertretene Ansatz ergänzt das Argument, wonach die militärischen Interventionen der Russischen Föderation in Georgien (2008), Kasachstan (2021/2022) und in der Ukraine den Versuch darstellten, die hegemoniale Position Russlands im postsowjetischen Raum zu erhalten bzw. wiederherzustellen. Allerdings sind die spezifischen Entwicklungen und innergesellschaftlichen Dynamiken der einzelnen Länder wichtige Erklärungsfaktoren für die wiederkehrenden Konflikte in der Region, so auch für den Krieg in der Ukraine. Sie werden aber sowohl im westlichen Mainstream als auch in der aufgeklärten politikwissenschaftlichen Debatte nur unzureichend berücksichtigt.¹ Daher wird im Folgenden anhand dreier Phasen zunächst die postsowjetische Krisensituation beleuchtet, um dann einen Blick auf den Versuch zu werfen, durch Machtausübung die hegemoniale Position Russland zu festigen.

Phase 1: Postsowjetische multiple Krisen

Alle postsowjetischen Nachfolgestaaten weisen eine sich überlappende Erfahrung mit einer Form langer gemeinsamer Staatlichkeit auf, und auch deren Auflösungserscheinungen stellen einen geteilten Erfahrungshintergrund dar (Jaitner, Olteanu, Spöri 2018). Die Auflösung der Sowjetunion und die tiefgreifende politische und ökonomische Transformation verursachten krisenhafte Prozesse in den Nachfolgestaaten der UdSSR. Die nach wie vor existierenden engen politischen, ökonomischen und kulturellen Beziehungen zwischen den postsowjetischen Staaten führten dazu, dass diese nicht isoliert blieben, sondern hinsichtlich ihrer Interferenzen betrachtet werden müssen. In gewisser Weise kann von sich überschneidenden Krisenphänomenen gesprochen werden, und es lassen sich vergleichbare Dynamiken und Widersprüche in den postsowjetischen Gesellschaften feststellen.

Die Auflösung der Sowjetunion beruht auf einem einseitigen Beschluss der Präsidenten der russischen, ukrainischen und belarussischen Teilrepubliken während eines Treffens am 8. Dezember 1991, der sogenannten Belowscher Vereinbarung. Boris Jelzin (Russland), Leonid Krawtschuk (Ukraine) und Stanislaw Schuschkekewitsch (Belarus) trafen sich weder im Rahmen eines institutionalisierten Gremiums, noch hatte die sowjetische Regierung unter Michail Gorbatschow oder das Parlament den Teilnehmern entsprechende Entscheidungsvollmachten erteilt. Der entscheidende Schritt zur Auflösung der Sowjetunion kam somit nicht aus der Peripherie, sondern aus dem Zentrum: Die russischen, ukrainischen und belarussischen Teilrepubliken waren Gründungssubjekte der UdSSR.

Der Putsch des Zentrums löste eine Sezessionsdynamik aus, welche die Legitimität multiethnischer Staaten im Gebiet der ehemaligen SU bedrohte. In den vergangenen 30 Jahren entstanden in vielen Nachfolgestaaten Unabhängigkeitsforderungen einzelner ethnischer Minderheiten, die oft gewalttätig eskalierten. Beispielhaft sind die Konflikte in Moldawien (Transnistrien), in Georgien (Abchasien, Nord-Ossetien) sowie die instabile Lage im russischen Nordkaukasus.² Unter dem Schlagwort *die „große Umgestaltung“*, beschreibt der Kulturwissenschaftler Roger Brubaker (2011) einen umkämpften Prozess nachholender Nationalstaatsbildung in Osteuropa und dem postsowjetischen Raum, in dem politische (Staatsbürgerschaft und -rechte, Sprachgebrauch) und soziale Rechte oftmals entlang ethnischer Zugehörigkeit neu definiert werden. In diesem Sinne ist von einem langen zwanzigsten Jahrhundert zu sprechen, denn mit dem Putsch des Zentrums wiederholt sich eine Geschichte, die bereits beim Zerfall der Mittelmächte nach dem Ersten Weltkrieg zu beobachten war:

² Damit wird nicht behauptet, dass Russland keine imperialen Interessen im postsowjetischen Raum verfolgen würde. Die militärische Beteiligung des Landes in all den genannten Konflikten spricht für das Gegenteil. Aber dennoch sind alle genannten Konflikte mindestens ebenso ein Resultat innergesellschaftlicher Widersprüche und der nachholenden Bildung von Nationalstaaten.

¹ Für die anthroposophischen Beiträge, jüngst etwa in der Zeitschrift *Das Goetheanum*, ist leider ein ebensolcher blinder Fleck zu bemerken.

Wiederum kam der Ansatz der Modernisierungstheorie, gesellschaftliche funktionale Differenzierung zuzulassen und damit ethnische Konflikte zu vermeiden, nicht zum Tragen.

Während die ethnokulturelle Neugründung der sowjetischen Nachfolgestaaten das Vertrauen in staatliche Institutionen schwächte und damit den Demokratisierungsprozess behinderte, lag diese Entwicklung durchaus im Interesse ethnisch-nationaler Eliten, denn diese erhofften sich von der staatlichen Unabhängigkeit eine Stärkung ihrer politischen und ökonomischen Stellung, insbesondere indem sie die einsetzenden Privatisierungsprozesse zu ihren Gunsten beeinflussen konnten (Hale 1999).

Der Historiker Boris Kagarlitzkij (2009) weist darauf hin, dass die Integration der sowjetischen Nachfolgestaaten in den Weltmarkt nicht nur die wirtschaftliche und technologische Abhängigkeit von den kapitalistischen Zentrumsstaaten verschärfte, sondern auch die soziale und regionale Polarisierung innerhalb des postsowjetischen Raums verstärkte. Der radikale Übergang zur Marktwirtschaft durch neoliberale ‚Schocktherapien‘ beschleunigte diese Entwicklung. Nach Angaben des US-Wirtschaftswissenschaftlers Joseph Stiglitz (2002) waren in Russland die volkswirtschaftlichen Verluste, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP), größer als während des Zweiten Weltkriegs.

Als eine der am besten entwickelten Sowjetrepubliken erlebte beispielsweise die Ukraine nach 1991 einen fortdauernden ökonomischen Niedergang. 2008 erreichte das ukrainische Bruttoinlandsprodukt mit knapp 70 Prozent des Wertes von 1989 den Höchststand in der postsowjetischen Phase (Molchanov 2016, S. 3). Eine Folge des wirtschaftlichen Niedergangs war die weitgehende Deindustrialisierung der meisten Staaten mit Ausnahme von Belarus, Russland, Usbekistan und der Ukraine und eine zunehmende soziale Ungleichheit, welche durch die Skrupellosigkeit der kapitalistisch agierenden Oligarchen ins Extrem getrieben wurde. In rohstoffreichen Staaten konnte diese Entwicklung zwar etwas gedämpft werden, allerdings vertiefte die einseitige Ausrichtung auf den Rohstoffexport die technologische Abhängigkeit von den westlichen Zentrumsstaaten.

Die krisenhaft verlaufenden Prozesse der Gestaltung eines marktwirtschaftlichen Übergangs wurde in fast allen postsowjetischen Staaten nicht als Herausforderung der demokratischen Willensbildung begriffen, sondern als Ausdruck demokratischer Unreife diskreditiert. Besonders deutlich wurde das 1993, als die Jelzin-Administration das Parlament durch regierungstreue Truppen beschießen ließ und im Anschluss eine autoritäre, präsidentielle Verfassung durchsetzte, was den gesellschaftlichen Demokratisierungsprozess weitgehend zum Erliegen brachte. Ein Ausdruck für die einsetzende autoritäre Wende war der brutale Krieg der Regierung gegen die abtrünnige Provinz Tschetschenien (1994-1996) und die forcierte Privatisierung

staatlicher Konzerne (1995-1997), insbesondere aus dem Öl- und Gassektor, die auf der Grundlage präsidentieller Dekrete gegen den Widerstand des Parlaments erfolgte und von der eine Gruppe staatsnaher Unternehmer profitierte, die sogenannten Oligarchen. Die dominante verfassungsrechtliche Stellung des Präsidenten war demnach eine Reaktion des Machtblocks auf die inneren Krisen und bildete in den kommenden Jahren die Grundlage für den zunehmenden Autoritarismus unter Wladimir Putin.

Phase 2: Autoritäre Konsolidierung und oligarchische Konkurrenz

Auf die Transformationskrise folgte von 2000 bis 2008 eine Phase des relativen ökonomischen Aufschwungs, die in Russland mit den ersten beiden Präsidentschaften Wladimir Putins verbunden ist und im Wesentlichen auf zwei Faktoren beruht: dem hohen Ölpreis und dem putinschen Stabilitätsversprechen. Im Gegenzug für hohes Wirtschaftswachstum verlangte die Regierung von ihrer Bevölkerung politische Passivität. Voraussetzungen dafür waren die Zerschlagung separatistischer Bestrebungen – insbesondere im Nordkaukasus – und die Integration der Bourgeoisie, die aus dem Transformationsprozess hervorgegangen war, in die neue Herrschaftsordnung. Eine der ersten Amtshandlungen Putins war die Wiederaufnahme der Kampfhandlungen in Tschetschenien. Die extreme Brutalität, mit der die russische Armee gegen die Separatisten vorging, stieß jedoch auf deutlich weniger Aufmerksamkeit als das Vorgehen gegen einige systemkritische Oligarchen, darunter Michail Chodorkowskij. Der Einsatz staatlicher Gewaltapparate (Armee, Polizei, Geheimdienste) verstärkte die Militarisierung der Innenpolitik und schwächte die demokratischen Institutionen.

Die Schritte der Regierung zur gesellschaftlichen Stabilisierung erwiesen sich als erfolgreich: Von 2000 bis 2008 ging der Bevölkerungsanteil mit einem Einkommen unter dem Existenzminimum von 43,8 Millionen (30 Prozent) auf 19 Millionen (13,5 Prozent der Gesamtbevölkerung) zurück (Rosstat 2009). Allerdings betrieb die Regierung keine Umverteilungspolitik, vielmehr lagen die Schritte zur gesellschaftlichen Stabilisierung im Interesse des Großkapitals. So stieg im gleichen Zeitraum die Zahl der Dollarmilliardäre von 0 auf 87 (Kroll 2008).

Der von Putin repräsentierte autoritär-oligarchische Konsens ermöglichte eine partielle Modernisierung des russischen Kapitalismus. Er reagierte mit einem verstärkten wirtschaftlichen Dirigismus und der Zentralisierung von Entscheidungsprozessen in der Exekutive auf die Dysfunktionalitäten des unregulierten Neoliberalismus der 1990er Jahre und verfolgte das Ziel, die Reproduktion der kapitalistischen Produktionsweise zu verbessern. Eine Einbindung wichtiger gesellschaftlicher Schichten lässt sich seit Mitte der 1990er Jahre auch in

anderen post-sowjetischen Staaten (Aserbaidshan, Belarus, Kasachstan, Turkmenistan, Usbekistan) beobachten. In Armenien, Georgien, Kirgisien, Moldawien oder der Ukraine waren die Herrschenden dagegen nicht in der Lage, einen Konsens auszuhandeln, der die politische und ökonomische Entwicklung ihrer Länder langfristig stabilisiert hätte, weshalb die Herrschafts- und Machtverhältnisse deutlich umkämpfter sind. Ein wichtiger Umstand, der in der Ukraine eine Stabilisierung gesellschaftlicher Verhältnisse verhinderte, ist die ungebrochene oligarchische Konkurrenz: Während die dominante Kapitalfraktion des landwirtschaftlich geprägten Westens eine Ausrichtung auf die EU anstrebten, sind die von Schwerindustrie (Stahl-, Eisen- und Rüstungsindustrie) geprägten östlichen und südlichen Landesteile stark in postsowjetische Produktionsstrukturen eingebunden. Bis zum Beginn des Ukraine-Konfliktes 2014 gingen zwei Drittel aller exportierten schweren Maschinen und fast die Hälfte der gesamten Maschinenexporte nach Russland (vgl. Molchanov 2016, S. 5). Besonders eng waren die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Donbass-Region, dem Zentrum der ukrainischen Industrieproduktion, und Russland (Mykhnenko 2015, S. 10f.). Das politische System der Ukraine ordnete sich entlang dieser ökonomischen und regionalen Polarisierung. Vor allem manifestierte sich das in der Partei der Regionen des ehemaligen Präsidenten Viktor Janukowitsch, deren Rückhalt die überwiegend russischsprachige und auf den postsowjetischen Raum – und hier insbesondere Russland – orientierte Bevölkerung und Kapitalfraktionen bildeten.

Trotz regelmäßiger Proteste gegen Werksschließungen, neoliberale Politik oder Privatisierung im Bildungssektor zwischen den beiden großen Maidanprotesten 2004 und 2014 (Varga 2012), wurden der Privatisierungsprozess, soziale Ungleichheit und die ungleiche Einkommensverteilung nur marginal politisiert. Die regelmäßig wiederkehrenden bunten Revolutionen im postsowjetischen Raum führten zwar zu Regierungswechseln. Allerdings ersetzten sie üblicherweise nur eine Fraktion des herrschenden Blocks durch eine andere. Diese können sich hinsichtlich ihrer ökonomischen Interessen, gesellschaftlichen Verankerung und geopolitischen Ausrichtung unterscheiden. Denn die Orientierung auf den Westen oder Russland geht oft mit spezifischen Interessen einzelner Bevölkerungsgruppen einher. Das junge, gut ausgebildete städtische Bürgertum präferiert tendenziell eine Westbindung, denn sie bietet diesen Schichten berufliche Möglichkeiten. Im Gegensatz dazu sind die Anhänger einer Ausrichtung auf Russland oft in den schwerindustriellen Regionen beheimatet, deren Betriebe eng in russische Produktionsketten eingebunden sind. Die konkurrierenden Fraktionen des herrschenden Blocks verbindet jedoch das Misstrauen gegenüber demokratischen Prozessen, die sie durch Korruption demokratischer Institutionen unterminieren. Angesichts dieser Wahloligarchie herrscht in der Bevölkerung ein starkes Misstrauen gegen staatliche Institutionen, demokratische Prozesse und deren Repräsentanten.

Nach der Phase der außenpolitischen Schwäche in den 1990er-Jahren bemühte sich das unter Putin politisch konsolidierte Russland wiederum, seine hegemoniale Stellung im postsowjetischen Raum zu festigen. Die Regierung verzichtete jedoch darauf, die destabilisierenden Krisenprozesse effektiv zu bearbeiten und sich somit als integrierende Kraft in der Region zu etablieren. Vielmehr nutzte sie die vielfältigen Krisen und Konflikte opportunistisch, um die eigenen Absichten zu verwirklichen. Die ab Mitte der 2000er Jahre zu verzeichnende verstärkte Expansion russischer Unternehmen, vor allem auf dem Rohstoffsektor, ging oft mit einer Verschlechterung der bilateralen Verhältnisse einher. Die Abhängigkeit vieler postsowjetischer Staaten von russischen Energieträgern und die dadurch angehäuften Schulden oder der Zugang zum russischen Binnenmarkt erwiesen sich als wirksames Druckmittel der Putin-Administration, ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluss in der Region auszudehnen. Sogar in der Beziehung mit den außenpolitisch wichtigsten Partnern Belarus und Ukraine war der Regierung die Anhebung der Preise für Gaslieferungen wichtiger als die viel beschworene slawische Freundschaft. Das erschwerte regionale Integrationsbemühungen und förderte die Annäherung vieler Staaten an die EU, die USA oder China.

Phase 3: Die Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2008

Ein Wendepunkt in der jüngeren Geschichte des postsowjetischen Raums markiert die Wirtschafts- und Finanzkrise des Jahres 2008. Die Ukraine und Armenien erlebten 2009 einen wirtschaftlichen Einbruch mit Rückgängen des BIP von 14,8 Prozent beziehungsweise 14,1 Prozent. Um einen Staatsbankrott zu vermeiden, sah sich die ukrainische Regierung gezwungen, einen IWF-Kredit in Höhe von 16,4 Mrd. US-Dollar anzunehmen. Ebenfalls starke Einbrüche des BIP verzeichneten Russland (-7,8 %) und Georgien (-3,6 %). Die belarussische Volkswirtschaft stagnierte (+0,2 %), während die zentralasiatischen Republiken und Aserbaidshan weiterhin ein Wachstum des BIP verzeichneten, wenngleich die Wachstumsraten deutlich zurückgingen. Trotz des im Vergleich zur EU extremen wirtschaftlichen Einbruchs argumentieren die Geografen Adrian Smith und Adam Swain (2010), dass das Ausmaß der Krise im postsowjetischen Raum nicht nur als ein Resultat externer Schocks verstanden werden sollte. Vielmehr hat die Krisenanfälligkeit der gesamten Region ihre Ursache in den spezifischen Transformationsstrategien der einzelnen Länder nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes und den damit verbundenen geopolitischen Orientierungen. Die im Zuge der Krise beschleunigte Deindustrialisierung der Region verringerte die Komplexität der Produktionsstrukturen und förderte die Ausrichtung auf den Rohstoffexport und einfache Weiterverarbeitungsschritte, was bedeutet, „dass die GUS-Staaten Produktionsketten mit geringer Wertschöpfung besetzen“, die in

besonderem Maße krisenanfällig sind. „Insgesamt“, konstatiert der Ökonom Ruslan Dzarasow, „war die Krise in den GUS-Staaten im Vergleich zu den kapitalistischen Zentrumsstaaten heftiger“ (vgl. Dzarasov 2016, S. 29).

Jedoch zeigte sich, dass die Gruppe autoritär konsolidierter Staaten im Zuge der Krise deutlich handlungsfähiger war. Aufgrund der hohen Rohstoffpreise in den 2000er Jahren erzielten rohstoffreiche Staaten wie Aserbaidschan, Kasachstan, Russland, Turkmenistan und Usbekistan hohe Handelsbilanzüberschüsse und bauten in diesem Zeitraum zum Teil beträchtliche Devisenreserven auf, die ihren wirtschaftspolitischen Spielraum erweiterten. Die autoritäre politische Regulation und die engen Verbindungen zwischen privaten Kapitalfraktionen und den Staatsapparaten erlaubten zudem eine staatlich koordinierte Antikrisenpolitik im Interesse des herrschenden Blocks.

Georgien und bis zu einem gewissen Grad auch die Ukraine wurden dagegen als Schuldnerstaaten in das internationale Finanzsystem eingebunden (Smith und Swain 2010, S. 10ff.). Ein Blick auf die Eigentumsstruktur der nationalen Finanzsektoren verdeutlicht den wachsenden Einfluss internationaler Finanzkonzerne in diesen Ländern. Nach Angaben der *Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung* kontrollierten ausländische Finanzkonzerne 2008 mehr als 90 Prozent des nationalen Bankensektors in Georgien. In Armenien und der Ukraine lagen diese Werte im selben Zeitraum um die 50 Prozent, in Kirgisien sogar bei über 70 Prozent. Demgegenüber ist der Anteil ausländischer Banken in Aserbaidschan (9,1 %), Belarus (20,6 %), Russland (18,7 %) und den restlichen zentralasiatischen Republiken deutlich geringer und darüber hinaus stärker auf den russischen Finanzsektor ausgerichtet (EBRD).

Der Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise ist in der Region gleichbedeutend mit dem Beginn einer großen Krise, einer ‚Restrukturierungskrise‘ (Deppe 2013, S. 35), in der das Verhältnis zwischen Markt und Staat, Ökonomie und Politik neu justiert wurde. Dies führte zu einem neuen Protestzyklus in vielen postsowjetischen Staaten: Armenien, Georgien, Kirgisien, Russland und Ukraine. Ihnen gemeinsam war eine umfassende Legitimations- und Repräsentationskrise, die sich aufseiten der Protestierenden in einer Ablehnung der Repräsentanten und Institutionen der politischen Ordnungen und damit einhergehenden Forderungen nach eigener Repräsentation und direkter Demokratie manifestierte. Es wird immer deutlicher, dass in den sowjetischen Nachfolgestaaten nicht nur die Wirtschafts- und Sozialpolitik, sondern auch die bisherigen Formen gesellschaftlicher Reproduktion (die Regulation des Verhältnisses von Arbeit und Kapital, politische Institutionen etc.) umkämpft sind.

Das Weltsystem: Der Kampf um Hegemonie

1939 besuchte der britische Diplomat Lord Lothian den amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt und informierte ihn darüber, dass das Vereinigte Königreich sich nicht in der Lage sehe, die Welt vor dem Nationalsozialismus zu beschützen. Die angelsächsische Welt bedürfe eines neuen Hüters und die USA müssten diese Rolle übernehmen.

Einen solchen Moment hat die Welt nicht oft erlebt: Das Vereinigte Königreich erkannte die Grenzen seiner Möglichkeiten und erklärte sich bereit, als Hegemonialmacht abzutreten und die Führungsrolle den USA zu überlassen. Roosevelt indes war an einer solchen Rolle nicht interessiert. „Ich wurde sauer“¹, schrieb er (Merriman Family Papers 1939). Wieso kommen die Briten auf die Idee, ihre Lasten vor der Tür der USA abzuladen? Die Zivilisation zu retten, war doch erklärtermaßen ihr Job. Die USA verfügten über keinerlei militärisch vorzeigbare Machtressourcen und sahen sich außerstande, die Bewegung illiberaler – genauer: faschistischer – Kräfte in Mitteleuropa aufzuhalten. Es bedurfte eines Zweiten Weltkrieges, bevor Roosevelt umdachte – die Niederlage Frankreichs überzeugte den US-Präsidenten von der Notwendigkeit, sich einzuschalten (Wertheim 2020) und es gelang ihm, mit dem Lend-Lease Act eine breite Kongressmehrheit hinter der damit legitimierten Politik des Interventionismus zu versammeln und die Position der Isolationisten zu desavouieren.

Hegemon nannte man im alten Griechenland den Heerführer, der eine Streitmacht freier Polis-Bürger und Stadtstaaten anführte. War damals noch unterstellt, er handele im Interesse gemeinsamer Sicherheit, bekam der Begriff unter der Ägide Roms bei den Anrainern des mare nostrum einen negativen Klang, den er im europäischen Staatensystem beibehielt: Hegemonie störte das angestrebte Gleichgewicht und gefährdete den Frieden. Dabei gab es zu allen Zeiten hegemoniale Reiche und Staaten: Spanien in seinem Goldenen Zeitalter unter Karl V., Frankreich unter dem Sonnenkönig und erneut unter Napoléon, das britische Weltreich zur Zeit Georg III. und zuletzt die Doppelhegemonie im Kalten Krieg, welche die je eigenen Blöcke im Griff hatte und an der Peripherie für Ordnung sorgte. Hegemonie wird herkömmlich definiert als zwischenstaatliche Interaktion und ein Führungsverhältnis, „dessen Existenz und Bestand zum einen von den Machtressourcen, dem Willen und der strategischen Kompetenz eines führenden Staates (des Hegemonen) und zum anderen von der prinzipiellen Freiwilligkeit der Gefolgschaft einer herrschaftsorganisatorisch homogenen Gruppe von Staaten abhängig ist“ (Triepele 1943, zitiert nach Röbel 2001, S. 21).

Antonio Gramsci beschrieb mit dem Hegemoniebegriff eine Form der politischen, geistigen und kulturellen sowie ökonomischen Führung. Er verband

¹ Im Original: „I got mad clear through“

die Anerkennung der hegemonialen Strukturen mit dem aktiven Konsens der Regierten: Die Hegemonialmacht verfolgt dabei die eigenen Interessen in der Art, dass die Beherrschten die Interessen übernehmen, sie als ihre eigenen Interessen ansehen oder zumindest den Vorrang der Interessen anerkennen (vgl. Brand et al 2000, S. 52). Die Erweiterung des Begriffes bezieht demzufolge den Prozess von Auseinandersetzungen und Konsensfindung um Hegemonie, die gesellschaftlichen Konflikte, aus denen Hegemonie entsteht, sich dynamisch reproduziert und transformiert, mit ein.

Für Gramsci wird Herrschaft nicht lediglich durch Gewalt, sondern immer zugleich ökonomisch, politisch und ideologisch durchgesetzt und reproduziert. Um Herrschaft und ihre Auswirkungen erfassen zu können, entwickelt er sein Konzept der (kulturellen) Hegemonie. Dieser von Gramsci eingeleitete Paradigmenwechsel bezüglich der ideologiekritischen Betrachtung von Macht und Herrschaft besteht in der zentralen Erkenntnis, dass sich politische Herrschaft nicht nur repressiv über Zwang und Gewalt des Staates, sondern wesentlich über die Herstellung der Zustimmung und des Einverständnisses der Beherrschten gegenüber der gesellschaftlichen und politischen Ordnung konstituiert und reproduziert. Herrschaft in bürgerlichen Gesellschaften generiert sich folglich durch Konsens (Gramsci 2012, GH 6, S. 1947). Durch Konsens erfolgt ein aktives und affirmatives Sich-Eingliedern auf der Seite der Beherrschten in die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse.

Den Gedanken der Hegemonie greifen Immanuel Wallerstein (2004) oder auch Giovanni Arrighi oder die neo-gramscianisch geprägte politische Ökonomie der internationalen Beziehungen auf (Cox 1998). Allerdings wurde dieser Ansatz in der gesellschaftlichen und politischen Debatte kaum rezipiert. Daher seien die Eckpunkte eines systemischen Blicks auf die Weltordnung kurz dargestellt.

(1) Ausgangspunkt ist die Tatsache, dass kein Staat für sich allein existiert, sondern immer nur in Wechselbeziehung zu anderen, zu Nachbarn, Rivalen, Gleichgesinnten, kurz: Jeder Staat ist in die internationale Arbeitsteilung eingebunden. Dementsprechend resultiert sein außenpolitisches Verhalten nicht nur aus seinen inneren Verhältnissen, sondern auch aus der Dynamik des Systems, in dem er ein Akteur unter vielen ist. Es besteht eine systemische Logik, die Pfadabhängigkeiten konstituiert. Das bedeutet jedoch nicht, dass das System ein mechanisch ablaufendes Uhrwerk wäre. Als von Menschen hervorgebracht, eröffnet es immer verschiedene Handlungsmöglichkeiten. Zum Beispiel, indem man machtpolitische Konfrontation durch friedensorientierte Kooperation ersetzt.

(2) Es gibt keinen Weltstaat. Das unterscheidet das internationale System grundlegend vom Binnensystem der Staaten. Moderne Staatlichkeit weist durch Verfassungen, Rechtssystem, politisches System etc. eine hohe Regelungsdichte auf, die die

Machtverhältnisse und Konflikte der Gesellschaft in geordneten Bahnen halten und moderieren sollen. Demgegenüber ähneln die zwischenstaatlichen Beziehungen eher dem, was die politische Theorie als „gesellschaftlichen Naturzustand“ beschreibt, der weitaus weniger geordnete, sondern tendenziell anarchische Züge aufweist. Regulierende Staatlichkeit existiert hier nur begrenzt: als Völkerrecht, zwischenstaatliche Verträge und internationale Institutionen. Es existiert keine legitimierte globale Instanz, wie ein Verfassungsgericht und eine Exekutive, die dessen Entscheidungen umsetzt. Der UN-Sicherheitsrat, der das tendenziell können sollte, ist durch das Veto-System blockiert, wenn Veto-Mächte an Konflikten beteiligt sind.

(3) Auch wenn völkerrechtlich alle Staaten den gleichen Status aufweisen und nominal über völkerrechtliche Souveränität verfügen, sind die Akteure des Systems nicht per se gleichwertig. Das System ist – zumindest in historischer Dimension – hierarchisch konfiguriert. Wer an der Spitze steht, hat prägenden Einfluss. Je weiter auf den unteren Ebenen Abhängigkeiten von hegemonialen Akteuren bestehen, desto geringer sind dort Handlungsspielräume und Einfluss.

(4) Die Position in der Hierarchie hängt von den Machtressourcen ab, über die ein Land verfügt: Militär, Ökonomie, Technologie, politische Netzwerke sowie kulturelles Kapital. Die Durchsetzungsfähigkeit und Handlungsoptionen für eigene nationale Interessen ergeben sich daraus.

(5) Aufgrund dieser Faktoren stellen die machtpolitischen Kraftverhältnisse das zentrale Regulationsprinzip im internationalen System dar. Normen, Völkerrecht und institutionelle Arrangements werden von hegemonialen Akteuren oft nur solange akzeptiert, wie sie ihre vitalen Interessen nicht infrage stellen. Eine Großmacht will möglichst keine normativen Bindungen eingehen, die ihre machtpolitischen Handlungsspielräume einengen könnten.

Aus den machtpolitischen Kräfteverhältnissen entsteht eine systemische Dynamik. Für etwa anderthalb Jahrzehnte nach Ende der UdSSR war das System unipolar, das heißt, die USA waren die einzige verbliebene Supermacht. Es war die Ära des American Empire. Inzwischen geht die unipolare Weltordnung zu Ende. An ihre Stelle tritt ein multipolares System. In dessen Zentrum steht die Rivalität zwischen den USA und China. Auch Indien strebt einen Aufstieg zur Supermacht an. Der Konflikt zwischen unipolarer und multipolarer Weltordnung markiert seit etwa einem Jahrzehnt die Auseinandersetzungen innerhalb des internationalen Systems und prägt nicht nur das Verhalten der Großmächte, sondern durchdringt auch alle wichtigen regionalen Probleme. Der Konflikt enthält die Möglichkeit einer Entwestlichung der Welt und das Ende der 500-jährigen euro-atlantischen Überlegenheit.

Weltsystemfehler: Der Kampf um Hegemonie im eurasischen Raum

Mitte der 2000er Jahre bemerkten die Wirtschaftspolitiker Russlands, dass die Fixierung auf rohstoffbasierte Exporte dem Entwicklungsspielraum der Russischen Föderation enge Grenzen setzte. Unter dem Stichwort ‚Modernisierung‘ wurde über neue Wege zur Verminderung der Abhängigkeit vom Rohstoffexport diskutiert (Grigorjew 2008; Inosemzew 2014). Die Debatte verblieb jedoch nicht ausschließlich im wissenschaftlichen Feld, sondern erreichte die russische Politik. So forderten etwa der ehemalige Präsident Dmitrij Medwedew (2009), der frühere Finanzminister Aleksej Kudrin (2009) oder internationale Akteure (Worldbank 2013) eine Diversifikation der russischen Exporte und den Aufbau einer konkurrenzfähigen Industrie.

Kritik an der Regierungspolitik übte der russische Wirtschaftsminister Aleksej Uljukaew. Die Wirtschaft stagniere, weil innenpolitische Reformen versäumt worden seien. In einem Artikel für die Wirtschaftszeitung Wedomosti kritisierte Putin ausführlich die periphere Weltmarktintegration des Landes und die negativen Folgen des Prozesses für die russische Industrie (Putin 2012). Damit ist das Problem Russlands benannt: Der hegemoniale Status im Weltsystem wurde in den Jahren nach dem Zusammenbruch der UdSSR verspielt, insbesondere ökonomisch stellt die Russische Föderation nur mehr einen semiperipheren Akteur dar, der sich möglicherweise sogar in Richtung der absoluten Peripherie bewegt.

Die Modernisierungsbestrebungen, die eine Trendwende hervorrufen sollten, stießen schnell an Grenzen. So befinden sich die Kräfte, die eine binnenorientierte Entwicklung der Russischen Föderation einleiten wollen, im Konflikt mit der Klasse der exportorientierten Oligarchen. Während die produzierenden Sektoren – in Sonderheit die Automobilindustrie – eine Politik nach dem Muster Friedrich Lists (infant industry argument) fordert und damit die binnenorientierte Entwicklung mithilfe von Schutzzöllen erreichen will, fordert die Klasse der Oligarchen den umfassenden Freihandel, um ihre Rohstoffe auf den Weltmärkten sanktionsfrei absetzen zu können. Da auch der russische Staat trotz der Investitionen in produzierende Sektoren von den Profiten aus dem Öl- und Gasgeschäft abhängig ist, stellt sich die Frage, wer überhaupt das soziale Subjekt eines binnenorientierten Entwicklungsmodells sein könnte.

Zudem behindert der seit den Wahlen 2012 intensivierte Sozialabbau eine nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik. Wie fragil die Zustimmung zum binnenorientierten Entwicklungsmodell ist, zeigt sich daran, dass die Regierung angesichts der Wirtschaftskrisen und sinkender Rohstoffpreise ihr Versprechen stabiler oder wachsender Konsummöglichkeiten nur eingeschränkt einhalten konnte.

Schließlich liefert die Debatte um Importsubstitution einen Hinweis darauf, wer das binnenorientierte Entwicklungsmodell trägt. Da der Importanteil von westlicher Ausrüstung in einzelnen Sektoren sich auf bis zu 90 Prozent beläuft, sieht die russische Öl- und Gasindustrie in jedweder Sanktion eine existenzielle Bedrohung. Es wird erwartet, dass innerhalb der nächsten 20 Jahre die bisherigen Lagerstätten in Westsibirien weitgehend erschöpft werden. Neue Stätten in Ostsibirien und in der Arktis sind noch nicht ausreichend erschlossen und nur unter hohem finanziellem und technischem Aufwand auszubeuten. Das macht aus Sicht der Öl- und Gasindustrie die Entwicklung entsprechender Technologie notwendig, was den Präsidenten der Union der Öl- und Gasindustrie Russlands, Gennadij Schmal, zu der Aussage veranlasst: „Die Modernisierung hat für uns lebenswichtigen Charakter“ (Schmal 2015: S. 14). Es wird deutlich, dass die Rohstoffbranche trotz der Debatte um Importsubstitution keine Überwindung des Ressourcenextraktivismus anstrebt, sondern lediglich dessen technische Ertüchtigung.

Das russische Vorgehen in den 2010er Jahren in der Ukraine und Syrien hat zweifellos auch das Ziel, durch die Schaffung äußerer Feinde die Zustimmung zur Regierung zu sichern und die Debatte über eigene wirtschaftspolitische Versäumnisse zu marginalisieren. An diesen Befund schließt die hegemonietheoretische Überlegung an, dass Russlands Angriffskrieg auch dem verzweiferten Bestreben geschuldet ist, innerhalb des Weltsystems nicht in eine absolute periphere Position zu geraten. Bemühungen, sich in Putins Kopf zu versetzen, übersehen zumeist eine zentrale Ursache der Eskalation. Die Russische Föderation ist ein Staatengebilde mit nur noch semiperipherem Status. Auf den ‚Festungssozialismus‘ (Derlugian 2014) der Sowjetunion folgte nach einem Übergangsstadium mit Offenheit für unterschiedliche Entwicklungswege ein oligarchischer Festungskapitalismus, dessen ökonomische Leistungsfähigkeit hauptsächlich auf dem Export fossiler Energieträger beruht. Bis zu 43 Prozent seiner Einnahmen verdankt Russland dem Erdöl und dem Erdgas. Die Abhängigkeit von seinen Naturressourcen impliziert, dass die Russische Föderation ohne radikalen wirtschaftlichen Strukturwandel unweigerlich zu den Verlierern einer Nachhaltigkeitswende in den Abnehmerstaaten gehören würde. Je rascher dort die Abkehr von fossiler Energie gelingt, desto wertloser werden russische Öl- und Gasvorkommen. Das dürfte einer der Hauptgründe dafür sein, dass die Zukunftsszenarien jenes Machtzirkels, mit dem sich der Autokrat Putin umgibt, ausgesprochen düster ausfallen. Die besondere Aggressivität des Regimes hat hier eine ihrer wesentlichen Ursachen, denn das Zeitfenster zur Überwindung des semiperipheren Status Russlands schließt sich ebenfalls. Militär und Bereitschaft zu brutalem Angriffskrieg sind die verbleibende Machtressource, die sich halbwegs erfolgreich jedoch nur anwenden lässt, solange der Gegner von russischem Gas und Erdöl abhängig ist.

Dieses Argument ist um ein zweites zu ergänzen: den Versuch Russlands, eine eurasische Union zu schaffen und auf diese Weise wieder eine begrenzte hegemoniale Position einnehmen zu können. Die krisenhafte Entwicklung der Region im Lauf der vergangenen 30 Jahre hat die wirtschaftlichen und (geo-)politischen Bruchlinien zwischen den postso-wjetischen Staaten deutlich sichtbar gemacht. Die EU und neuerdings auch China haben Russland in der Region als wichtigsten Handelspartner abgelöst. Speziell die EU verbindet ihre ökonomische Vormachtstellung zunehmend mit dem Aufbau politischer Strukturen, die Russland explizit nicht einschließen, etwa die Östliche Partnerschaft im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik. Vor dem Hintergrund der belasteten bilateralen Beziehungen zu Russland haben viele kleinere post-sowjetische Staaten diese Entwicklung zu ihren eigenen Gunsten zu nutzen versucht, um im Rahmen einer balancierten Politik zwischen Russland und dem Westen ihre eigene Position zu stärken. Im Angesicht der vielfältigen Krisen und Konflikte in der Region ist diese Strategie jedoch hochriskant, zumal die hegemonialen Akteure die Konflikte ihrerseits zu instrumentalisieren versuchen. Bereits bestehende Konflikte gewinnen dadurch eine neue Dynamik und eskalieren – dieses Mal jedoch unter dem Vorzeichen einer politischen Konfrontation zwischen Russland und dem Westen.

Nach Ansicht des national-konservativen Ökonomen und Kommissars für Integration und Makroökonomiebeider *Eurasischen Wirtschaftskommission*, Sergej Glazew, ist Russland von diesen Entwicklungen existenziell bedroht, da es die Voraussetzungen für eine eigenständige Mitgestaltung der Weltordnung nur noch eingeschränkt besitzt (Glazew 2015). Der gesellschaftliche Peripherisierungsprozess und die wachsende technologische Abhängigkeit vom Westen setzen, so Glazew, der politischen Gestaltungsmacht des Landes enge Grenzen. Die im Zuge des Ukraine-Konfliktes 2014 erlassenen Sanktionen könnten eine existenzielle Bedrohung für Russland darstellen, wenn es nicht gelänge, auf ein binnenorientiertes Entwicklungsmodell umzuschwenken. Dies mache auch eine Orientierung auf den postsowjetischen Raum notwendig. Vor diesem Hintergrund wurde die Gründung der *Eurasischen Union* zum ‚Kernstück‘ (Sakwa 2016) der dritten Amtszeit Wladimir Putins. Eine zentrale Rolle in der Konzeption der *Eurasischen Union* kommt der Ukraine zu. Der Chefredakteur der Zeitschrift *Russia in Global Affairs*, Fjodor Lukjanow, sieht in der Beteiligung Kiews sogar das „wichtigste unerwähnte Ziel der eurasischen Integration“ (Lukyanov 2015, S. 294). Nur mit der Ukraine, so Lukjanow, könne die Eurasische Union eine wirkliche globale Bedeutung erlangen (Lukyanow 2015, S. 294). Bei den vier ursprünglich vorgesehenen Gründungsstaaten Belarus, Kasachstan, Russland und der Ukraine handelt es sich um die industriell und finanziell am stärksten entwickelten Länder der Region. Hinter der ursprünglichen Gründungsidee steht folglich keine Wiederbelebung der UdSSR, sondern das Bündnis der ökonomisch stärksten Staaten der Region. Diese Länder

standen noch 2019 für 90 Prozent des russischen Außenhandels mit den GUS-Staaten. Auch für den gesamten Außenhandel ist ihr Anteil mit 13 Prozent bedeutsam. Belarus, Russland und die Ukraine weisen die höchste Diversifikation in der Industrie aller GUS-Staaten auf.

Indes scheint seit den Maidan-Protesten 2014 und dem Beginn des Ukraine-Konflikts die gesellschaftliche Auseinandersetzung um den künftigen Kurs des Landes entschieden: Sowohl die Poroschenko- als auch die Selenskyj-Administration haben die Westintegration durch ein Freihandelsabkommen mit der EU und eine militärpolitische Kooperation mit der NATO weiter vorangetrieben. Diese Entwicklung wird mit dem Erhalt des EU-Kandidatenstatus für die Ukraine und Moldawien fortgesetzt.

Der russische Machtblock reagierte auf die vielfältigen internen und externen Krisen mit einer Integration nationalkonservativer Kräfte in die Regierung. Deren wachsenden Einfluss verdeutlicht ein Blick auf die konkrete Regierungspolitik seit 2012. Das Vorgehen gegen zivilgesellschaftliche Organisationen und die politische Opposition oder die offen neoliberale Wirtschaftspolitik (Erhöhung des Renteneintrittsalters) verschärfen die Krisen (ökonomisch, sozial, politisch) und die Auseinandersetzungen um den künftigen Kurs des Landes. Die ablehnende Haltung der Ukraine gegenüber einer Mitgliedschaft in der *Eurasischen Union* versetzte dem Integrationsprojekt einen empfindlichen Schlag. Die daraufhin erfolgte Aufnahme von Armenien und Kirgisien schwächt Strategien zur regionalen Reindustrialisierung und bedeutet eine stärkere Ausrichtung der *Eurasischen Union* als politisches Bündnis unter russischer Führung. Angesichts sich zuspitzender innenpolitischer Krisen und der sich verschärfenden imperialen Konkurrenz im postsowjetischen Raum setzt die russische Führung zunehmend auf eine expansive Außenpolitik. Der aggressive, groß-russische Nationalismus untermauert die eigenen Hegemonialansprüche in der Region und stabilisiert zumindest temporär die Verhältnisse im Innern.

Fazit

Der Ukraine-Krieg beschleunigt die globalen Umbruchprozesse hin zu einer multipolaren Weltordnung, die seit der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 immer deutlicher werden. 30 Jahre nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes stehen sich wieder konkurrierende regionale Blöcke gegenüber. Osteuropa und der postsowjetische Raum werden neben anderen Weltregionen zunehmend zu umkämpften Schauplätzen, in denen sich die imperiale Auseinandersetzung manifestiert.

Die russische Interventionspolitik ist eine Reaktion auf die vielfältigen innenpolitischen Krisen und verfolgt das Ziel, den Einfluss im postsowjetischen Raum zu festigen. Der wachsende Einfluss nationalkonservativer Kräfte und die damit einhergehende

autoritäre Verhärtung im Innern verschärfen jedoch die Auseinandersetzungen im Machtblock um den künftigen Kurs des Landes, da die sich überschneidenden Krisen nicht effektiv bearbeitet werden. Damit beschleunigt die Putin-Administration die Spaltung der Region in einen prowestlich orientierten und einen prorussisch orientierten Block.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass die militärische und politische Unterstützung der Ukraine durch die NATO und die EU die Widersprüche und Krisendynamiken im postsowjetischen Raum möglicherweise unterschätzt und vor allem aber Gefahr läuft, diese weiter zu verschärfen. Statt das Ziel eines baldigen Waffenstillstands zu erreichen – von Frieden ist noch gar nicht zu reden –, droht eine *Afghanistanisierung der Ukraine mit verheerenden Folgen für die Gesellschaft*. Die zweifelsohne gebotene Unterstützung des Westens für die Ukraine und die Wiederkehr der offenen deutsch-russischen Konkurrenz in Osteuropa und dem postsowjetischen Raum stärkt den Einfluss nationalkonservativer, expansionistischer Kräfte im russischen Machtblock, die eine Ausrichtung auf Asien und ein enges Bündnis mit China und Indien anstreben. Dies und die zunehmende Fragmentierung des postsowjetischen Raums in konkurrierende Machtblöcke lässt in naher Zukunft eine weitere Eskalation der Konflikte im postsowjetischen Raum wahrscheinlich werden.

Diesem Trend Einhalt zu gebieten, hätte als Voraussetzung, den Ansatz des Weltsystems ernst zu nehmen und die Rolle Russlands in der internationalen Arbeitsteilung zu überdenken und einen Entwicklungspfad zu generieren, welcher der Russischen Föderation einen Ausweg aus der Peripherisierung ermöglicht. Damit fängt Entspannungspolitik an!

Geschieht dies nicht, dürfte das Weltsystem eine Entwicklung zu gewärtigen haben, die der Historiker E. P. Thompson (1980) Exterminismus nennt. Exterminismus ist eine Wortschöpfung aus der Zeit des Kalten Krieges, eskalierender Blockkonfrontation und wechselseitiger Aufrüstung mit atomaren Mittelstreckenraketen. Mit Exterminismus bezeichnet Thompson diejenigen Mechanismen von Volkswirtschaften, politischen Ordnungen und Ideologien, die als Schubkraft in eine Richtung wirken, deren Resultat die Auslöschung vieler Menschenleben sein muss. Exterminismus, der Drang zur Auslöschung, ist gleichbedeutend mit dem letzten Stadium menschlicher Zivilisation. Putins Exterminismus mischt Versatzstücke zaristischen Großmachtstrebens mit panslawistisch-völkischem Nationalismus, Sowjetnostalgie und einem Weltbild, das dem Freund-Feind-Schema eines Carl Schmitt entspricht. Die zusammengebastelte Ideologie soll expansive Absichten legitimieren, hegemoniale Positionen erreichbar werden lassen; doch sie besitzt nichts Attraktives und verfügt über keinen Gesellschaftsentwurf, der positiv ausstrahlen könnte. Das immerhin lässt hoffen.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (1994): *Minima Moralia*. Frankfurt a. M.
- Brand, Ulrich / Brunnengräber, Achim / Schrader, Lutz / Stock, Christian und Wahl, Peter (2000): *Global Governance: Alternative zur neoliberalen Globalisierung?* Münster
- Brubaker, Roger (2011): *Nationalizing states revisited: projects and processes of nationalization in post-Soviet states*. In: *Ethnic and Racial Studies* 34(11), S. 1785-1814
- Cox, Robert (1998): *Weltordnung und Hegemonie. Grundlagen der Internationalen Ökonomie*, Marburg
- Derlugian, Georgi (2014): *Was war der Kommunismus?*, in: Wallerstein, Immanuel / Collins, Randall / Mann, Michael / Derlugian, Georgi / Calhoun, Craig (Hrsg.): *Stirbt der Kapitalismus? Fünf Szenarien für das 21. Jahrhundert*. Frankfurt a.M., S. 123-161
- Dzarasov, Ruslan (2016): *The global crisis and its impact on the Eurasian Economic Union*. In: *European Politics and Society* 17, S. 23-34
- Deppe, Frank (2013): *Autoritärer Kapitalismus. Demokratie auf dem Prüfstand*. Hamburg
- EBRD: European Bank for Reconstruction and Development, Banking Survey
- Glazew, Sergej (2015): *Reč' o neotložnyh merah po otryženiju ugroz suščestvovaniju Rossii* (15.9.2015). URL: <https://www.business-gazeta.ru/>, Zugriff: 21.12.2022
- Gramsci, Antonio (1994): *Gefängnishefte*, Bd. 6, Philosophie der Praxis, hrsg. von Wolfgang Fritz Haug unter Mitwirkung von Klaus Bochmann, Peter Jehle und Gerhard Kuck. Hamburg
- Grigorjew, Leonid (2008): *Globale Finanzkrise 2008 und Wirtschaft Russlands, Russlands Perspektiven*. URL: <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/moskau/05933.pdf>, Zugriff: 29.12.2022
- Inosemzew, Wladislaw (2014): *Die drohende Krise. Russlands Volkswirtschaft ist nicht „normal“ – und auf gefährlichem Kurs*. In: *IP, Länderportrait Russland*, S. 4-11
- Jaitner, Felix / Olteanu, Tina / Spöri, Tobias (Hg.) (2018): *Crises in the post-Soviet space. From the Dissolution of the Soviet Union to the Conflict in Ukraine*. London.
- Kagarlitsky, Boris (2009): *Disaster Management in Eastern Europe*. In: *Segert, Dieter (Hg.): Postsozialismus. Hinterlassenschaften des Staatssozialismus und neue Kapitalismen in Europa*. Wien, S. 159-164
- Kroll, Luisa (2008): *»Billionaires 2008«* (6.3.2008). URL: <http://www.forbes.com/>, Zugriff: 22.12.2022
- Kudrin, Aleksej (2009): *Rossija i mirovoj finansovoj krizis*. In: *Voprosy Ekonomiki*, 39(1), S. 9-27

Lukyanov, Fyodor (2015): *Eurasia: The burden of responsibility*. In: Dutkiewicz, Piotr / Sakwa, Richard (Hg.): *Eurasian Integration – The View from Within*. London, S. 290-303

Medwedew, Dmitrij (2009): *Poslanie federal'nomu sobraniju Rossijskoj Federacii 12 Nojabrja 2009*. URL: <http://www.kremlin.ru/transcripts/5979>, Zugriff: 29.12.2022

Merriman family papers (1939), Massachusetts Historical Society

Molchanov, Mikhail A. (2016): *Choosing Europe over Russia: What has Ukraine gained?* In: *European Politics and Society* 17 (4)

Mykhnenko, Vlad (2015): *Die ökonomische Bedeutung des ukrainischen Donbass*. In: *Russland-Analysen* Nr. 147, S. 2-12

Putin, Wladimir (2012): *Nam nužna nowaja ekonomika*. URL: http://www.vedomosti.ru/politics/articles/2012/01/30/o_nashih_ekonomicheskikh_zadachah, Zugriff: 29.12.2022

Röbel, Stefan (2001): *Hegemonie in den internationalen Beziehungen. Lehren aus dem Scheitern der „Theorie der hegemonialen Stabilität“*, Dresden

Rosstat (2009): *Rossija w cifrach*. Moskau

Sakwa, Richard (2016): *How the Eurasian elites envisage the role of the EEU in global perspective*. In: *European Politics and Society* 17(sup1), S. 4-22

Schmal, Gennadij (2015): *Nado dumat' o buduščem*, in: *Kazachstan. Partnër.kz. Neft i Gaz. Energetika EAES*, S.14-16.

Smith, Adrian / Swain, Adam (2010): *The Global Economic Crisis, Eastern Europe, and the Former Soviet Union: Models of Development and the Contradictions of Internationalization*. In: *Eurasian Geography and Economics* 51(1), S. 1-34

Stiglitz, Joseph (2002): *Der Schatten der Globalisierung*. Berlin

Triepel, Heinrich (1943): *Hegemonie: ein Buch von führenden Staaten*. Stuttgart

Thompson, Edward Palmer (1980): *Notes on Exterminism – the Last Stage of Civilization*. New Left Review, Nr. 121, London

Varga, Mihai (2012): *Working-Class Heresies: Ideology in Protests of Ukrainian Workers During the World Economic Crisis 2009–2012*, *Debatte: Journal of Contemporary Central and Eastern Europe*, 20:2-3, S.107-124

Welt (2022): *Russland droht Ukraine mit „äußerst gefährlichen Folgen“*, abrufbar unter: <https://www.welt.de/politik/ausland/article237039279/Ukraine-Konflikt-Moskau-droht-Kiew-mit-aueserst-gefaehrlichen-Folgen.html>, Zugriff: 21.12.2022

Wallerstein, Immanuel (2004): *World-Systems Analysis: An Introduction*. Durham, North Carolina

Wertheim, Stephen (2020): *Tomorrow the world: The birth of U.S. Global Supremacy*, Cambridge (MA) und London

Worldbank (2013): *Russian Federation. Export Diversification through Competition and Innovation: A Policy Agenda*, Washington/DC

ZDF (2022): *Krim, Mariupol, Sjewjerodonezk: Selenskyj will Gebiete zurückerobern* (14.6.2022). URL: <https://www.zdf.de/>, Zugriff: 21.10.2022

Der Autor

André Bleicher, geb. 1963; Studium der Betriebswirtschaftslehre und Soziologie, Gründungsmitglied des Lorenz Oken Instituts, Herrschried, und des Instituts für soziale Gegenwartsfragen, Stuttgart, dessen Vorstandsmitglied er seit 2015 ist. Seit 2012 an der Hochschule Biberach, seit 2017 dort Rektor.

Die globale Perspektive auf den Ukraine-Krieg

Der russische Angriff auf die Ukraine ist der Versuch, aus einem Angriffskrieg im Stil des 19. Jahrhunderts einen Hebel in eine neue Epoche der Globalisierung zu machen.¹

Roland Benedikter

Zusammenfassung / Abstract

Der Angriff Russlands auf die Ukraine vor einem Jahr hat eine Lawine weltweiter Prozesse ausgelöst. Sie werden die kommenden Jahre prägen. Gegensätzliche geopolitische Machtbereiche haben sich konsolidiert, sind aber auch in Bewegung gekommen. Die Globalisierung wurde aufgebrochen, ökonomische Strukturen wurden verändert. Viele Staaten des Globalen Südens hegen wegen der Kolonialgeschichte Sympathien für Russlands selbst-erklärten Angriffskrieg gegen "das Modell Westen". Immer bedrohlicher wird der Konflikt zwischen den USA und China. Die Digitalisierung und der Einsatz der KI sind beschleunigt worden. Zukunft und Einfluss internationaler Organisationen scheinen ungewiss. Mit welchen Weiterentwicklungen haben wir in die kommende Zeit hinein zu rechnen? Welchen, insbesondere kriegesischen Gefahrenpotentialen sollten wir uns stellen? Welche Hoffnungen – vielleicht sogar Friedenshoffnungen – dürfen wir hegen?

¹ Dieser Text ist ein verschriftlichtes Transkript des Vortrags von Roland Benedikter „Der Ukraine-Krieg und die Zukunft der Globalisierung: Geopolitische Grundsatz-Perspektiven“ im Rahmen des Kolloquiums: Die große Transformation IV. Krieg in Europa: Treiber oder Blockierer für den Umbruch?, veranstaltet vom Institut für soziale Gegenwartsfragen in Stuttgart am 21./22. Oktober 2022, <https://www.sozialimpulse.de/veranstaltungen/kolloquium-die-grosse-transformation-iv>. Die mündliche Form erklärt den Sprachstil, der zum Teil in Auseinandersetzung mit Rückfragen erfolgte. Teile der Ausführungen beziehen sich auf die zwei vorhergehenden Artikel des Autors: Roland Benedikter: The New Global Direction: From „One Globalization“ to „Two Globalizations“? Russia's War in Ukraine in Global Perspective. In: New Global Studies, Fall Issue 2022, De Gruyter, pp. 1-34, online first publication: 15 September 2022, pp. 1-34, <https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/ngs-2022-0038/html>, DOI: <https://doi.org/10.1515/ngs-2022-0038>; sowie ders: Putins Krieg gegen die Ukraine und die Grenzen des Autoritarismus. In: Sozialimpulse. 33. Jahrgang, Heft 2/2022 (Juni), Stuttgart 2022, S. 28-31.

Der Ukraine-Krieg lehrt vor allem eines: Wir sehen künftig zwei verschiedene globale Ordnungen miteinander konkurrieren. Diese Situation hat eine längere Vorgeschichte. Bis zum Zusammenbruch des Kommunismus 1991 gab es in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine relativ stabile Situation. Es gab zwei Blöcke, den Staatskapitalismus im Osten mit dem Anliegen, eine globale Bürokratie zu errichten. Dieser stand dem liberalen Privatkapitalismus entgegen, der das genaue Gegenteil wollte: eine individualisierte, möglichst grenzenlose persönliche Initiative, die in der Realität auch Raubtierkapitalismus einschließt. Es ging dem Neoliberalismus um expansive Individualisierung und größtmögliches Zurückdrängen von staatlichen Einrichtungen inklusive der Bürokratie. Die soziale Marktwirtschaft ist eine Übergangsform, mit Betonung auf Solidarität und Freiheit. Im Wesentlichen aber gab es zwei große Blöcke, den Kommunismus versus die westlichen, demokratischen Gesellschaften. Beide Blöcke haben sich in und durch diesen Gegensatz stabilisiert gegenseitig.

Bei genauerer Untersuchung der Realität würden wir jedoch sehen, dass es auch viele Übergänge, viele unheilige Allianzen gegeben hat. Aber eine Dichotomie zu kreieren und auf dieser immer wieder ideologisch zu insistieren, hat für eine relative Stabilität in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gesorgt. Trotz aller Konflikte und Kriege, die dies mit sich brachte, beispielsweise seitens Russlands in Afghanistan, und Kriegen, die auch die Vereinigten Staaten geführt haben, war die Situation klar: Zumindest geistig, im Selbstbewusstsein, war die Welt eine relativ klar strukturierte. Interessanterweise war das System, das diese Dichotomie von außen einigermaßen mit stabilisiert hat, eine globale Ordnung, die im Wesentlichen von den westlichen Demokratien geschaffen wurde. Die Vereinten Nationen sind ein Konstrukt des westlichen Liberalismus, in das auch autoritäre Staaten beigetreten sind wie Russland und China, die im Sicherheitsrat von Anfang an als Vetomächte vertreten waren.

Mit Verspätung, nach dem Zusammenbruch der Ost-West Dichotomie, hat man diese Integrationsbemühung 2001 mit dem Beitritt Chinas zur Welt-handelsorganisation fortgeführt und genau zehn Jahre später, 2011, auch mit dem Beitritt Russlands. Anliegen war, die ehemalige kommunistische Sphäre immer weiter zu verwestlichen, sie in den Bannkreis der Vorteile des westlichen Kapitalismus zu ziehen und sie damit auch an ein Konzept des Ausgleichs und der Kompromisse anzugleichen.

In den 1990er-Jahren, nach dem Zusammenbruch des Kommunismus, gab es dann eine überwältigende Friedenshoffnung. Man erkannte, dass die Stabilität der Gegensätze brüchig war und dass dies jederzeit zu einer Konfrontation hätte führen können. Francis Fukuyama, Direktor des Zentrums für Demokratie, Entwicklung und Rechtsstaatlichkeit an der Stanford University, sagte, dass viele US-Theoretiker 1991 wirklich geglaubt hätten,

dass das Ende des Kommunismus auch das Ende der Geschichte sei. In Deutschland wird das oft abgewiegelt. Es wird behauptet, Fukuyama hätte das gar nicht so gemeint. Aber er hat genau das gemeint: nämlich dass die Geschichte der Konfrontation zwischen zwei Blöcken beendet sei. Es gäbe nun die Hoffnung auf eine einige Menschheit, und damit in gewisser Weise ein Ende der Geschichte. Eine Epoche, in der Dualität Stabilität konstituiert habe, wiche einer fortschreitenden Integration auf der Basis westlicher Werte – oder zumindest eines kleinsten gemeinsamen Nenners der Offenheit. Dies geschähe unweigerlich, weil sich das kommunistische System als nicht tragfähig erwiesen habe, während das westliche sich bewährt zu haben schien.

Ob diese relativ kurze Phase der Ost-West-Stabilisierung in dieser Dichotomie von 1945 bis 1989 oder 1991 dauerte, hängt davon ab, ob man den Fall der Berliner Mauer oder den Zusammenbruch des Kommunismus als Wendepunkt ansetzt. Wir sprechen jedenfalls von einer relativ kurzen Phase der Geschichte, die nicht einmal 50 Jahre umspannt hat.

Dennoch kann sie einem wie eine Ewigkeit vorkommen, weil sich innerhalb dieser Gesellschaft verschiedene Epochen abgespielt haben. Die kleinbürgerliche Nachkriegsphase, die 1960er-Jahre-Revolution, der Beginn der Postmoderne in den 1970er Jahren sowie die Digitalisierung seit den 1980er Jahren bewirkten eine Unterstrukturierung dieser Zeitspanne. Im Wesentlichen müssen wir heute feststellen, dass wir eine kurze Phase der Ost-West-Stabilität hatten, die uns damals als selbstverständlich und überzeitlich erschien – besonders meiner Generation, die 1965 geboren ist.

Die erste Phase der Stabilität durch Blockbildung dauerte also 45 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg. Danach kamen 25 Jahre Übergang als zweite Phase: zwischen 1990 und der Migrationskrise 2015. Letztere nennen wir die klassische, die glückliche Phase der Globalisierung, die Phase der Hoffnung auf eine durch Ausbreitung der Demokratie integrierte Menschheit. Spätestens seit 2015 beobachten wir jedoch die Erschütterung dieser Hoffnung und die Rückkehr einer neuen weltpolitischen Dichotomie. Eine erneute Blockbildung, die gar nicht so grundsätzlich anders auszusehen scheint als die bis 1990. Aber sie erfolgt in anderen Gesetzmäßigkeiten, in einer anderen Technologie- und Umwelt-Epoche, sowie bei weitgehend veränderten Zusammensetzungen der zwei Gruppierungen und der Machtverhältnisse zwischen den Blöcken.

Wir befinden uns bereits seit einigen Jahren im Zeitraum der Entstehung einer neuen geopolitischen Phase: der Beginn einer neuen Dichotomie zwischen einer neuen Allianz autoritärer Staaten, die sich derzeit mittels eines Hebels zusammenschließen, nämlich des Ukraine-Krieges, gegen die Allianz der Demokratien. Eine Dichotomie,

die sich auch militärisch und ökonomisch als Gegnerschaft, als „systemische Rivalität“ beziehungsweise Rivalität zwischen zwei großen politischen Systemideen versteht, wie die Europäische Union das seit 2019 explizit gegenüber China bezeichnet hat. Wir haben es heute mit zwei Blöcken zu tun, die sich auf eine neue Dichotomie einstellen – und eben damit eine neue globale Dichotomie zugleich erzeugen.

Die zunehmenden Narrative der Systemkonfrontation, die wir seit zwei bis drei Jahren wahrnehmen, die sich mit der Pandemie und besonders dem Ukrainekrieg massiv verstärkt haben, sind also kein Zufall. Sie sind Zeichen einer historischen Phase, in der die Hoffnung auf eine einige Menschheit zumindest temporär verschwunden ist. Die Narrative der globalen ideologischen Spaltung zwischen Demokratien und Anti-Demokratien allein sorgen bereits für die Entstehung einer neuen Weltordnung, unabhängig davon, inwieweit in den kommenden Jahren eine Entflechtung globaler Zusammenhänge etwa auf dem wirtschaftlichen Sektor, auf dem Handelssektor und auf dem Ressourcen-Sektor stattfinden wird. Inwieweit also die Entflechtung globaler Zusammenhänge vonstattengeht – schneller oder langsamer –, sie ist im Gange. Und sie wird von Narrativen der Konkurrenz angetrieben, die eine große Wirkmacht entfalten. Diese sorgen bereits heute dafür, dass sich die großen Strategien aller Weltmächte auf eine „verdoppelte Globalisierung“ einstellen.

Die Krise internationaler Organisationen

Diese Entwicklung berührt nicht zuletzt den Status und die Stellung globaler Organisationen. Wir haben das zum 75. Jahrestag der Vereinten Nationen 2020-21 vom 9. UNO-Generalsekretär António Guterres selbst gehört. Guterres, ehemaliger Präsident der Sozialistischen Internationalen (1999-2005), bekennender Linkspolitiker und gleichzeitig streng gläubiger, konservativer Katholik portugiesischer Prägung, trägt in sich selbst schon eine Welten-Dichotomie. Er hat 2021 zwei große Reden gehalten, im Januar und im Juni, in denen er die reale geopolitische Situation zu jener liberalen globalen Ordnung in Beziehung gesetzt hat, die idealiter von den Vereinten Nationen repräsentiert wird. Er führte aus, dass einerseits die globale Ordnung in der größten Krise seit 1945 ist. Er sah sogar „vier apokalyptische Reiter“, welche die Grundlagen dieser Weltordnung zerstören. Bewusst hat er dazu die apokalyptische Symbolik des katholischen Christentums herangezogen, was für einen Vertreter und Einer der gesamten Menschheit höchst umstritten ist. Guterres sagt, nicht nur die Weltordnung, sondern auch die globalen Organisationen selbst befinden sich in der größten Krise seit 1945, weil sie zwischen ihren Mitgliedern auseinanderfallen. Guterres nannte das den apokalyptischen Reiter eines neuen globalen Misstrauens.

In der Tat haben wir heute einen neuen Block der Autoritären, der sich aktiv bildet. Dazu gehören Russland, China und Staaten wie der Iran, dazu gehörten Nordkorea, bis zu einem gewissen Grad Saudi-Arabien, dann Staaten wie Ecuador oder Venezuela. Dazu gehört auch eine Anzahl afrikanischer Staaten wie Südafrika, die es als antikoloniale Revanche verstehen, sich im Ukraine-Konflikt eher den autoritären Staaten anzuschließen – gegen den Westen. Es gibt damit eine Gruppe innerhalb der Vereinten Nationen, die deren liberalen Werten und Zielen entgegengesetzt ist. Dazu zählt die Tatsache, dass Russland heute mit einem China des Xi Jinping kooperiert, das der fortgeschrittenste Überwachungsstaat der Welt ist. Ein Russland, das gezielte Angriffe auf zivile Infrastruktur vornimmt, wie wir in der Ukraine sehen, die Zerstörung des Stromnetzes, der Energieversorgung zu über 40 Prozent. Das ist laut den Artikeln 52 bis 56 der Genfer Konvention ausdrücklich und wortwörtlich illegal und verstößt gegen jedes Abkommen, das Russland selbst unterschrieben hat.

Russland und China insbesondere sind heute Staaten, die die internationale Ordnung aktiv unterlaufen. Gleichzeitig haben sie aber ein Vetorecht im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, dem sie geistig und moralisch überhaupt nicht mehr angehören, sondern gegen den sie aktiv arbeiten. Diese Situation hat Antonio Guterres 2021 als die größte Krise der internationalen Organisationen bezeichnet. Sie fallen auseinander zwischen diesen zwei Blöcken: den Demokratien auf der einen Seite und den Autokratien, die alle Grundbegriffe der bisherigen liberalen Ordnung ummodellieren wollen und Multipolarität anders verstehen.

Das gilt auch für Unterorganisationen der Weltgemeinschaft, darunter die UNESCO. Wir haben erlebt, dass Israel, die USA und andere Staaten nicht zuletzt wegen der zunehmenden Politisierung ausgetreten sind. Ein Neufindungsprozess ist im Gange, der durchaus kreative Züge annimmt. Der Frauenrechtsrat der Vereinten Nationen sah als Teilnehmer Iran und Saudi-Arabien. Diese sprechen sich jedoch gerade aktiv gegen Frauenrechte aus. Ähnliches gilt für den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen. Hier spielen China und Pakistan maßgebliche Rollen, verbreiten selbst aber programmatische Lehren gegen Menschenrechte, die sie gar nicht praktizieren. Die Xi Jinping Doktrin behauptet zum Beispiel, dass Menschenrechte eine historisch eher kurzfristige westliche Erfindung seien, ebenso die westliche Philosophie und Ideengeschichte, die keinen globalen Anspruch mehr zu stellen hätten.

Die heutige Phase der Globalisierung: Zwei Globalisierungen

In diesem Zustand befinden wir uns jetzt. Wir hatten also zunächst eine Epoche der Stabilität durch ideologische Polarisierung 1945-1989/91, dann eine glückliche Globalisierungs-Epoche 1991-2015,

in der der Westen eine globale Demokratisierungseuphorie pflegte. Man glaubte, die ganze Welt würde jetzt demokratisch. Es gäbe gar keine andere Möglichkeit, und es sei nur eine Frage der Zeit, bis jeder Staat demokratisch ist. Sei es, dass die demokratischen Leitmächte wo nötig dem mit Kriegen nachhelfen, wie im Irak, um westliche Verhältnisse, westliche Wirtschaft dorthin zu bringen, die die Bevölkerung nach und nach in eine breite Mittelklasse verwandelt und autoritäre Gesellschaften damit transformiert. Die Hoffnung war: Die ganze Welt wird demokratisch werden. Es wird eine einzige Menschheit entstehen, die Vereinten Nationen werden gestärkt werden. Dann werden die liberalen Werte in der Welt triumphieren.

Doch diese Hoffnung der glücklichen ersten 25 Jahre der Globalisierung hat sich inzwischen zerschlagen. Wenn wir erkennen, dass wir seit einigen Jahren eine neue Phase der Parallel-Globalisierungen haben, beziehungsweise eine neue Blockbildung, dann müssen wir auch sehen, dass diese im Unterschied zum vorherigen „Gleichgewicht des Schreckens“ nicht stabil ist. Wenn die Welt sich zwischen 1945 und 1991 durch ein „Gleichgewicht des Schreckens“ stabilisiert hat – dann sind diese Zeiten heute vorbei. Das sieht man unter anderem an der Ukraine-Situation. Wir haben eine neue globale Dialektik, die nicht mehr hinter Diplomatie verborgen wird, sondern offen zutage tritt. Aber eben nicht mehr in einem relativen Gleichgewicht, sondern mit einer sehr hohen Dynamik, die ihre Schockwellen, Auswirkungen, Verästelungen produziert. In einer bestimmten Weise charakterisieren sich die aktuelle Phase der Blockbildung und die sie begleitende Multipolarität stärker durch Kontrollverlust als durch das Gleichgewicht der atomaren Abschreckung bis 1991.

Das ist die Landkarte, auf der wir uns jetzt bewegen. Eine Landkarte, die die meisten Großmächte heute ebenfalls so analysieren würden. Amerika zum Beispiel sieht den Zustand der Welt ähnlich, unabhängig von der politischen Führung. Das betrifft die Eliten, das betrifft das Militär, das betrifft aber auch die staatlichen Organe. Das betrifft die großen Entwicklungsstrategien, die in den USA dank einer „Grand Strategy“ bekanntlich weiter vorausschauend agieren als diejenigen Europas. Es betrifft die Strategie Chinas, den „neuen chinesischen Traum“ oder die „Strategie nationaler Verjüngung“ Xi Jinpings, die aktiv an einer zweiten Globalisierung unter chinesischer Führung arbeitet – mithilfe „Neuer Seidenstraße“ und Makroprojekten wie dem globalen Stromnetz, der „Global Energy Interconnection“ (GEI), einem persönlichen Lieblingsprojekt von Xi Jinping.

Die Welt soll ein einziges Stromnetz haben, natürlich unter Führung Chinas. Ähnliche Projekte verfolgt Saudi-Arabien, die OPEC Staaten, nicht zuletzt beeinflusst von Russland. Saudi-Arabien, das formal gesehen ein Teil der westlichen Allianz ist, kultiviert in Wirklichkeit aber bereits seit Jahren ein autokratisches System, das mit westlichen Werten, mit Demokratie nichts zu tun hat. Nach

wie vor lässt es seine Kritiker im In- und Ausland verfolgen. So hat die OPEC auch das Ansuchen von US-Präsident Joe Biden, der amerikanischen Regierung in der Post-Corona-Krise mehr Öl zu liefern, abgelehnt. Einige Tage später hat man sogar demonstrativ die Ölförderung reduziert. Das sind offene Signale gegen den Westen an empfindlichen Punkten. Hier wird mitgeteilt, dass wir uns jetzt nicht nur in einer Dichotomie befinden, sondern in einer Dynamik der systemischen Rivalität. So zumindest drückt es die EU seit 2019 in ihren offiziellen weltpolitischen Stellungnahmen aus.

Zusammenfassend kann man bezogen auf die aktuelle Situation sagen: Die Welt ist in der Selbstfindung, im dynamischen Selbstfindungsprozess zweier großer Blöcke begriffen, die kaum mehr gesellschaftliche Werte miteinander teilen. Die Kernbegriffe, um die es in der liberalen Weltordnung geht, wie Teilhabe, Partizipation, Gerechtigkeit, Entwicklung werden eifrig benutzt, aber gegen die Demokratien gewendet und auch begrifflich umgemünzt.

Umdeutung der Begriffe

China zum Beispiel hat im Umfeld des Ukraine-Kriegs erklärt, China, Russland, Venezuela und möglicherweise andere BRICS-Staaten wie Brasilien unter Bolsonaro oder möglicherweise Teile von Modis Indien, das sich in den letzten Jahren re-nationalisiert hat, hätten eine „andere“ Vorstellung von Demokratie. Diese konkurrierte mit der des Westens, und die Menschen sollten selbst entscheiden, welche sie bevorzugen.

Im Wesentlichen behauptet China heute während seiner Expansion in die Welt: Autoritarismus ist die wahre Form von Demokratie. Der Westen habe das nicht verstanden, er habe eine falsche, lasche, eine Laissez-faire-Vorstellung von Demokratie. Das bedeutet: Autoritäre Staaten wie China verwenden die Kernbegriffe des Westens und meinen damit das völlige Gegenteil. In der großen Stabilitätsphase zwischen 1945 und 1991 hatten beide Blöcke unterschiedliche Sprachen. Zumindest in den Leuchttürmen des „real existierenden Sozialismus“ wie Marx, Bakunin oder Lenin hat der Staatskapitalismus versucht, eine andere Sprache, eine alternative Terminologie zum privatkapitalistischen Westen zu entwickeln. Deswegen war bis in die Neunzigerjahre immer klar, wenn man einen Text las, ob das ein Text von Marxisten war oder vom westlichen Kapitalismus geprägt. Die konkurrierenden Systeme entwickelten und praktizierten unterschiedliche Sprachen und unterschiedliche Kernbegriffe, ganz bewusst, um ihre Unterschiedlichkeit hervorzuheben. Das hat die Verhältnisse verdeutlicht.

Die neue Globalisierungsphase mit ihrer neuen Blockbildung zeichnet sich dadurch aus, dass die autoritären Staaten, die sich nun zusammenschließen, die Sprache des Westens, der liberalen

Ordnung für sich vereinnahmen und den Begriffen einfach eine andere Bedeutung geben. Ähnlich wie in der berühmten Umformung des Verständnisses von „Faktizität“ durch Kellyanne Conway, die damalige Beraterin von Donald Trump. Trump ließ damals verlauten, es habe die größte Menschenmenge aller Zeiten bei seiner Inauguration am 20. Januar 2017 in Washington gegeben. Es stellte sich heraus, dass dies nicht stimmen konnte, denn die Fernsehbilder, die Verkäufe von U-Bahn-Fahrkarten, die Frequentierung der Straßen wiesen darauf hin, dass es wohl eine der historisch kleinsten Menschenmengen war.

Darauf folgte das berühmte Statement von Conway, die im Fernsehen erklärte, wenn das die Fakten seien, dann verfüge das Trump-Team eben über „alternative Fakten“. Der Reporter entgegnete, das sei ein Widerspruch in sich. Es könne keine alternativen Fakten geben. Darauf hin erwiderte sie, das könne er nicht bestimmen.

Doch Aussagen wie *„Ich erkläre die Fakten zu etwas anderem, als sie sind – weil ich das will, und zwar, indem ich das jetzt hier erkläre. Niemand kann mir sagen, dass es nicht stimmt, denn jeder hat seine Meinung und jede Meinung ist gleich viel wert. Also könnt ihr mir widerlegen, was ihr wollt, meine Fakten sind richtig. Oder sie sind zumindest gleich viel wert wie eure“*, lösen letztlich den Faktenbegriff auf.

Genauso verfahren heute die großen autoritären Staaten. Sie verkündeten programmatische Erklärungen in der Ukraine-Krise, bei denen sie die Kernbegriffe des Westens für sich umdrehten und vereinnahmten – und niemand könne dagegen etwas tun. Seitens des chinesischen Außenministers hieß es zum Beispiel: Wir arbeiten gemeinsam mit Russland mit dem Hebel Ukraine-Krieg an einer „neuen Weltordnung“, denn die Weltordnung des Westens ist an ihre Grenze gestoßen. Der Ukraine-Krieg ist der Hebel zur Geburt einer zweiten Weltordnung. Dort werden wir die wahre Demokratie verwirklichen. Wahre Demokratie ist das, was wir, unsere Staatsorganisationen und Regime, darunter verstehen. Wenn der Westen damit nicht zufrieden ist, ist das ein Problem des Westens. Zitat des chinesischen Außenministeriums: *„Die westliche Idee von Demokratie ist nicht in Stein gemeißelt.“*

Das war eine programmatische weltpolitische Erklärung, die auch so inszeniert wurde und nicht nebenbei erfolgte. Das chinesische Außenministerium bekräftigte: Wir stehen Seite an Seite mit Russland, weil wir eine „andere“ Art von Demokratie verwirklichen, die dem Volk angemessener ist. Die globale Bevölkerung will eure Demokratie gar nicht. Sie ist viel zu kompliziert und arbeitet zu langsam, gerade im Zeitalter der künstlichen Intelligenz. Wir machen jene autoritäre „Demokratie“, die das Volk will. Wir wissen, welche Demokratie das Volk will, ihr wisst es nicht. Und vielleicht weiß es auch das Volk nicht.

Damit erfolgt eine Umtaufe der Schlüsselbegriffe des Westens – nicht nur der „Demokratie“, sondern

davon abgeleitet auch der meisten anderen. Dasselbe macht man mit Partizipation, dasselbe mit Gerechtigkeit, dasselbe mit den Wertestrukturen globaler Organisationen. Die systematische Umdeutung der Kernbegriffe des liberalen Westens ist einer der Kernpunkte der methodischen Vorgehensweisen der neuen Allianz der Autokratien, um sich einer zweiten Globalisierung zu bemächtigen. Man sei gar nicht gegen die bestehende Globalisierung, sondern man führe diese nur über sich selbst hinaus, auf die ihr angeblich innewohnende logische nächste Entwicklungsstufe. Das widerspricht jedoch der Wahrheit und Faktizität dessen, was sich hier vollzieht.

De-Globalisierung oder Re-Globalisierung?

Das entscheidende Paradoxon dieser Verhältnisse ist, dass beide Blöcke, die heute gegeneinander konkurrieren, in höchstem Maße globalisiert und dabei trotz aller systemischen Rivalität weiterhin sehr stark wirtschaftlich vernetzt sind. Es ist nicht so wie 1945-1991, dass die westlichen kapitalistischen Gesellschaften vernetzt und globalisiert waren, auch die Ressourcen international genutzt haben und dass die östlichen Gesellschaften in sich gekehrt, aber trotz des Anspruchs auf eine eigene Welt kaum autochthon existieren konnten. Das ist heute nicht mehr der Fall. Alle „Spieler“: China, Russland, Amerika, Deutschland, Saudi-Arabien, sogar der Iran, sind zu einem hohen Grad globalisiert. Nur haben sie in ihrer Art der Globalisierung ganz unterschiedliche Werte.

Wenn zwei systemisch verschiedene globale Ordnungen entstehen, könnte man das als De-Globalisierung bezeichnen. Oder handelt es sich vielleicht eher um eine Re-Globalisierung?

Denn: Erneuert sich da nicht auch durch eine Metamorphose die bisherige Globalisierung, was möglicherweise in langfristiger Blickrichtung auch positive Seiten haben kann?

Sicher ist: So perfekt war die Globalisierung bisher nicht. Sie produzierte im 21. Jahrhundert immer mehr Systemkrisen, die immer schwerer zu kontrollieren waren. Sie produzierte auch eine stetig wachsende Ungleichheit innerhalb der meisten Gesellschaften. Sie vernachlässigte die Globalisierung, also die Anpassung von globalen Ursachen und Prozessen an lokale Wirkungen. Ob der heutige Trend zur Konkurrenz zwischen zwei parallelen Globalisierungen eine De-Globalisierung oder eine Re-Globalisierung ist, müssen wir also bedenken.

Dual Use Strategien

Zu guter Letzt müssen wir mit Blick auf die Gegenwart den Begriff der Dual-Use-Strategien diskutie-

ren. Diesen Begriff verwenden wir zum Beispiel im Bereich der neuen Technologien. Dual-Use bedeutet fundamentale Ambivalenz – dass ein und derselben Sache zwei völlig verschiedene Realisationsmöglichkeiten innewohnen. Das trifft etwa auf die Blockchain-Technologie zu. Sie können die Blockchain-Technik dazu nutzen, um Kryptowährungen zu erzeugen, aber auch, um Legitimations- und Kontrollprozesse zu dezentralisieren und damit eine völlig neue Ebene dezentraler demokratischer Gesellschaft begründen. Beide Anwendungen stehen in vielfachen Gegensätzen zueinander. Das macht Blockchain zu einer typischen Dual-Use-Technologie.

Autoritäre Staaten arbeiten schon seit Jahren mit Dual-Use-Strategien und lassen sie sich kapillar immer weiter im Netz der Beziehungen ausbreiten, im Netz der sozialen Verhältnisse. Aber sie verfahren so, dass man nicht genau versteht, auf welche Weise eine Technologie genutzt wird. Beide Nutzen überlagern sich ständig, und die Autoritären achten sehr genau darauf, dass die Ambivalenz erhalten bleibt. So entziehen sie sich einer möglichen Kritik, erhalten sich Optionen und verdecken ihre Ziele. Die sogenannten Dual-Use-Anwendungen finden im Zeitalter der Zwei-Globalisierungen, in die wir uns heute hineinbewegen, mittlerweile geradezu universale Anwendung.

Ein Beispiel, wiederum von China genommen: China hat vor Kurzem den ersten halbautonomen Drohnenträger der Welt lanciert. Er ist operativ selbststeuernd und ist statt mit bemannten Flugzeugen und Booten mit Drohnen bestückt. Er kreuzt im südchinesischen Meer nach bestimmten Logiken, die ihm maschinell vorgegeben wurden, mit menschlicher Zusatzsteuerung nur bei Bedarf. Das heißt: In Notfällen kann die Steuerung von Menschen übernommen werden, aber prinzipiell patrouilliert er jetzt die südchinesische See mithilfe Künstlicher Intelligenz. Der Träger kann mit diesen Drohnen Schiffbrüchige orten, kann auf Wetterveränderungen reagieren und Warnungen herausgeben. Er kann die Drohnen benutzen, um Seebeben zu entdecken, bevor sie sich zu einem Tsunami ausweiten, und entsprechend kommunizieren. Das ist jedoch nur die eine Seite der Nutzbarkeit. Obwohl es nicht gesagt wird, ist offensichtlich, dass diese Drohnen auch waffenfähig sind. Innerhalb kurzer Zeit kann der automatisierte Träger in eines der effizientesten Schlachtschiffe umgewandelt werden. Er kann die einst friedlichen Drohnen dann dazu benutzen, bestimmte Zonen von Feinden zu säubern. Er kann Zonen verteidigen, indem er halbautonom Eindringlinge angreift, ohne dass größere eigenständige Tätigkeiten vonseiten der chinesischen Militärführung erfolgen müssten. Wahrscheinlich ist dieser Träger mindestens genauso dafür geplant wie für den friedlichen Einsatz.

Man hat also mit Dual-Use-Strategien als dem Charakter heutigen globalpolitischen Agierens eine zwielichtige Ambivalenz. Dieses Zwielicht wird systemisch und ist der Kern der Strategien der neuen Welt-Dichotomie. Die neue Epoche der Dichotomien

unterscheidet sich auch durch die systemische Ambiguität der Dual-Use-Strategien fundamental von der Phase zwischen 1945 und 1991.

Weltraumforschung

Etwas Ähnliches sehen wir mittlerweile auch über die Erde hinaus: in der Weltraumforschung, der sogenannten Space Mission. Alle großen Kräfte der Welt treiben die zivile und militärische Nutzung des Raums massiv voran. Seit Jahren laufen Vorbereitungen für Besiedlungsoperationen des umgebenden Weltraums. Wir sind schon längst in einer Phase, auch konkret in der Ausgabe von Mitteln in den Investitionen, in der sich die Menschheit über die Erde hinaus zu bewegen sucht, mit ungeahnten geistigen Implikationen, die das mit sich bringt, wie schon Heidegger angemerkt hat.

Die Menschheit will sich in den nächsten Jahrzehnten, jedenfalls noch im 21. Jahrhundert, über die Erde hinausbewegen. Kleine Vormissionen sind bereits geplant, etwa zum Mars. Aber auch eine neue Mondbasis ist von China und Russland gemeinsam beabsichtigt. Das sind Bestandteile der globalen Allianz autoritärer Systeme. Die chinesisch geführte, nuklear betriebene Mondstation soll spätestens bis 2030, also in einem relativ überschaubaren Zeitraum, operativ sein und vor allem den Südpol des Mondes besetzen. Das ist der strategisch wichtigste Teil des Mondes, weil dort Wasservorkommen vermutet werden, die man nutzen kann, um auf dem Mond Raketentreibstoff herzustellen.

Das hätte einen riesigen strategischen Vorteil. Man kann damit dann sehr feinmaschige, weit entwickelte Operationen im Empfangen, im Reparieren, im Verändern von Satelliten und anderen Raumkörpern vornehmen. China sagt, das sei nur zivil, das diene der Pflege jenes faradayschen Käfigs, der sich bereits heute in Gestalt von Zehntausenden von Satelliten unterschiedlicher Netzwerke um die Erde spannt, die miteinander konkurrieren – seien es wissenschaftliche oder kommerzielle, seien es staatliche und militärische. Doch wenn es eine Konfrontation geben sollte, werden sofort alle zivilen Anwendungen krieglerisch genutzt. In der russischen Raumfahrt-Dogmatik etwa ist das sogar offiziell festgelegt. Die technologische Entwicklung zur Pflege chinesischer Satelliten wird im Ernstfall genutzt, um die westlichen Satelliten unbrauchbar zu machen. Damit könnten die Autokratien den Westen von seinen Satelliten abschneiden, deren Nutzung mit das wichtigste ist – wie wir jetzt auch im Ukraine-Krieg gesehen haben.

China kennt in der strategischen Nutzung des Weltraums auch sonst wenig Hemmungen. Das Land besitzt die fortgeschrittensten Programme nicht nur in der außererrestrischen Modifikation von Samen, also von Pflanzen, die nach ihrer außererrestrischen Veränderung in der Schwerelosigkeit auf die Erde zurückgebracht werden, um hier effizientere Pflanzen zu züchten. Das stellt eine Alternative zur

Gentechnologie dar, wobei aber unklar bleibt, ob dann hier nicht erdfremde Mechanismen und Kräfte auf die Erde zugreifen. Niemand außer China treibt diese Experimente derzeit in diesem riesigen Ausmaß voran, mit solcher Intensität. Wenn man ein autoritäres Regime ist, kann man mit im Raum veränderten Organismen machen, was man will. In den selbstkritischen offenen Gesellschaften ließe sich das nicht so leicht durchsetzen.

Zusammenfassung und Ausblick: Dialektiken des Dual-Use

Soviel zu den heutigen Dual-Use-Strategien. Im Marxismus war es die historische Dialektik, die den Nutzen für den Fortschritt der Menschheit erzeugte. Es gibt Dichotomien, die verschiedene Phasen der Verbindung durchlaufen, so wie eine Helix durch Phasen der Integration, der Synthese, Phasen des Trennens-und-wieder-Vereinigens geht. These, Antithese, Synthese, das ist laut Teilen der klassischen abendländischen Denktradition die Dialektik des historischen Prozesses, das ist der Weltprozess, das ist der Weltgeist.

Doch diesen Gedanken einer höheren Ordnung in der Dialektik, die sich offen zutage bringt und damit Fortschritt generiert, haben wir heute nicht mehr. Wir haben heute eine Dualität, die mit Ambiguität operiert, mit dem Ziel der gegenseitigen Beschneidung und Vereinnahmung. Das macht diese Phase so anfällig für Kontrollverlust, mutmaßlich von beiden Seiten.

Wir haben im Umfeld des Ukraine-Kriegs die Behauptung von China und Russland gehört, sie hätten die Möglichkeit, eine zweite Globalisierung aus der bestehenden herauszuschneiden, nach dem Motto: Kommt uns nicht in die Quere, denn wir bauen unsere eigene Welt. Dmitri Medwedew, zwischenzeitlicher Präsident Russlands, jetziger Vizevorsitzender des Nationalen Sicherheitsrates, sagte sinngemäß: Westen, ihr seid Weicheier. Ihr seid ein Schneeflockengebilde, die Schneeflocken-Demokratie. Wir sind die harten Jungs, wir halten zusammen. Wir können ein Block aus einem Guss sein, weil wir autoritär sind. Ihr seid Demokratie, viele Stimmen, ihr fallt sofort auseinander.

Die Wirklichkeit hat dieser Darstellung bislang jedoch nicht entsprochen. Das ist die Lehre des bisherigen Ukrainekriegs aus globaler Perspektive: Die Allianz der Demokratien ist nicht auseinandergefallen. Eher kommt eine diktatorische Struktur, zu der sich das heutige Russland nach und nach entwickelt hat, an die Grenzen der Implosion. Ähnliches sehen wir in China, wenn auch in anderer Form. In dem Moment, in dem sich eine Wirtschaftskrise nur ankündigt – mit dem Bröckeln der Immobilienblase, den Problemen bei der Ankurbelung des Binnenkonsums, der stagnierenden Bevölkerungszahl –, fängt die Führungsriege an zu zittern, aus Angst um sich selbst. Das Zerbrechen von Struktur versucht man abzuwenden durch

Verschärfung von Autorität. Das sind Mittel, die autoritäre Regime benutzen, wenn sie Ungewissheit erfahren.

Der Grund dafür ist, dass die Führer autoritärer Systeme nicht über Wahrheit verfügen. In einem autoritären System sagt ihnen niemand die Wahrheit, sondern das, was in diesem System Sinn macht. Im Unterschied dazu gilt: Demokratie heißt Wahrheit. Ohne Wahrheit kann keine Demokratie bestehen. Demokratie ist auf Wahrheit angewiesen, sonst gibt es in ihr keinen Dialog, ist sie also nicht und zerbricht sofort.

Umgekehrt gilt: Autoritäre Systeme leben von der Unwahrheit. Wenn Wahrheit aufkommt, zerbrechen sie. Deswegen müssen sie mit allen Mitteln die Begriffe verwischen. Die Sprache kontrollieren, damit die Wahrheit nicht aufkommt, wenn es am Glauben an das System mangelt und dieses bei der eigenen Bevölkerung ins Zwielicht gerät. Der Yale-Historiker Timothy Snyder hat dies den strukturellen Nihilismus der autoritären Systeme genannt. Mit diesem impliziten Nihilismus – es gibt keine Wahrheit, es gibt auch keine Werte, du bist allein in der Welt und es geht nur darum, hier zu überleben – gerät das autoritäre System notgedrungen ständig an seine Grenzen.

Ich vermute, und damit möchte ich abschließen, dass die Instabilität, die die heutige Phase der Globalisierung kennzeichnet, mittel- bis langfristig in erster Linie nicht die Demokratien kippt, sondern in eine größere Instabilität der autoritären Regime hineinführt, sei es des chinesischen, sei es des russischen. Hier sehe ich die eigentliche Gefahr, die von dem Ukraine-Krieg für die Welt ausgeht. Die Gefahr liegt weniger in einem Atomkrieg. Sondern es ist die mögliche Implosion dieser Regime, die ab einem bestimmten Punkt erfolgen kann und die tatsächlich eine große Gefahr für die Welt darstellt, die epochale Folgen für die Menschheit auslösen könnte. Weil diese Regime nicht kampfflos gehen, nicht ohne Verzweiflungstaten.

Der Ukraine-Krieg von 2022, der eine Fortsetzung der Krim-Annexion von 2014 ist, ist für mich auch in dieser Hinsicht ein historisches Symptom. Historische Symptomatologie bezeichnet die Einsicht, dass wir an bestimmten Entwicklungen, Ereignissen, Phänomenen, die meistens Prozesse abbilden, Grundsatzaspekte der größeren Entwicklung ablesen können. Wir müssen daher die Symptome lesen. Wir können sie durchaus unterschiedlich lesen, sie anschließend miteinander vergleichen, um uns antizipativ den Gesetzmäßigkeiten und Kräften der Verwandlung des Weltsystems anzunähern. Das ist notwendig, weil wir eine stabile Weltordnung, wie wir sie bisher hatten, den Traum, den wir bisher geträumt haben, mit Blick auf die „zwei Globalisierungen“ der kommenden Jahre wohl für eine oder zwei Generationen begraben und etwas anderes Sinnvolles an seine Stelle setzen müssen.

Literatur

Benedikter, Roland (2020): „*What is Re-Globalization? A Key Term in the Making that Characterizes our Epoch*“, <https://www.globalpolicyjournal.com/blog/08/12/2020/what-re-globalization-key-term-making-characterizes-our-epoch>

Benedikter, Roland (2021): „*Prospects for Guinean elections after the coup are uncertain*“, <https://blogs.lse.ac.uk/africaatlse/2021/11/23/prospects-for-guinea-elections-democracy-after-coup-are-uncertain-conde/>

Benedikter, Roland (2022): „*Putin's war in Ukraine shows the limits of authoritarianism*“, <https://blogs.lse.ac.uk/europpblog/2022/03/18/putins-war-in-ukraine-shows-the-limits-of-authoritarianism/>

Benedikter, Roland/ Gruber, Mirjam/ Kofler, Ingrid (Hg.) (2022): „*Re-Globalization. New Frontiers of Political, Economic, and Social Globalization*“, Routledge

Bertelsmann-Stiftung (2022): „*Trend toward authoritarian governance continues – Democracy under pressure worldwide*“, <https://www.bertelsmannstiftung.de/en/topics/latest-news/2022/february/democracy-under-pressure-worldwide>

Criekemans, David (2022): „*In eine andere politische Ära? Entstehen von ‚Eurasien‘ oder ‚Geopolitische Synthese‘? Der Krieg in der Ukraine als geopolitischer Katalysator*“, <http://welttrends.de/res/uploads/Criekemans-Ukraine-und-neue-geopolitische-Aera.pdf>

Council on Foreign Relations Podcasts (2020): „*The Future Is African*“, <https://www.cfr.org/podcasts/future-african>

Delapalme, Natalie (2019): „*Africa is the continent of the future. Are democracy and governance up to the challenge?*“, <https://oecd-development-matters.org/2019/09/23/africa-is-the-continent-of-the-future-are-democracy-and-governance-up-to-the-challenge/>

Difesa Online (2022): „*Il comparto militare-industriale russo ai tempi delle sanzioni. Il „gioco delle tre carte“*“, <https://www.difesaonline.it/geopolitica/analisi/il-comparto-militare-industriale-russo-ai-tempi-delle-sanzioni-il-gioco-delle>

Ezell, Stephen (2021): „*False Promises II: The Continuing Gap Between China's WTO Commitments and Its Practices*“, <https://itif.org/publications/2021/07/26/false-promises-ii-continuing-gap-between-chinas-wto-commitments-and-its/>

Holzner, Mario/ Heimberger, Philipp, Kochnev, Artem (2018): „*A „European Silk Road“*“, <https://wiiw.ac.at/a-european-silk-road-dlp-4608.pdf>

Holzner, Mario/ Weber, Katharina/ Zangl, Maximilian (2021): „*High-speed rail along a 'European silk road'*“, <https://socialeurope.eu/high-speed-rail-along-a-european-silk-road>, auf deutsch: <https://www.oegfe.at/policy-briefs/eine-hochgeschwindigkeitsbahn-entlang-der-europaeischen-seidenstrasse/>

Hoopner, Cynthia (2022): „*In search of a new world order, Russia and China team up to push Ukraine propaganda*“, <https://thebulletin.org/2022/04/in-search-of-a-new-world-order-russia-and-china-team-up-to-push-ukraine-propaganda/>

Jacques, Martin (2015): „*China and the Rise of Competing Modernities*“, <http://www.martinjacques.com/when-china-rules-the-world/china-and-the-rise-of-competing-modernities/>

Koh, Swee Lean Collin (2020): „*China's strategic interest in the Arctic goes beyond economics*“, <https://www.defensenews.com/opinion/commentary/2020/05/11/chinas-strategic-interest-in-the-arctic-goes-beyond-economics/>

Milanovic, Branko (2022): „*China to the rescue?*“, <https://socialeurope.eu/china-to-the-rescue>

Müller, Henrik (2022): „*Die neue Weltordnung der Wirtschaft*“, <https://www.manager-magazin.de/unternehmen/ukraine-krieg-und-globalisierung-die-neue-weltordnung-der-wirtschaft-a-213b09e6-0002-0001-0000-000198530976>

National Bureau of Asian Research (NBR) (2022): „*China's Digital Ambitions. A Global Strategy to Supplant the Liberal Order*“, <https://www.nbr.org/publication/chinas-digital-ambitions-a-global-strategy-to-supplant-the-liberal-order/>

O'Hara, Kieron/ Hal, Wendy (2021): „*Four Internets: Data, Geopolitics, and the Governance of Cyberspace*“, Oxford University Press

Pechlaner, Harald/Erschbamer, Greta/Thees, Hannes/Gruber, Mirjam (Hg.) (2020): „*China and the New Silk Road. Challenges and Impacts on the Regional and Local Level*“, Springer 2020

Schumann, Michael (2022a): „*The World Is Splitting in Two*“, <https://www.theatlantic.com/international/archive/2022/03/ukraine-war-china-covid-lockdowns/629401/>

Schumann, Michael (2022b): „*China's Russia Risk*“, <https://www.theatlantic.com/international/archive/2022/03/xi-putin-friendship-russia-ukraine/626973/>

Schuman, Michael (2022c): „*How China Wants to Replace the U.S. Order*“, <https://www.theatlantic.com/international/archive/2022/07/china-xi-jinping-global-security-initiative/670504/>

Stieglitz, Joseph (2022): „*Getting deglobalisation right*“, <https://socialeurope.eu/getting-deglobalisation-right>

Small, Andrew (2020): „*The meaning of systemic rivalry: Europe and China beyond the pandemic*“, https://ecfr.eu/publication/the_meaning_of_systemic_rivalry_europe_and_china_beyond_the_pandemic/

The China Journal (2022): „*Securing Authoritarian Capitalism in the Digital Age: The Political Economy of Surveillance in China*“, Vol. 88, July 2022, <https://www.journals.uchicago.edu/doi/10.1086/720144>

Xiaoming, Zhou (2022): „*Western sanctions on Russia: developing countries won't back measures that leave them hungry*“, <https://www.scmp.com/comment/opinion/article/3172389/western-sanctions-russia-developing-countries-wont-back-measures>

Weitere Quellen/Nachrichten

Bandurski, David (2022): „*China and Russia are joining forces to spread disinformation*“, <https://www.brookings.edu/techstream/china-and-russia-are-joining-forces-to-spread-disinformation/>

BBC News (17.06.2022): „*Russian Foreign Minister claims 'we didn't invade Ukraine'*“, <https://www.youtube.com/watch?v=hjWkfCSF52g>

BBC News (12.07.2022): „*Ukraine war: Iran plans to supply Russia with combat drones, US warns*“, <https://www.bbc.co.uk/news/world-us-canada-62130725>

BBC News (19.07.2022): „*Ukraine war: Putin visits Iran in rare international trip*“, <https://www.bbc.com/news/world-europe-62218696>

BBC News (15.08.2022): „*Russia vows to expand relations with North Korea*“, <https://www.bbc.com/news/world-asia-62462276>

Beake, Nick (2022): „*Why Europe will have to face the true cost of being in debt to China*“, <https://www.bbc.co.uk/news/world-europe-61276168>

Biden, Joe (2022): „*Remarks by President Biden on the United Efforts of the Free World to Support the People of Ukraine*“, <https://www.whitehouse.gov/briefing-room/speeches-remarks/2022/03/26/remarks-by-president-biden-on-the-united-efforts-of-the-free-world-to-support-the-people-of-ukraine/> und <https://www.youtube.com/watch?v=mbNaiOOVoFc>

Bodner, Matthew/Kupfer, Matthew (2017): „*Hot Air, Cold War: How Russia Spooks Its Arctic Neighbors*“, <https://www.themoscowtimes.com/2017/05/19/hot-air-cold-war-how-russia-spooks-its-arctic-neighbors-a58040>

Both, Maximilian (2022): „Chinesen wollen den Mond besetzen. Nasa-Chef schlägt Alarm“, <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/nasa-chef-schlaegt-alarm-chinesen-wollen-den-mond-besetzen-80490242.bild.html>

Bundeszentrale für politische Bildung: „Zeitenwende? Der Ukrainekrieg und die Folgen. 45 Analysen & Essays“, <https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/506242/zeitenwende-der-ukraine-krieg-und-die-folgen-40-analysen-essays/>

Burchard, Hans von der (2019): „EU slams China as 'systemic rival' as trade tension rises“, <https://www.politico.eu/article/eu-slams-china-as-systemic-rival-as-trade-tension-rises/>

CBS News (21.08.2016): „Philippines's brash President Rodrigo Duterte threatens to quit the United Nations“, <https://www.cbsnews.com/news/philippines-president-rodrigo-duterte-threatens-to-quit-united-nations-human-rights/>

CBS News (12.10.2016): „Philippines President Duterte seeks to cut U.S. military ties while wooing China“, <https://www.cbsnews.com/news/philippines-president-duterte-seeks-to-cut-us-military-ties-while-wooing-china/>

CBS News (17.11.2016): „Philippine leader hopeful of 'new world order' under Russia, China“, <https://www.cbsnews.com/news/philippines-leader-rodrigo-duterte-new-world-order-russia-china-un-icc/>

CBS News (30.03.2022): „Russia says it's building a new 'democratic world order' with China“, <https://www.cbsnews.com/news/russia-china-lavrov-visit-beijing-vladimir-putin-xi-jinping-new-world-order/>

Chaguaceda, Armando/Boersner Herrera, Adraina (2022): „Russia in Latin America: the illiberal confluence“, <https://blogs.lse.ac.uk/latamcaribbean/2022/07/28/russia-in-latin-america-the-illiberal-confluence/>

Cornell, Phillip (2019): „Energy governance and China's bid for global grid integration“, <https://www.atlanticcouncil.org/blogs/energysource/energy-governance-and-china-s-bid-for-global-grid-integration/>

Cursino, Malu/ Faulkner, Doug (2021): „COP26: China and India must explain themselves, says Sharma“, <https://www.bbc.com/news/uk-59280241>

Downie, Edmund/ Yamaguchi, Kensuke (2021): „Partnerships and Paris: A new strategy for a global grid“, <https://chinadialogue.net/en/energy/partnerships-and-paris-a-new-strategy-for-a-global-grid/>

European Parliament (Briefing 2020): „China: From partner to rival“, [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2020/659261/EPRS_BRI\(2020\)659261_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2020/659261/EPRS_BRI(2020)659261_EN.pdf)

Fox News (09.07.2022): „Mike Pompeo: Chinese Communist Party 'intent on global hegemony'“, <https://www.youtube.com/watch?v=eINS06E9asAbut>

Fox News (10.07.2022): „Is China planning to take over the moon?“, <https://www.youtube.com/watch?v=iX7nNdDNQJY>

Gallego, Jelor (2016): „China Wants to Build a \$50 Trillion Global Wind & Solar Power Grid by 2050“, <https://futurism.com/building-big-forget-great-wall-china-wants-build-50-trillion-global-power-grid-2050>

Gatopoulos, Alex (2022): „What is behind Russia's interest in a warming Arctic?“, <https://www.aljazeera.com/features/2022/3/28/what-is-behind-russias-interest-in-a-warming-arctic>

Haberlandt, Sören/ Hormess, Ismael/ Plaumann, Jeanne (2022): „Wie Putin die Schurkenstaaten dieser Welt auf seine Seite zieht“, <https://www.bild.de/politik/ausland/politik-ausland/nordkorea-saudi-arabien-iran-wie-putin-schurkenstaaten-auf-seine-seite-zieht-81008950.bild.html>

Haberlandt, Sören/ Tiede, Peter (2022): „Nordkorea-Kim will Arbeits-Sklaven in Donbass schicken“, <https://www.bild.de/politik/ausland/politik-ausland/putin-kooperation-aus-der-hoelle-nordkorea-kim-will-arbeits-sklaven-in-donbass-s-81090130.bild.html>

Haberlandt, Sören (2022c): „Wirtschaftsblitzkrieg gegen Russland hatte keinen Erfolg“, <https://www.bild.de/politik/ausland/politik-ausland/putin-lobt-wirtschaftsblitzkrieg-gegen-russland-hatte-keinen-erfolg-80430800.bild.html>

International Organization for Migration (IOM) (2016): „Global Compact for Migration“, <https://www.iom.int/global-compact-migration>

Kramper, Gernot (2022): „China lässt den ersten Drohnen-Träger vom Stapel“, <https://www.stern.de/amp/digital/technik/china-laesst-den-ersten-drohnen-traeger-vom-stapel-31890848.html>

Lijian Zhao (18.03.2022): „The 'international community' you always hear about“, <https://twitter.com/zlj517/status/1504599052868255744?s=27>

Lo, Bobo (2022): „Turning point? Putin, Xi, and the Russian invasion of Ukraine“, <https://www.lowyinstitute.org/publications/turning-point-putin-xi-and-russian-invasion-ukraine>

Mhaka, Tafi (2022): „Russia's new world order is bad news for Africa“, <https://www.aljazeera.com/opinions/2022/4/10/russias-new-world-order-is-bad-news-for-africa>

Miguel, Bernardo de (2022): „*Bruselas prepara una ofensiva comercial y diplomática para frenar el avance de China y Rusia en Latinoamérica*“, <https://elpais.com/internacional/2022-08-18/bruselas-prepara-una-ofensiva-comercial-y-diplomatica-para-frenar-el-avance-de-china-y-rusia-en-latinoamerica.html>

Noll, Andreas (2022): „*Russia joined by allies in Vostok military drills*“, <https://www.dw.com/en/vostok-2022-russian-military-joined-by-allies-in-major-drills/a-62987000>

ntv (30.06.2022): „*Putin zeigt Bereitschaft für Rüstungskontrolle*“, <https://amp.n-tv.de/politik/Putin-zeigt-Bereitschaft-fuer-Ruestungskontrolle-article3434482.html>

Pandey, Vikas (2022a): „*Quad: The China factor at the heart of the summit*“, <https://www.bbc.com/news/world-asia-india-61547082>

Pandey, Vikas (2022b): „*Brics summit: Members push for global clout amid Ukraine war*“, <https://www.bbc.co.uk/news/world-asia-india-61894760>

Pultarova, Tereza (2022): „*How China is creating new foods in space*“, <https://www.bbc.com/future/article/20220708-how-china-is-creating-new-foods-in-space>

Roth, Andrew (2022): „*Putin compares himself to Peter the Great in quest to take back Russian lands*“, <https://www.theguardian.com/world/2022/jun/10/putin-compares-himself-to-peter-the-great-in-quest-to-take-back-russian-lands>

Russel, Graham (2022): „*Nato leaders voice concern about threat China poses to world order for first time*“, <https://www.theguardian.com/world/2022/jun/30/nato-leaders-voice-concern-about-threat-china-poses-to-world-order-for-first-time>

Sen, Sudhi Ranjan (2022): „*India to Resist Anti-US Messaging at BRICS Summit With Xi, Putin*“, <https://www.bloomberg.com/news/articles/2022-06-21/india-to-resist-anti-us-messaging-at-brics-summit-with-xi-putin>

Shear, Michael D. (2022): „*'I Make No Apologies': Biden Says His Putin Comments Were an Expression of Moral Outrage*“, <https://www.nytimes.com/2022/03/28/us/politics/biden-putin.html>

Sky News (25.06.2022): „*Ukraine war: 80% of troops killed or injured in elite military unit, says commander*“, <https://www.youtube.com/watch?v=UH2tilx22u4>

SkyNewsAustralia (09.07.2022): „*SPECIALREPORT: 'On thin ice: Rising tensions in the Arctic'*“, https://www.youtube.com/watch?v=kXI_EzOBnOs

Südtirol News (05.05.2022): „*China und Russland könnten Zahlungssysteme verzahnen*“, <https://www.suedtirolnews.it/wirtschaft/china-und-russland-koennten-zahlungssysteme-verzahren>

Südtirol News (24.05.2022): „*China und Russland provozieren mit Kampfjet-Manöver*“, <https://www.suedtirolnews.it/politik/china-und-russland-provozieren-mit-kampfjet-manoever>

Tagesschau (29.08.2022): „*Russland bereitet Manöver vor*“, <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/russland-militaer-manoever-103.html>

Voice Of America (18.07.2022): „*Putin Visits Iran for First Trip Outside Russia Since Ukraine War*“, <https://www.voanews.com/a/putin-visits-iran-for-first-trip-outside-russia-since-ukraine-war/6664039.html>

Zwetajew, Leonid (2022): „*Beendigung des US-Herrschaftskurses*“. Lawrow nennt ein weiteres Ziel der Sonderoperation“, <https://m.gazeta.ru/politics/2022/04/11/14723162.shtml>

Emrich, Wolfgang/ Rühle, Marc Oliver (2022): „*Ukraine ist jetzt EU-Beitrittskandidat*“, <https://www.bild.de/politik/2022/politik/muenchen-eu-macht-ukraine-und-moldau-zu-beitrittskandidaten-80494936.bild.html>

Der Autor

Roland Benedikter, geb. 1965, ist Politikwissenschaftler und Soziologe. Seit 2017 Co-Leiter des Zentrums für fortgeschrittene Studien/Center for Advanced Studies von Eurac Research, Bozen, Südtirol. Spezialgebiet: Politische Anzipation, kontextuelle Politikanalyse sowie „globale Systemverschiebung“. Er ist Inhaber des UNESCO-Lehrstuhls für „Antizipation und Transformation“ in Südtirol.

Ungeliebte Nachbarn im europäischen Haus: Der blinde Fleck Osteuropa¹

Stefan Padberg

Zusammenfassung

Die osteuropäischen Länder und ihre Sicherheitsbedürfnisse sind ein blinder Fleck in der politischen Geografie Deutschlands und Frankreichs. Für Deutschland gibt es Indizien für die historische Dimension dieser Ignoranz. Auch einige Vorträge Rudolf Steiners sind vermutlich nicht frei hiervon. Der Mitteleuropabegriff sollte in Bezug auf eine ihm inhärente Dominanz der deutschsprachigen über die westslawischen Völker kritisch hinterfragt und untersucht werden, inwieweit seine Spuren bis in die aktuelle Gegenwart deutscher Politik reichen. Die Aufnahme von Polen, Tschechien und Ungarn in die NATO war der berechtigten Angst vor Russland geschuldet, die in Deutschland und Frankreich nicht ernst genug genommen wurde. Der Beitrag endet mit Überlegungen zur Möglichkeit von neuen Mitteleuropabildungen in der gegenwärtigen Phase, bezogen auf innerdeutsche, innereuropäische und globale Konfliktlinien.

Anlässlich einer Polenreise 2016 bemerkte ich, dass mein Bild von Polen recht unvollständig war. Ich gewann den Eindruck, dass wir zumindest in Deutschland kaum etwas wissen über Kultur, Geschichte und aktuelle politische Debatten dort. Das war für mich erstaunlich, weil ich aus Freiburg komme, an der französischen Grenze aufgewachsen bin und erlebt habe, was deutsch-französische Freundschaft umfasst hat, einschließlich deutsch-französischen Gymnasien, Kindergärten und Schüleraustausch. Das gibt es in Bezug auf Polen – neben Frankreich unser größtes Nachbarland – kaum in der Breite und Selbstverständlichkeit, vielleicht mit Ausnahme von Frankfurt an der Oder oder Görlitz.

¹ Der folgende Beitrag ist entstanden auf der Grundlage der Transkription des gleichnamigen Vortrags des Autors auf dem Kolloquium „Die Große Transformation IV. Krieg in Europa – Treiber oder Blockierer für den Umbruch?“ am 21./22. Oktober 2022. Dem aktuellen Forschungsstand und der aktuellen politischen Entwicklung folgend wurden der Teil über Mitteleuropa und über Mitteleuropabildungen ergänzt, während der Teil über die Zukunft der EU gekürzt wurde, da schon in Heft 2/2022 veröffentlicht (Padberg 2022).

Trotz „Zeitenwende“ und der sich daraus ergebenden Notwendigkeit, in einen strategischen Dialog mit der polnischen Regierung einzutreten, scheint sich an der grundlegenden Ignoranz gegenüber Polen und Osteuropa im weiteren Sinne wenig zu ändern. Wieso sind die Osteuropäer unsere „ungeliebten Nachbarn“ und ein blinder Fleck auf unserer geokulturellen Landkarte? Meine These ist, dass uns ohne eine Klärung des Verhältnisses zu Polen und Osteuropa eine wirkliche Integration Europas sowie eine strategische Autonomie Europas nicht gelingen wird.

Definitionen von Osteuropa

Geografisch

Was ist Osteuropa? Die Geografen sagen, Europa geht grob umrissen vom Atlantik bis zum Ural. In dieser Perspektive umfasst Osteuropa den europäischen Teil Russlands, Weißrussland und die Ukraine, wobei der Westen der Ukraine oft als Teil Mitteleuropas und der Nordwesten Russlands gerne als Teil Nordeuropas beschrieben wird. Gesichtspunkte für die Abgrenzung sind in der Geografie das Klima, die Topografie und die Vegetation. Nordeuropa ist somit charakterisiert durch die extremen Schwankungen in der Tageslänge in den nördlichen Breitengraden und die dementsprechende Fauna und Flora (Taiga usw.). Mitteleuropa ist der durch die Hochgebirgskette aus Alpen, Dolomiten, Karawanken und Karpaten und ihr nördliches Vorland – die Mittelgebirge in Deutschland, Tschechien, Slowakei, Slowenien – geprägte Raum. Er reicht in etwa vom östlichen Frankreich bis in den Westen der Ukraine. Die Grenze zwischen Mittel- und Nordeuropa bildet die Ostsee, während es eine topografische Markierung für die Grenze zwischen Ost- und Nordeuropa nicht gibt. Hier ist man auf Unterscheidungen im Klima sowie in der Fauna und Flora angewiesen.

Dies sei nur andeutend geschildert. Geografen würden sicherlich methodisch exakter beschreiben. Es kommt mir jedoch auf den Unterschied der Methode an, wenn wir in die „politische Geografie“ wechseln.

Politisch

Eine geografisch, also durch Faktoren wie Klima, Vegetation und Lage begründete Raumordnung hat den scheinbaren Vorteil, naturwissenschaftlich abgesichert zu sein. Im Bereich der internationalen Beziehungen geht es aber nicht um Naturwissenschaft, sondern um Macht, genauer: um die Mechanik außenpolitischer Beziehungen. Natürlich spielen geografische Faktoren eine Rolle, aber nicht im verursachenden, sondern im bedingenden Sinne.

So lässt sich der oben skizzierte geografische Osteuropabegriff nicht einfach ins Politische übertragen. Man würde dann beispielsweise schlussfolgern, dass Osteuropa (einschließlich Russland) ein Teil Europas sei. Damit könnte man zu begründen versuchen, dass Russland qua Naturgesetz auf jeden Fall in das „europäische Haus“ integriert werden müsse. Oder man könnte behaupten, dass Russland aufgeteilt werden müsse, weil es geografisch aus einem europäischen und einem asiatischen Teil bestehe. Solche Debatten gibt es tatsächlich – durchaus berechtigt –, aber man sollte sich hüten, die Argumente in der Geografie zu suchen.

In der Politik der internationalen Beziehungen ist Osteuropa der Bereich der ehemaligen Ostblockstaaten, Russland ausgenommen. Dieser Raum wird heute in der Politik allgemein als „Osteuropa“ bezeichnet. Im Englischen wird gerne auf die Bezeichnung „Mittel- und Osteuropa“ (MOE), auf Englisch „Central and East European Countries“ (CEEC) zurückgegriffen. Man merkt: Der politische Osteuropabegriff umfasst in der Regel nicht die „Russländische Föderation“ (so die korrekt übersetzte offizielle Bezeichnung für Russland).

Der Osteuropabegriff ist im Übrigen recht dynamisch. Verschiedene Autoren plädieren dafür, die von Russland dominierten Staaten ebenfalls nicht zum politischen Osteuropa zu rechnen. Dies würde gegenwärtig auf Weißrussland zutreffen. In den 2000er Jahren hat man hierzu noch Moldawien und die Ukraine gezählt. Die politische Geografie Osteuropas hat sich spätestens mit dem russischen Einmarsch in die Ukraine dahingehend verschoben, dass die Ukraine und Moldawien jetzt klar zu Osteuropa gehören. Es ist also der machtpolitische Bereich zwischen Deutschland sowie den alten EU-Mitgliedsländern und Russland.

Osteuropas Rolle bei der NATO-Osterweiterung

Die „alte EU“ ignorierte Osteuropa

Die osteuropäischen Länder wurden in der EU lange stiefmütterlich behandelt. Hierfür einige Beispiele:

1. Nach der Wende gab es eine Initiative, das „Weimarer Dreieck“. Mit ihr sollte eine deutsch-französische-polnische Zusammenarbeit begründet werden. Diese Initiative ist schlicht und einfach eingeschlafen. Seit etwa 2010/11 hat man nichts mehr von ihr gehört. Ich halte es für eine große Verfehlung, sowohl von französischer als von deutscher Seite, nicht ernsthaft versucht zu haben, das Weimarer Dreieck weiterzuverfolgen und mit Polen im Gespräch zu bleiben.

Wenn man durch Polen fährt, ist offensichtlich: Polen ist ein großes Land mit einer unglaublich arbeitsamen Bevölkerung, die das Land in den vergangenen 20 Jahren vollkommen umgekrempelt

hat. Dort gibt es bildhübsche Städte, die Häuser sind proper, und die Leute arbeiten buchstäblich von morgens bis abends. Die polnische Wirtschaft ist die stärkste Wirtschaft in Osteuropa geworden. Wenn man ein gemeinsames Europa bauen will, muss man mit diesem Polen reden, es einbeziehen. Wer weiß, vielleicht hat die bisherige Ignoranz gegenüber Polen dazu beigetragen, dass 2015 die PiS an die Macht gekommen ist.

2. Bekannt geworden ist eine Äußerung von Jacques Chirac 2003 zum Irak-Krieg. Deutschland und Frankreich hatten dafür plädiert, dass sich die Europäer heraushielten. Bush rief sodann die „Koalition der Willigen“ aus, bei der viele osteuropäische Staaten bereitwillig mitmachten. Polen und Ungarn warben in der EU dafür, dass die EU-Länder sich beteiligten. Jacques Chirac kommentierte das damals so: „Jene Länder“, also Polen und Ungarn hätten „eine gute Gelegenheit verpasst, zu schweigen.“ Man kann und sollte sich sicherlich darüber auseinandersetzen, wie sinnvoll es ist, sich an einem Krieg zu beteiligen. Aber das Engagement von Polen und Ungarn in der beschriebenen Weise von oben her abzukanzeln, enthält einen inakzeptablen Beigeschmack. Das wurde in Polen sehr genau registriert und wird französischen Politikern bis heute vorgehalten.

3. Ein drittes Beispiel ist für mich die monomanische Verfolgung der Energiepartnerschaft Deutschlands mit Russland. Dabei hat man die Einwendungen aus Osteuropa nicht ernst genommen. In der Presse wird das seit dem Einmarsch in die Ukraine weit und breit diskutiert und beleuchtet. Nichtsdestotrotz ist es lehrreich, sich auf YouTube frühere Videos mit den Talkshows anzuschauen, in denen nach der Krimbesetzung 2014 deutsche Fachleute und Militärs mit voller Überzeugung erklärten, warum eine Energiepartnerschaft mit Russland trotzdem kein Problem sei.

Gorbatschows Geschenk

Der blinde Fleck für osteuropäische Interessen lässt sich zurückverfolgen bis zum Fall der Mauer. Meine These ist, dass bereits damals die innereuropäische Spaltung zwischen alten und neuen EU-Ländern angelegt wurde. Im November 1989 begann man in der Entourage von Gorbatschow zu diskutieren, wie mit einem eventuell sich vereinigenden Deutschland umzugehen sei. Sollte nach der Vereinigung das gesamte Deutschland in die NATO? Oder sollte jeder der beiden deutschen Staaten in seinem Wirtschaftsblock bleiben? Oder sollten sie sich wirtschaftlich vereinigen, aber jeder in einem eigenen Militärbündnis bleiben? Oder soll es ein bündnisfreies, neutrales Deutschland geben? Diese Diskussionen wurden dem Kanzleramtsberater Teltchik von einem Mitarbeiter von Falin kolportiert. So etwas nennt man in der Diplomatenwelt einen „backchannel“: Wenn man Informationen für die Gegenseite lancieren und testen will, wie die Reaktion ist, nutzt man einen Mitarbeiter, der zufälligerweise im Land etwas zu tun hat und dann

Kontakt mit einem anderen Mitarbeiter der Gegenseite aufnimmt.

Auf diesem Weg konnten die Deutschen feststellen, dass die Russen über eine Wiedervereinigung nachdachten. Kohl beschloss daraufhin, die Initiative zu ergreifen. Völlig überraschend präsentierte er am 28. November 1989 das bekannte Zehn-Punkte-Programm. Darüber war Gorbatschow ziemlich verärgert. Es kam zu einem Verhandlungs-Pingpong, in dessen Verlauf, etwa im Februar 1990, mündliche Zusicherungen von westlicher Seite in den Raum gestellt wurden, dass es keine Ausweitung des NATO-Gebiets auf das Territorium des Warschauer Paktes geben sollte. Das wurde jedoch nie schriftlich festgehalten, weil sich das alles im Vorfeld von Verhandlungen abspielte. „Keine Ausweitung des NATO-Gebietes“ hieß in dieser Phase schlicht – der Warschauer Pakt existierte ja noch und niemand rechnete damit, dass er sich kurzfristig auflösen würde –, dass im Falle einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten auf dem Gebiet der DDR keine NATO-Truppen stationiert werden sollten.

Schließlich kam es im Mai 1990 in Washington zu einem Gipfeltreffen. George W. Bush senior lud Michail Gorbatschow auf seine Ranch ein. Bush wollte mit Gorbatschow klären, was mit Deutschland passieren soll. Man veranstaltete im Beiprogramm einen „Feel good“-Gipfel, inszenierte eine Show mit Pomp und Gloria für Michail Gorbatschow und seine Frau, um gute Stimmung zu erzeugen.

Im Lauf der Verhandlungen lenkte Michail Gorbatschow überraschend ein. Nach einer Debatte, in der er zunächst ein neutrales Deutschland in den Raum gestellt hatte, stimmte er plötzlich dem Argument Bushs zu, dass jedes Land nach der KSZE-Schlussakte selber wählen können sollte, in welches Bündnis es eintreten will. Das überraschte alle Beteiligten sehr, denn er knüpfte seine Zustimmung nicht an Gegenforderungen (Sarotte 2019 sowie Gloger 2017). Die Amerikaner fragten sicherheitshalber sofort nach, aber er bestätigte seine Zustimmung und blieb dabei. So hat man das als Verhandlungsergebnis schriftlich fixiert.

Bis heute weiß man nicht, warum Michail Gorbatschow so gehandelt hat. Ihm war sicherlich klar, dass er unter dem Druck der wirtschaftlichen Krise in Russland westliche Finanzunterstützung brauchte. Vielleicht hatte er Angst, diese nicht zu erhalten. Die Amerikaner hatten im Vorfeld schon deutlich gemacht, dass sie nichts zahlen wollten, dass das allein Sache der Deutschen sei.

Die genaue Formulierung des Protokolls lautet: „Die USA sprechen sich eindeutig für eine Mitgliedschaft des vereinten Deutschland in der NATO aus, allerdings werden wir, falls es sich anders entscheiden sollte, die Entscheidung nicht anfechten, sondern tolerieren“ (Gloger 2017, S. 276). Das war der entscheidende Durchbruch für den Westen in dieser Frage.

Die Journalistin und Publizistin Katja Gloger, auf deren Recherchen ich mich hier berufe, hat später selbst mit Gorbatschow gesprochen, ohne dass er ihr seine Gründe offen gelegt hätte. Auf die Frage, warum er ohne jede Vorbedingung zugestimmt habe, schreibt Katja Gloger, er habe die Antwort „umgangen“.

Tatsache ist, dass ab diesem Punkt die Themen NATO, der Beitritt Deutschlands und in der Folge die freie Bündniswahl der osteuropäischen Länder verabredet waren. Der nachträglichen Jammerei über die NATO-Osterweiterung ist damit der Boden entzogen. Bei seinen sowjetischen Mitarbeitern kam die Zustimmung Gorbatschows nicht gut an. Sie hatten das Gefühl, Gorbatschow habe die Sowjetunion verscherbelt. Sie empfanden dies wohl als Niederlage, als Verrat und als geopolitische Katastrophe. Er hätte Bedingungen verhandeln sollen. Er hätte auch sagen können, Ostdeutschland müsse entmilitarisiert werden, oder man müsse eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur aufbauen, oder die Sowjetunion solle der NATO beitreten. All dies stand im Raum und wurde offenbar von den westlichen Verhandlungspartnern erwartet, aber Gorbatschow brachte keine dieser Bedingungen in das Verhandlungspaket ein.

Osteuropa nach 1989

Bezogen auf Osteuropa ist das deshalb wichtig, weil das Augenmerk in der Zeit vom November 1989 bis Mai 1990 darauf lag, sich darauf zu konzentrieren, wie die Vereinigung der beiden deutschen Staaten durchzuführen sei. In dieser Zeit ignorierte man die Wünsche der osteuropäischen Länder, der EU und der NATO beizutreten. Es gab deutlich geäußerte Wünsche von Polen, von Tschechien und von Ungarn, der NATO und der EU möglichst schnell beizutreten, aber in Deutschland war das in der öffentlichen Debatte kein Thema, während Genscher auf diplomatischer Ebene hier zu Zurückhaltung riet, um die Wiedervereinigung nicht zu gefährden.

Als symptomatischer Beleg für die eindeutige Haltung der polnischen Führung sei zunächst Katarzyna Pełczyńska-Natęcz, die damalige polnische Botschafterin in Moskau, zitiert:

„Nach dem Fall des Kommunismus bestimmten zwei Ziele unsere Navigation in der Welt.

Ziel 1: Anschluss an die westliche Welt, transatlantische (NATO) und europäische (Union) Integration als Grundlage für Polens dauerhafte Sicherheit und zivilisatorische Entwicklung. Die aufeinanderfolgenden Regierungen hielten an dieser Doktrin fest und wiesen alle Versuchungen für halbherzige Lösungen zurück, wie z. B. gegenseitige Garantien von Russland und den USA.“

Sie ließen sich nicht beirren, sie wollten in die NATO und sie wollten in die EU. Die Bedeutung des zweiten Ziels wird erst heute klar:

„Ziel 2: Den Westen im Osten aufbauen, d. h. alles dafür tun, dass die Ukraine und Weißrussland nach uns der EU und der NATO beitreten. Dies würde die Freiheit der osteuropäischen Staaten besiegeln und die imperialen Ambitionen Russlands endgültig begraben. Damit wäre Polen zum ersten Mal in der Geschichte von allen Seiten von befreundeten Ländern umgeben, die seine Sicherheit nicht bedrohen.“ (Pełczyńska-Natęcz 2022)

Das waren die strategischen Ziele polnischer Außenpolitik ab der Wende 1989/90. Sie wurden von Deutschland offenbar nicht wirklich wahrgenommen. Die berechtigte Angst der osteuropäischen Länder vor Russland ist konstitutiv und historisch begründet, sie haben sie folgerichtig in eine politische Strategie übersetzt.

Als man in den USA Dokumente der *George W. Bush Library* und der *Clinton Presidential Library* auswerten konnte, die 2019 freigegeben worden waren, kam ans Licht, dass es bereits 1990 erste Kontakte von polnischer und tschechischer Seite gab (vgl. Sarotte 2019). Die Haltung der US-Administration war zunächst, sich nicht um die kleinen osteuropäischen Staaten zu kümmern, sondern das der EU zu überantworten. Die amerikanischen Vorstellungen zielten in die Richtung, die EU als Ganzes zu stärken und dass die EU sich langsam nach Osten ausweiten und diese Länder integrieren sollte. Dies auch vor dem Hintergrund, dass das gewachsene Deutschland in die EU integriert werden musste. So war man sicher, dass die Westorientierung Deutschlands gewährleistet bleibt.

Die amerikanischen Sicherheitsberater gehen bekanntlich immer davon aus, dass Deutschland wegen seiner zentralen Lage in Europa die Westorientierung auch wieder aufgeben könne. Im geopolitischen Denken der Amerikaner ist das logisch, sie analysieren nüchtern die geostrategischen Optionen, die sich einem Land bieten, unabhängig davon, welche Regierung gerade an der Macht ist und welche Zusagen diese gibt. Deshalb unterstützten sie vorrangig die Einbettung des vereinigten Deutschland in die EU. Um die kleinen östlichen Länder wollte man sich dann später kümmern.

Neuorientierung der US-Strategie durch die Clinton-Administration

Die Clinton-Administration begann mit ihrem Machtantritt 1992 eine Neubewertung der Situation in Europa vorzunehmen. Die osteuropäischen Länder wussten dies zu nutzen, um auf ihre Interessen aufmerksam zu machen.

„In April 1993, for example, the United States invited leaders from the region to the opening of the U.S. Holocaust Memorial Museum in Washington. Leaders such as Czech President Vaclav Havel and Polish leader Lech Wałęsa met with Clinton behind the scenes. Havel urged the U.S. president to save them from living in a vacuum. That is why we want to join NATO. In addition, in our values and spirit, we

are part of Western Europe.’ As a result, Havel was focused on entering NATO and the EC [European Community] because we see ourselves as Europeans who embrace European values’ (Sarotte 2019).“

Während anthroposophische Autorinnen und Autoren Vaclav Havel als „Mitteleuropäer“ für ihre Weltsicht vereinnahmten, bezeichnete dieser sich selbst als – Westeuropäer! Ich werde hierauf noch zu sprechen kommen.

Lech Wałęsa spielte in diesen Gesprächen offensiv die Karte der Angst vor Russland:

„Wałęsa was blunter in his own talk with Clinton: ‘We are all afraid of Russia ... If Russia again adopts an aggressive foreign policy, that aggression will be directed toward Ukraine and Poland’“ (Sarotte 2019).

Im Herbst 1993 versuchte er, den Prozess in die eigene Hand zu nehmen. Es gelang ihm, Jelzin zu einem Essen nach Warschau einzuladen, bei dem der Wodka in reichlichen Strömen floss. Am Ende ließ er sich schwarz auf weiß unterschreiben, dass die polnische Mitgliedschaft in der NATO kein Problem für Russland sei. Mit diesem Papier nahm er Kontakt mit Washington auf und war sehr enttäuscht, dass die US-Regierung ihre Zurückhaltung dennoch nicht aufgab (vgl. Sarotte 2019).

Doch blieben die Avancen der Osteuropäer nicht ohne Wirkung bei Bill Clinton und seiner Administration. Nachdem er die Wiederwahlen 1996 gewonnen hatte, wurde beschlossen, die Aufnahme von Polen, Tschechien und Ungarn in die NATO voranzutreiben, in Abstimmung mit den europäischen Bündnispartnern und mit Russlands Boris Jelzin, wohlgemerkt!

Deutschland und Frankreich waren nicht auf diese Situation vorbereitet. In Deutschland freute man sich über die „Wiedervereinigung“. Man hatte mit der Treuhand und der Abwicklung der DDR-Wirtschaft zu tun und interessierte sich nicht sonderlich für das, was zeitgleich in Polen und Tschechien passierte. In Frankreich stand im Mittelpunkt, den sich abzeichnenden größeren Einfluss Deutschlands in der EU auszubalancieren. Das war vor allem der Sinn der Einführung des Euro, die 1992 beschlossen wurde, um die Stärke der D-Mark im wirtschaftlich zusammenwachsenden Europa zu kanalisieren. So konnte sich eine strategische Parallelwelt in Europa entwickeln, weil man Osteuropa nicht im Blick hatte.

Das zeigt im Übrigen, wie solche Entscheidungen in den USA fallen. Es gibt immer mehrere Eisen im Feuer. Man verlässt sich nicht auf eine einzige Strategie, die in einem einzigen Thinktank oder in Hinterzimmern ausgearbeitet wird. Es gab schon seit einigen Jahren in der Fachöffentlichkeit eine Debatte darüber, osteuropäische Länder in die NATO aufzunehmen und so die bisherige Strategie zu modifizieren, die noch sehr stark durch Zbigniew Brzezinski geprägt war (Brzezinski

1999). Ausschlaggebend war neben dem Wunsch der Osteuropäerinnen und Osteuropäer das sicherheitspolitische Vakuum, das im Bereich der zusammengebrochenen Sowjetunion entstanden war.

Seitdem wurde die Strategie einer engen Verbindung der osteuropäischen Staaten mit den USA weiter ausgebaut. In Tagungen bestärkte man die osteuropäischen Länder, ihre Sicherheit an erste Stelle zu setzen. Man versuchte, sie zu ermutigen, eine regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit aufzubauen und nicht damit zu warten, bis die EU dazu bereit wäre. Diese Strategie wird in Fachkreisen als „Trimarium“ oder „Intermarium“ diskutiert, weil es um den Raum zwischen Ostsee, Adria und Schwarzem Meer geht – letztlich ein anderer Name für Osteuropa. Diese Neukonzentrierung in der US-Außenpolitik führte dazu, dass wir es heute mit einem ausgesprochen selbstbewussten Block osteuropäischer Länder zu tun haben. Man sollte davon ausgehen, dass der starke Wunsch, sich vor Russland besser schützen zu können, eine ausschlaggebende Rolle bei der NATO-Osterweiterung spielte. Das Narrativ von der ausschließlich US-getriebenen Osterweiterung hält der Wirklichkeit also nicht stand.

Gründe für Polens Angst vor Russland

Ein polnischer Polizist, Piotr Augustyniak, beschrieb 2022 die Gründe für die Angst vor Russland so:

„Niemand außer Nazi Deutschland hat uns derart viel Leid zugefügt, nur dass Deutschland besiegt wurde, Reue bekundete und Abbitte leistete und sich radikal verändert hat. Mit dem Nazismus zu sympathisieren ist in Deutschland strafbar und gesellschaftlich nicht akzeptiert. Aber Russland hat sich kaum und nur aus lauter Gnade dazu bequemt, seine Truppen aus Polen abzuziehen. Es hat sich zurückgezogen, weil es dazu gezwungen wurde, hat das aber nie akzeptiert. Es pflegt immer noch seine imperialen Ansprüche. Es kann und will sich nicht transformieren. Der Stalinkult ist heute in Russland eine Tugend. Russland tritt mental auf der Stelle. Es bleibt in seinem Wesen, was es war, und es will das so. Es bereut nicht, bat nicht um Verzeihung, arbeitete nicht an sich. Das gilt sicher nicht für alle Russen. Aber doch für die kollektive russische Erinnerung und Identität. Das imperiale und aggressive Russland ist immer noch eine Realität und Putin nur sein Gesicht.“

In Russland begann in den 1990er Jahren ein Prozess der Selbstreflexion und der Auseinandersetzung mit den dunklen Seiten der russischen Geschichte. Dieser wurde aber durch Putin nach und nach abgestoppt und wird mittlerweile kriminalisiert. Die sich stattdessen entwickelnde krude Mischung aus Versatzstücken des zaristischen und des sowjetischen Imperialismus, verbrämt mit religiösem Elitedenken („Moskau als drittes Rom“) ließen in Osteuropa alle Alarmglocken läuten.

Geschichte der deutschen Ignoranz gegenüber Osteuropa

Wir in Deutschland hatten einen deutlich anderen Blick auf Russland. Als mir das 2015/16 durch die Beschäftigung mit Polen zur Frage wurde, habe ich wiederholt versucht, mit Fachleuten und Russlandkennern darüber zu sprechen. Als Antwort kam zumeist, es gäbe keine ernsthaften Anzeichen dafür, dass Russland aggressive Ziele verfolge. Putin wurde zwar als autoritär empfunden, aber auch als zuverlässiger Wirtschaftspartner. Ideen wie die von Iljin oder Dugin hätten keinen Einfluss auf ihn. Das wäre Kampfgetöse, das man nicht so ernst nehmen müsse.

Das war die Einschätzung, wie sie mir von Fachleuten im politischen Spektrum der FDP, CDU und SPD häufig gespiegelt wurde, weniger bei den Grünen. Es scheint, als müssten wir an unserer kollektiven Wahrnehmung in Deutschland arbeiten.

Wenn man nachforscht, woher in Deutschland das Übergehen Osteuropas kommt, stößt man auf eine Tradition deutsch-russischer gegenseitiger Wahrnehmungsnarrative, in denen die osteuropäischen Staaten nie eine Rolle spielten (vgl. Koenen 2019). Da gibt es zum einen das Narrativ vom „bösen Russen“, über das wir uns in den 1970er und 1980er Jahren lustig gemacht haben: Russland als Hort des Bösen. Das Narrativ gibt es aber nicht nur in einer konservativen anti-kommunistischen, sondern auch in einer progressiven Variante. Im 19. Jahrhundert galt das Zarenreich vor allem bei den fortschrittlichen Kräften als „Hort der Reaktion“. Russland war der natürliche Gegner für die demokratischen, liberalen und republikanischen Kräfte in Europa, weil der Zar die reaktionären und die antirevolutionäre Kräfte in Europa unterstützte. Noch der Erste Weltkrieg wurde von deutscher Seite damit begründet, dass man sich gegen die „barbarischen Horden“ aus dem Osten wehren müsse, verbunden mit der Behauptung, dass man Russland gegenüber so etwas wie einen „kulturellen Erziehungsauftrag“ habe. Das war der Hauptgrund für die Sozialdemokraten gewesen, den Kriegskrediten zuzustimmen.

Der andere Erzählstrang war, dass Russland ein Zukunftsraum, ein Möglichkeitsraum ist. Der deutsche Autor Alfons Paquet (1881 – 1944) durchreiste vor dem Ersten Weltkrieg den russischen Raum. Paquet war eine schillernde Figur und vermittelte den Eindruck, Sibirien und Russland seien ähnlich wie der Wilde Westen in Amerika, sie seien der Wilde Osten Europas. Er schilderte alles positiv, die Menschen seien so herzlich und überaus großzügig. Damit befeuerte er ein romantisch verklärtes Russlandbild: Der Russe ist der bessere Mensch, mit der Natur verbunden, christlich und mit einem großen Herzen.

Nach dem Ersten Weltkrieg begleitete Paquet in Moskau die russische Revolution und berichtete davon. Das Bild des zaristischen Russland, das er vor der Revolution entwickelt hatte, übertrug er nun

auch auf die russische Revolution. Die Bolschewiki waren für ihn so etwas wie messianische Führer, die man in positiver Weise viel ernster nehmen sollte, als es im Deutschland der Nachkriegszeit der Fall war. In einem Artikel brachte er es schließlich auf den Punkt: Rom oder Moskau. Selbstredend plädierte er für Moskau. Rom war das alte Europa – damals hatte man Washington noch nicht auf dem Schirm. In Moskau gab es für ihn Zukunftsgeist und Experimentierfreude. Seiner Meinung nach sollte man versuchen, mit diesem Russland zusammen zu arbeiten – was schließlich im Vertrag von Rapallo 1922 Wirklichkeit wurde.

Um die im Versailler Vertrag festgelegten Obergrenzen für die Reichswehr zu umgehen, wurde ab 1924 eine geheime militärische Zusammenarbeit mit Sowjetrußland vereinbart. Mit dem Berliner Vertrag 1926 sicherte Deutschland der Sowjetunion Neutralität zu, wenn diese einen Konflikt mit einem Drittstaat haben würde. Das richtete sich insbesondere gegen Polen, da einflussreiche deutsche Kreise eine Wiederherstellung der Ostgrenzen von vor dem Ersten Weltkrieg anstrebten.

Die Erzählung von der Zusammengehörigkeit von Deutschen und Russen spiegelte sich in Sowjetrußland in der Formel, dass die Industrialisierung der sozialistischen Sowjetunion am besten mithilfe des deutschen Industriekapitals gelingen würde. So hofften die Sowjets bis 1923 inbrünstig auf eine proletarische Revolution in Deutschland, die den Aufbau des Sozialismus technisch ermöglichen sollte. Als diese ausblieb, waren sie aber bereit, mit den real existierenden deutschen Regierungen die Zusammenarbeit zu suchen, um an Kapital und moderne Technologie zu gelangen.

Die deutsch-russischen Beziehungen entstanden immer zulasten Osteuropas: Niemand fragte in der deutsch-russischen Auseinandersetzung, egal ob freundschaftlich oder feindlich konnotiert, ehrlich nach den Interessen Polens beziehungsweise Osteuropas. Entweder existierte Osteuropa gar nicht oder es war ein Störenfried oder einfach die Verhandlungsmasse.

Rudolf Steiner und die Oberschlesien-Aktion 1921

Da dieser Beitrag in einem anthroposophischen Kontext erscheint, möchte ich darauf eingehen, wie Rudolf Steiner in Bezug auf Osteuropa einzuordnen ist. Bedeutsam ist in diesem Zusammenhang der sogenannte „Rednerkurs“, den er 1921 für die Aktivisten des *Bundes für soziale Dreigliederung* hielt, die in Oberschlesien für die Dreigliederung Schlesiens eintreten wollten. Damals war eine Volksabstimmung für den 20. März 1921 angesetzt, ob der Hauptteil Oberschlesiens zu Deutschland oder zu Polen gehören sollte. Der östlichste Teil Oberschlesiens war durch den Versailler Vertrag bereits Polen zugeschlagen worden.

Die Dreigliederer wollten, dass Oberschlesien weder deutsch noch polnisch sein solle, sondern es sollte unabhängig werden und sich entsprechend der Idee der Dreigliederung des sozialen Organismus selbst verwalten. Die beiden Volksgruppen sollten autonome Kulturverwaltungen bilden und ihre jeweiligen kulturellen Angelegenheiten (Sprache, Schule usw.) unabhängig voneinander regeln. Die wirtschaftlichen Faktoren Oberschlesiens sollten durch eine eigenständige Wirtschaftsadministration verwaltet werden, wobei die Idee war, dass es vor allem Wirtschaftsfachleute in den verschiedenen Ländern sein sollten, die grenzüberschreitend über ihre ökonomischen Beziehungen entscheiden sollten und nicht der politisch-administrative Bereich. *„Dem mittleren Glied, dem rechtlich-politischen Teil des sozialen Organismus, verbleibt dann in erster Linie die Polizei- und Verwaltungstätigkeit auf rechtlicher Grundlage; es wird geregelt durch ein in demokratischer Weise gewähltes Parlament. Da dieses Parlament sich nur mit rein staatlich-politischen Fragen befaßt, kann es weder das Wirtschafts- noch das Geistesleben stören“*, hieß es im *„Aufruf zur Rettung Oberschlesiens“* bezüglich des dritten Gesellschaftsgliedes. Die heftigen Angriffe deutsch-nationaler und völkischer Kreise gegen dieses Konzept vorwegnehmend, wurde im Aufruf festgehalten: *„Nur Kurzsichtigkeit kann diesen Aufruf als nicht im deutschen Geiste gelegen auffassen. Wahrhaft deutsche Gesinnung hat immer so gedacht“* (Heyer et. alt. 1921).

Der Rednerkurs vom Januar 1921

Rudolf Steiner hielt auf Bitten der Menschen, die in dieser Situation aktiv werden wollten, vor Beginn der eigentlichen Abstimmungskampagne am 1. und 2. Januar 1921 zwei orientierende Vorträge, den sogenannten „1. Rednerkurs“. Im ersten Vortrag gab Steiner eine Einleitung über polnische Geschichte, die zeigt, dass er sich sehr intensiv mit der Geschichte Polens auseinandergesetzt hatte. Obwohl der Aufrufstext in einem erfrischend un-nationalistischen Geist verfasst ist, finden sich im Vortrag Aussagen über Polen, die merkwürdig sind. Ausgangspunkt ist Steiners Beobachtung, dass Polen in seiner Geschichte durch die Teilungen drei verschiedenen Einflüssen ausgesetzt war: dem russischen, dem österreichischen und dem preußischen. Er formuliert dann recht apodiktisch – wie er darauf kommt, wird nicht deutlich –, in der russischen Zone wären die Polen mit einem geistigen Element in Berührung gekommen, in der österreichischen Zone sei ein politisch-rechtliches Element und in der preußischen wäre ein wirtschaftliches Element in die polnische Kultur hineingebracht worden:

„Die Polen sind besonders begabt worden von Preußen her im Wirtschaftsleben, von Österreich für das Politische und von Russland her für das religiösgeistige Leben. Wir haben hier eine Dreigliederung, die sich so zeigt, dass die Polen begabt worden sind von Russland her für die großen geistigen Ideen. (...) Studieren Sie aber dasjenige, was

in den Polen lebt, was sie zu Politikern macht, im Grunde genommen sie überall dabei sein läßt, wo es sich darum handelt, Verschwörungen anzuzetteln und dergleichen, so werden Sie finden, dass sie das aus Österreich haben. Und Sie werden finden, dass sie das Wirtschaftliche aus Preußen haben.“ (1. Vortrag, S. 212)

Dass die polnische Kultur durch die Teilungen unterschiedlichen Prägungen ausgesetzt war, erscheint unabweisbar. Man kann sich das veranschaulichen anhand des Schicksals des kurdischen Volkes, das durch die Türkei, Syrien, Irak und Iran ebenfalls sehr unterschiedlichen Einflüssen ausgesetzt ist, was wahrscheinlich auch zu Spannungen zwischen den verschiedenen kurdischen Gruppierungen beigetragen haben mag und noch beiträgt. Die verschiedenen Einflüsse ohne weiteren Beleg den drei Gesellschaftsgliedern in Polen zuzuordnen, erscheint aber zumindest gewagt. Ohne eine genauere Untersuchung der polnischen Geschichte kann so eine Äußerung heute nicht übernommen werden.

Polen ohne Zukunft?

Über die Zukunft des polnischen Gemeinwesens äußerte sich Steiner so:

„Aber mit all dem ist es nicht möglich, irgendein Polen wiederum aufzubauen, einen polnischen Staat aufzubauen.“

Es ließen sich zwar die entsprechenden Talente eringen für die drei Gebiete, aber es wird kein Einheitsstaat daraus entstehen. Man kann es aufbauen, aber es wird immer wieder zerfallen. Es wird niemals ein Polen in Wirklichkeit längere Zeit geben, weil es das nicht geben kann, weil im entscheidenden Moment Polen zerteilt werden muß, damit die Polen zur Ausbildung ihrer Talente kommen. Also, dieses Polen wird es nicht geben und heute zu sprechen von Polen, ist eine Illusion.

Man müßte heute in die Gemüter der Leute die Erkenntnis hineinverlegen, daß man ins Unglück hineinrollt, wenn man sagt: Polnisch-sein. Es muß aus dem Polnischen heraus in das Allgemein Menschliche kommen, dann werden diese Dinge, die sich in der Dreigliederung historisch entwickelt haben, fruchtbar werden.“ (1. Vortrag, S. 212 f.)

Polen ist demnach kulturell befruchtet worden durch Russland, Österreich und Preußen. Diese verschiedenen Einflüsse können nicht zusammenfinden, weil sie in jeweils nur einem Gesellschaftsglied passierten, und deswegen sei Polen als klassisches Gemeinwesen ein Trugbild, es könne keinen polnischen Einheitsstaat geben. Steiners Ausführungen stehen im Zusammenhang der Kampagne „Weder deutsch noch polnisch!“ Für ihn war bereits die Abstimmung ein „Unding“. Die Kampagne sollte die Tatsache der Abstimmung nutzen und Menschen dazu motivieren, sich gegen die Abstimmung auszusprechen. Also es ist keine simple deutsch-nati-

onale Position, die er einnimmt. Aber um zu verdeutlichen, dass Polnischsein für Oberschlesien keine Lösung ist, kommt es zu den oben zitierten Äußerungen.

Steiners Quellen

In der Besprechung nach seinem Vortrag wurde Steiner die Frage nach den Quellen für seine Äußerungen zu Polen gestellt. Darauf antwortet er:

„Das ist die allgemeine Frage, die sich auf alles Geschichtliche beziehen kann. Es ist heute nur möglich, sich über den wahren Hergang der europäischen Geschichte dadurch Aufklärung

zu verschaffen, daß man versucht, sich die Dinge zusammenzusuchen ohne Rücksicht auf die entsprechende Darstellung der Historie.“ (1. Vortrag, S. 247)

Folglich man kann auf beliebige geschichtliche Untersuchungen zurückgreifen, soll sich aber nicht die Meinungen der Autoren zu eigen machen, sondern sich auf die von ihnen geschilderten Fakten stützen?

„...man muß nur zwischen den Zeilen lesen können. Es gibt keine spezielle Literatur dafür, aber alle historische Literatur weist darauf hin. Man braucht nur die Tatsachen im richtigen Licht zu sehen. (...) wenn man dasjenige, was zwischen den Zeilen zu lesen ist, nimmt, so kann man überall die Belege für diese Sache finden. Auf spezielle Literatur hinzuweisen, ist gar nicht nötig.“ (1. Vortrag, S. 248)

Das ist natürlich methodisch unbefriedigend, zumal nicht klar wird, wo die Schilderung von Fakten aufhört und die Bewertung anfängt, insbesondere dann, wenn Aussagen über zukünftige Entwicklungen gemacht werden. Es ist methodisch kaum zu vermeiden, dass Historiker mit jeweils unterschiedlichem Blickwinkel unterschiedliche Fakten herausarbeiten. Ob man das mit „zwischen den Zeilen lesen“ neutralisiert bekommt, darf bezweifelt werden.

Dass es für das sich neu bildende polnische Gemeinwesen nach dem Krieg ein Problem war, die drei verschiedenen Teile zu integrieren, war bekannt. Ob dies durch die neue Verfassung, die 1921 in Kraft trat und an der etwa drei Jahre lang gearbeitet worden war, gut gelöst wurde, kann ich ohne genauere Untersuchung nicht bewerten.

Die Geschichte der Zweiten Republik hat sicherlich gezeigt, dass die politischen Verhältnisse in Polen nicht sonderlich stabil waren. Es entwickelte sich keine Musterdemokratie, und der Staatsstreich von Józef Piłsudski 1926 war eine schwere Hypothek für die weitere demokratische Entwicklung. Für den Zusammenbruch Polens war aber am Ende nicht die von Steiner diagnostizierte Unmöglichkeit des Zusammenwirkens der drei Teile Polens, wenn es sie gegeben haben sollte, ausschlaggebend,

sondern wohl eher der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt 1939 und danach die Eroberung durch Nazideutschland.

Rudolf Steiners antiwestliche Schlagseite

Einflussreiche Kreise in Deutschland und Österreich standen der Unabhängigkeit von Polen und der Tschechoslowakei damals skeptisch gegenüber. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass Rudolf Steiner ein Stück weit in diesem zeitgenössischen Denken gefangen war, auch wenn die Deutschen, die Österreicher und die Russen in den Vorträgen Steiners nicht gut wegkommen. Bekanntlich lag für ihn die alleinige Rettung darin, dass in diesen Ländern die soziale Dreigliederung verwirklicht würde. Anderenfalls wären die sozialen Verhältnisse auf Illusionen aufgebaut. Was es für Oberschlesien heißen würde, (preußisch-)deutsch zu sein, schildert er so:

„... sobald man sich Illusionen darüber hingibt, dass ohne die Dreigliederung etwas zu machen sei, so arbeitet man einfach an dem Niedergang mit. Bedenken Sie doch nur, was es bedeutet, wenn zum Beispiel die oberschlesische Bevölkerung abstimmt für den Anschluss an Preußen-Deutschland. Das bedeutet ja nichts anderes, als dass sich diese Bevölkerung mit ihrem Gebiet ausliefert an ein größeres Gebiet, das, wenn es so fortarbeitet, wie es bisher gearbeitet hat, unbedingt der Barbarei verfallen muß.“ (2. Vortrag, S. 219)

Etwas später erklärt er den Sinn der Kampagne so: *„Daher wird in der ganzen internationalen Welt der größte Eindruck hervorgerufen werden können, wenn irgendein Häuflein sagt: Wir wollen nichts zu tun haben mit dem Preußen, wie es sich herausgebildet hat, wir wollen nichts zu tun haben mit demjenigen, was unter der Protektion der Entente steht (sic!, Hervorhebung S.P.),... wir wollen uns auf den Standpunkt der Dreigliederung stellen, wir wollen nicht nur eine Scheinautonomie, wie sie doch hervortreten würde, wir wollen eine wirkliche, wahre Autonomie und werden uns provisorisch innerhalb dieser wahren wirklichen Autonomie einrichten, wir machen die Abstimmung zu einem Protest gegen die Tatsache der Abstimmung.“* (2. Vortrag, S. 229 f.)

Hier wird die Dreigliederungskampagne in Oberschlesien, wie überhaupt die ganze Dreigliederungsidee, in einen anti-westlichen Kontext gestellt, um deutlich zu machen, dass es auch keine Lösung ist, wenn Oberschlesien an (Preußen-)Deutschland fällt. Dieser anti-westliche Spin beherrscht den ganzen zweiten Vortrag, der unter dieser Fragestellung noch einer eingehenderen Analyse bedarf. Etwas später macht er das wiederholt deutlich:

„Sollte es natürlich nicht möglich sein, eine genügend große Anzahl von Menschen zu gewinnen, dann könnte ja unter Umständen für unsere Freunde nichts anderes übrig bleiben, als zu sagen: Die Dreigliederung wird ja doch einmal so weit kommen, dass

*sie aus den Geburtswehen heraus zur Wirksamkeit kommt, und aus der Not heraus wird man innerhalb des deutschen Volkes vielleicht doch noch ein Verständnis für die Dreigliederung entwickeln; also stimmen wir provisorisch für die Angliederung an Preußen-Deutschland, in der Hoffnung aber, dass dieses Preußen versinkt. Aber das ist nur ein Surrogat, **damit würden wir uns fügen demjenigen, worunter wir leiden.**“* (2. Vortrag, S. 231)

Soll man daraus schließen, dass es in der damals in Breslau versammelten Aktivistengruppe Präferenzen für (Preußen-)Deutschland gab? Wie auch immer, mir scheinen gerade diese beiden Vorträge so voller zeitgeschichtlicher Aussagen und Implikationen zu sein, dass sie dringend einer aktuellen historischen Einordnung bedürfen.

Mitteleuropa – eine Spurensuche

Auch wenn Steiners Denken äußerst beweglich ist und sich in einer ständigen Anpassung an die sich wandelnden Verhältnisse befindet, taucht eine Konstante seit dem Krieg immer wieder auf: der Mitteleuropabegriff. Dieser wird in anthroposophischen Kreisen heute noch bemüht, für die Länder Deutschland, Österreich, Schweiz, Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn. Eventuell sind auch Südtirol, Slowenien und Kroatien einbezogen. Er stammt aus einer Zeit, als Deutschland und Österreich in Mittel- und Osteuropa noch tonangebend waren, was spätestens seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr der Fall ist. Der Osteuropabegriff, wie ich ihn hier verwende, ist praktisch identisch mit diesem Mitteleuropabegriff, jedoch ohne Deutschland, Schweiz und Österreich. Kann der Begriff heute noch sinnvoll verwendet werden?

Die Mitteleuropadebatte während des Ersten Weltkriegs

Während des Ersten Weltkriegs erlebte man in Deutschland und Österreich die Mittelposition zwischen westlicher (materialistischer und oberflächlicher) „Zivilisation“ und östlicher „Barbarei“ sehr stark, und es gab engagierte Debatten um den Mitteleuropabegriff. So unterschiedliche Persönlichkeiten wie Thomas Mann und General Helmuth von Moltke griffen in diesem Kontext auf ihn zurück: Thomas Mann, um die Einzigartigkeit deutscher Kultur hervorzuheben, für die man in den Krieg zu ziehen habe (Mann 1918) und General von Moltke, um plausibel zu machen, dass Deutschland in diesem Krieg gar nicht unterliegen könne, da die kulturelle Weltmission der Deutschen für die Weiterentwicklung der Menschheit unabdingbar sei (vgl. Zander 2003, S. 433).

Wenig bekannt ist heute, dass der große Liberale Friedrich Naumann 1916 einen „Arbeitsausschuss für Mitteleuropa“ begründete, in dem unter anderem Matthias Erzberger, Hugo Stinnes, Albert

Ballin, Ernst Jäckh, Gustav von Schmoller und Max Weber mitarbeiteten. Sie versuchten, aus einer bürgerlichen Perspektive Vorschläge für eine wirtschaftlich-politische Vereinigung – sprich: Zollunion – Mitteleuropas zu lancieren (vgl. DeuFraMat o.J.).

Der Mitteleuropabegriff beinhaltete demnach die preußisch-österreichische Dominanz über diesen Bereich Europas oder setzte sie zumindest stillschweigend voraus. Es war kein politisch neutraler, quasi geografischer Begriff, sondern er hatte mehr oder weniger klare Implikationen von politischer und wirtschaftlicher Vorherrschaft der deutschsprachigen über die westslawischen Völker.

Gibt es einen mitteleuropäischen Kulturraum?

Rudolf Steiner versuchte mit seinen Memoranden während des Krieges, diesem von vielen Menschen in der deutschsprachigen Kulturgemeinschaft empfundenen Mitteleuropa ein politisches Programm vorzuschlagen, mit dem es „vor der Weltgeschichte eine Berechtigung“ erhalten würde. Damit sollte der Geburtsfehler des preußischen Kaiserreiches nachträglich geheilt werden, denn die Gründung des II. Reiches war rein militärisch erfolgt, ohne ein menschheitliches Ziel mit ihr zu verbinden. Die deutsche und österreichische Vorherrschaft versuchte er mithilfe der in der sozialen Dreigliederung implizierten kulturellen Autonomie auszubalancieren.

Der Vorschlag einer sozialen Dreigliederung hatte in diesem Kontext auch einen geopolitischen Charakter, um Mitteleuropa als einigermaßen einheitlichen Kulturraum zu retten, ein Anliegen, das sich durch die gesamte Agitation für die soziale Dreigliederung zieht. Aus heutiger Sicht wirkt es seltsam deutschümelnd, was es damals aber nicht war, denn Steiner agierte mit einer kritischen Haltung gegenüber deutschnationalen, völkischen, monarchistischen oder militaristischen Kreisen – was diese mit wüsten Polemiken in ihren Publikationsorganen und mit physischen Attacken während zweier Vorträge von Steiner 1922 quittierten. Aus heutiger Sicht erscheint der Mitteleuropabegriff antiquiert, da er die deutschsprachige Dominanz voraussetzen scheint. Wenn es zwischen Deutschland und Österreich auf der einen und Polen, Tschechien, der Slowakei, Ungarn, Slowenien und Kroatien auf der anderen Seite kulturelle Gemeinsamkeiten gibt, dann sind die im Wesentlichen durch die gemeinsame Geschichte geprägt, aus der die Dominanz Preussen-Deutschlands und der K.u.k.-Monarchie nicht wegzudenken ist. In einem folgenden Artikel soll deshalb der Mitteleuropabegriff einer kritischen Untersuchung unterzogen werden.

Die Zukunft der europäischen Integration

Die Vorstellung eines unter westlicher kultureller wie politischer Vorherrschaft stehenden Mitteleuropas muss aufgegeben werden. Anzuerkennen ist, dass die osteuropäischen Länder eine eigenständige kulturelle und politische Tradition besitzen. Das macht sich auch im Bereich der Außen- und Europapolitik bemerkbar. Die Kernländer der europäischen Integration nach dem Zweiten Weltkrieg waren ehemalige Kontrahenten, die immer wieder gegeneinander Kriege geführt hatten. Ausschlaggebend war die gemeinsame Erkenntnis, dass es angesichts der Zerstörungen in Europa besser ist, zusammenzuarbeiten, Konflikte auf dem Verhandlungsweg zu lösen und Kompromisse zu schließen.

Die osteuropäischen Staaten nach der Wende 1989 hatten keine Geschichte von Kriegen untereinander über Jahrhunderte hinweg. Sie hatten auch keine Geschichte von Kolonialismus. Großbritannien, Frankreich, den Niederlanden, Spanien und Portugal waren die Kolonialreiche nach dem Krieg abhandengekommen. Zusammen mit Deutschland suchten sie ihr Heil in der Zusammenarbeit, im Wissen, dass jedes Land für sich alleine in Zukunft keine Rolle auf der Weltbühne mehr spielen könnte. Eine vergleichbare Interessenlage gab es in Osteuropa nicht. Diese Länder waren heilfroh, dass sie dem Sowjetimperium entkommen waren. Ihre eigenständige Staatlichkeit war für sie die Garantie für ihre Demokratie und ihre Unabhängigkeit, die sie nicht aufgeben wollten. Sie gingen deshalb mit völlig anderen Erwartungen in die europäische Integration hinein. Die EU konnte aber nichts anderes anbieten als das, was sie sich vorher in der Phase der Bildung des Gemeinsamen Marktes und der EG an Strukturen und Verfahrensweisen im Bereich der wirtschaftlichen und ordnungspolitischen Integration erarbeitet hatte.

Die Geburt der EU als geopolitischer Faktor

Insbesondere blieb in der innereuropäischen Integrationsdebatte unbemerkt, dass die EU durch ihre territoriale Ausweitung nach Osten hin zu einem geopolitischen Faktor geworden ist. Ihr ging es zwar „nur“ um eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die außen- und sicherheitspolitische Zusammenarbeit oder gar Integration stand nie im Vordergrund. Der in den EU-Verträgen geregelte Zwang zur Einstimmigkeit im Rat verhinderte nachhaltig, dass Strukturen auf EU-Ebene entstanden, die eine strategische Debatte um eine gemeinsame EU-Position hätten führen und daraus hätten entscheiden und handeln können.

Die EU steht nun an einem Scheideweg: Kann und will sie sich ihrer geopolitischen Verantwortung stellen und die dafür notwendigen institutionellen Änderungen durchführen? Oder will sie sich weiterhin „nur“ über die wirtschaftliche Integration definieren und die Frage der politisch-militärischen

Absicherung ihrer diesbezüglichen Interessen letztlich den USA überlassen?

Mit der EU ist – bei aller notwendigen und berechtigten Kritik an ihrem Bürokratismus und Zentralismus – ein Raum der Freiheit, Vielfalt, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und sozialen Gerechtigkeit entstanden, der ziemlich einzigartig in der Welt ist und vielfach eine Anziehungs- und Orientierungskraft ausübt. Ohne dass dies in Europa bemerkt und gegenüber den USA thematisiert wird, wird die Kraft nicht entstehen, eine eigene geopolitische Position aufzubauen.

Die USA werden Europa nicht unter allen Bedingungen verteidigen wollen und können, darauf sollten wir uns in Europa nicht verlassen. Wer also soll und kann am Ende des Tages die europäischen Interessen schützen, wenn nicht die Europäerinnen und Europäer selber?

Die im Gefolge des russischen Einmarsches auflebende Debatte über eine gemeinsame Sicherheitspolitik scheint wieder erlahmt zu sein. Das Einstimmigkeitsprinzip im Rat führt dazu, dass in diesem Bereich keine gemeinsamen Entscheidungen zustande kommen. Hierzu würden Änderungen in den EU-Verträgen benötigt, die weit über die Einführung von Mehrheitsabstimmungen im Rat hinausgehen.

Fehlende strategische Debattenkultur in der EU

Dem stehen die unterschiedlichen strategischen Traditionen in West- und Osteuropa entgegen. Im Westen werden Kriege als ein untaugliches Mittel gesehen, um eigene Interessen durchzusetzen. Stattdessen gibt es positive Erfahrungen, dass auf dem Verhandlungsweg für alle bessere Ergebnisse erlangt werden. Im Osten gibt es hingegen die große Sorge vor dem Imperialismus Russlands, vor dem man sich nicht allein mit friedlichen Verhandlungen schützen kann. Die Angst ist groß, dass man am Ende wehrlos dasteht, wenn man die eigene nationale Sicherheit in die Hände der EU – das heißt vor allem in die Hände Deutschlands und Frankreichs – abgeben würde.

So bleibt noch die Möglichkeit der Wiederbelebung des Weimarer Dreiecks. Wenn Frankreich, Deutschland und Polen es schaffen, einen strategischen Dialog zu etablieren und zu einer gemeinsamen Sichtweise auf alle Aspekte der europäischen Sicherheitsfragen zu kommen, dann könnte dies angesichts des Gewichts dieser drei Länder für die EU einen entscheidenden Schritt vorwärts bedeuten.

Für mich ist die Schlussfolgerung unabweisbar, dass die EU nur dann zu einem geopolitischen Faktor werden kann, wenn sie sich als fähig erweist, diesen strategischen Dialog in der EU zu etablieren. Sie kann, pointiert gesagt, die Schutzmachtfunktion der USA für Osteuropa nur beerben, wenn sie selbst glaubhaft in der Lage ist, die osteuropäischen Länder vor russischen Übergriffen zu schützen. Das ist nur um den Preis einer deut-

lich stärkeren Integration im Sicherheitsbereich machbar.

Sollte das nicht gelingen oder gar nicht erst angestrebt werden – und danach sieht es gegenwärtig aus, nachdem sich zu Beginn des russischen Einmarsches eine Stimmung großer europäischer Einmütigkeit in Sicherheitsfragen breitgemacht hatte –, so werden die USA weiter als Schutzmacht in Europa agieren können und müssen. Schließlich sind sie es, die gegenwärtig die Hauptlast im Bereich der Finanzen und Waffenlieferungen an die Ukraine tragen. Sie sind die einzige Macht, die große Mengen an Krediten und Waffen quasi aus dem Stand zur Verfügung stellen können. Alles Gerede von „Strategischer Autonomie“ genauso wie das Lamento über die transatlantischen Einflüsse, das in Teilen der deutschen Öffentlichkeit zum guten Ton zu gehören scheint, kann man sich sparen, wenn man nicht bereit ist, strategische Ressourcen bereitzustellen und handlungsfähige Institutionen zu schaffen.

Mittebildungen

„Bellizisten“ versus „Pazifisten“?

In der innerdeutschen Debatte prallen das „bellizistische“ und das „pazifistische“ Paradigma genauso ungebrems aufeinander wie auf innereuropäischer Ebene. Die beiden genannten Paradigmata stehen in einer polaren Beziehung zueinander: Man kann mit einer Macht wie Russland gegenwärtig keinen Frieden verhandeln, wenn man nicht aus einer gewissen Position militärischer Stärke auftreten kann. Umgekehrt kann man mit einer Atommacht keine unbegrenzte Auseinandersetzung führen, wenn man kein Bild davon hat, wo die eigenen Grenzen sind und wie man mit ihr anschließend friedlich zusammenleben können will.

Die strategische Debatte müsste sich ehrlich machen. Wir haben nicht unbegrenzte Ressourcen zur Verfügung. Um die Ukraine kontinuierlich mit Waffen und Munition zu versorgen, müssten wir unsere Rüstungsindustrien deutlich verstärken, was schließlich zulasten unseres Wohlstandes ginge. Wo hier die Grenze ist und wie Sicherheit und Wohlstand zusammen gedacht werden können, kann nur im öffentlichen Diskurs ermittelt werden. Gesinnungsethische Radikalpositionen, egal von welcher Seite, helfen hier nicht weiter.

Der Krieg hat seine eigene Logik

Auch von einer anderen Warte aus lässt sich argumentieren, dass „Bellizismus“ und „Pazifismus“ aufeinander bezogene Polaritäten sind. Zu Beginn des Einmarsches handelte es sich um einen Verteidigungskrieg. Der angegriffenen Seite Waffen zur militärischen Verteidigung zur Verfügung zu stellen, war ein Gebot der Stunde, dem die „Bellizisten“ am schnellsten bereit waren, zu fol-

gen. Mittlerweile ist der Krieg, auch wegen der Waffenlieferungen, in eine neue Phase übergegangen, in einen Stellungskrieg, der sich zunehmend in einen blutigen Abnutzungskrieg zu verwandeln droht. Dieser kostet nicht nur Menschenleben und wichtige Infrastruktur, sondern er führt zunehmend zu einer militaristischen Verrohung in den Seelen der kämpfenden Bevölkerung. Die menschenverachtende Sichtweise der Angreifer „infiziert“ nach und nach die Verteidiger.

„Pazifistische“ Positionen gewinnen nun an Bedeutung, die dafür sensibilisieren können, dass die Ukraine einen hohen Preis zahlen wird. Dies könnte in Gesprächen mit ukrainischen Vertretern thematisiert werden, um einen Abwägungsprozess in Gang zu bringen und die Verblendung, den Krieg auf rein militärische Weise beenden zu können, langsam infrage zu stellen. Hinzu kommt, transparent zu machen, dass unsere Unterstützungsfähigkeit Grenzen hat.

Am Ende wird auf beiden Seiten die Bereitschaft steigen, in Waffenstillstandsverhandlungen einzutreten. Damit diese stattfinden können, müssen durch neutrale Institutionen Verhandlungspositionen ermittelt und mit den Kombattanten beider Seiten abgestimmt werden. Das könnte nun die Phase sein, in der vorwiegend „pazifistische“ Kräfte die Führung übernehmen werden.

Es gibt hier kein richtig oder falsch, kein Entweder-oder. Die Debatte, sei es in der Öffentlichkeit oder hinter verschlossenen Türen, wird sich darum drehen müssen, wie die aktuelle Entwicklung einzuschätzen ist. Das kann nur konkret erfolgen; Prinzipienreiterei, auf welcher Seite auch immer, führt hier zu nichts.

Solche Debatten sind bei einer Großmacht wie den USA selbstverständlich. Für uns in Deutschland sowie in Europa insgesamt sind solche Debatten noch neu.

Der Westen, die Achse China-Russland und der Globale Süden

Eine Mittelebildung anderer Art ergibt sich, wenn man das Kräftevieleck betrachtet, das sich zwischen den USA, Europa, Russland, China und dem Globalen Süden mit Indien, Brasilien und Südafrika als den führenden Schwellenländern aufspannt.

Zunächst muss man sich klarmachen, dass Europa zwar geografisch zwischen Russland und den USA liegt – Carl Schmitt sprach hier gerne von den beiden „Flügelmächten“ Europas –, aber nicht mehr politisch. In Europa haben wir uns für die Demokratie entschieden und sind entschlossen, sie gegen innere und äußere Angriffe zu verteidigen. Hier kann es keine Mitte zwischen Demokratie und autoritären, totalitären oder gar faschistischen Staatsformen geben. Die USA sind insofern ein natürlicher Verbündeter. Ohne ihr Engagement im Zweiten Weltkrieg und danach hätten wir nicht die

demokratische Kultur entwickeln können, die wir entwickelt haben. Diese geschichtliche Lehre gilt es festzuhalten.

Auch aus dem Arbeitsansatz der sozialen Dreigliederung sehe ich hier keine Möglichkeit für eine Form der Mittelebildung. Eine funktionierende Demokratie ist notwendige Voraussetzung, um Impulse aus unserem Arbeitsansatz in der Gesellschaft zur Geltung zu bringen. Wo es Demokratie nicht gibt, ist diese vorrangig zu erstreben. Selbstverwaltung im Wirtschafts- oder Kulturleben ist nicht denkbar, wenn ein autoritärer oder totalitärer Staat versucht, die Kontrolle an sich zu reißen. Republikanisches Bewusstsein halte ich auch in unseren Kreisen für unabdingbar.

Anders sieht es aus, wenn man den eurozentrischen Blick auf die Kräftekonstellation zwischen Europa und seinen „Flügelmächten“ verlässt und auf die globale Ebene im 21. Jahrhundert schaut. Auf politischer Ebene entwickelt sich bekanntlich eine „Systemauseinandersetzung“ zwischen demokratischen (USA und Europa) und autoritären Systemen (China und Russland). Diese Betrachtungsweise verliert aber den Globalen Süden aus dem Blick, der sich in dieser Frage nicht leicht positionieren wird. Für viele Länder spielen neokoloniale Erfahrungen von nicht gleichberechtigter Zusammenarbeit mit den westlichen Ländern und Ausbeutung eine viel größere Rolle. Oder es handelt sich um sehr autoritäre Staaten, die über bestimmte Rohstoffe verfügen, die für die westliche Industrie notwendig sind und deshalb von ihr hofiert werden. Im Verhältnis zum Globalen Süden wird man die Strategie der Systemauseinandersetzung nur bedingt umsetzen können.

China und Russland versuchen, in der globalen Polarität zwischen westlichen Industrieländern und südlichen Schwellenländern die Führungsrolle zu übernehmen und sich als Interessenvertreter des Globalen Südens ins Gespräch zu bringen, vor allem bei der Frage einer Reform der Bretton Woods-Institutionen und der UNO hin zu einer multipolaren Ordnung ohne Dollardominanz. Die Länder des Globalen Südens sind in dieser Frage im Gleichklang mit Russland und China. Dass die Vorherrschaft der westlichen Länder in den internationalen Institutionen in naher Zukunft ein Ende haben wird, steht dort außer Frage. Es ist lediglich die Frage, wann und wie. Gegen die Dollardominanz entwickeln sich gegenwärtig in verschiedenen Regionen in Asien, Südamerika und Afrika sog. „Local Currency Settlements“ (LCS), also Zahlungsausgleichseinrichtungen, mit denen der Bedarf an Dollarliquidität deutlich abgesenkt werden soll (vgl. Fofack 2023).

Wenn die westlichen Länder die Interessen und Gefühlslagen im Globalen Süden nicht wahrnehmen und darauf nicht eingehen, werden diese sich in einem Maße China oder Russland zuwenden, das wir als problematisch empfinden werden. Europa beziehungsweise die EU hat mehr als die USA die Möglichkeit, passende Antworten zu entwickeln:

Im Bereich der gleichberechtigten wirtschaftlichen Zusammenarbeit und im Bereich der Entwicklung unterschiedlicher demokratischer Kulturen sind wir flexibler als die USA, die offenbar nur ihr eigenes Gesellschaftsmodell (American way of life, Egokapitalismus, Zwei-Parteiensystem) propagieren und durch Militärinterventionen „verbreiten“ können. Dass diese Vorgehensweise zunehmend an Anziehungskraft im Globalen Süden verliert, ist offensichtlich und wird sich wahrscheinlich nicht durch die Überbetonung des Systemkonfliktes zwischen Demokratien und Diktaturen kompensieren lassen, zumal global gesehen sowohl der westliche Bevölkerungsanteil an der Weltbevölkerung als auch das westliche Wirtschaftsvolumen, bezogen auf die Weltwirtschaft, einen immer kleineren Prozentsatz darstellen wird.

Die politische Kunst wird darin bestehen, das eine zu tun, ohne das andere zu lassen. Notwendig ist der Schulterschluss der Demokratien auf der politischen und notwendigenfalls auch militärischen Ebene. Zugleich geht es darum, mit den Ländern des Globalen Südens gleichberechtigte Handelsbeziehungen einzugehen und eine den regionalen Möglichkeiten und kulturellen Ressourcen angepasste Wirtschafts- und Demokratieentwicklung zu unterstützen.

Eine unregelmäßige Globalisierung, wie wir sie bisher kannten, kommt damit an ihr Ende. Vor allem in den sicherheitsrelevanten Bereichen des Wirtschaftslebens der westlichen Länder kommt es durch den Krieg in der Ukraine zu einem Umdenken und zu einer Neugestaltung der Lieferketten mit dem Ziel, sich nicht von potenziellen oder erklärten Systemgegnern abhängig zu machen. Ähnliche Überlegungen gibt es mit Sicherheit auch in China und Russland. Sowohl in Südamerika als auch in Asien und Afrika strebt man eine größere Unabhängigkeit vom Dollar und von westlichen Geldern und eine stärkere regionale Zusammenarbeit an. Die wirtschaftlichen Entwicklungsbedürfnisse vor Ort werden stärker im Mittelpunkt stehen. Wenn man diese Tendenzen in ein Bild bringen will, könnte man sagen: Es könnten mehrere Globalisierungsschwerpunkte entstehen – ein westlich-demokratischer, ein chinesisch-russisch-autoritärer und verschiedene südliche, die aber alle in den nicht-strategischen Bereichen im wirtschaftlichen Austausch miteinander sind.

Literatur

Augustyniak, Piotr (2022): „Aufzeichnungen in Zeiten des Krieges“, Dialog Forum, 16. März 2022, <https://forumdialog.eu/2022/03/16/aufzeichnungen-in-zeiten-des-krieges/>

Brzezinski, Zbigniew (1999): *Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft*, S. Fischer Verlag, 1999

Fofack, Hippolyte (2023): „Decolonizing Global Finance“, Project Syndicate, 10.2.2023, <https://www.project-syndicate.org/onpoint/making-global-monetary-system-work-for-global-south-by-hippolyte-fofack-2023-02>. Fofack ist Chief Economist und Director of Research bei der African Export-Import Bank (Afreximbank).

Gloger, Katrin (2017): *Putins Welt*, Piper 2017

Mann, Thomas (1918): *Betrachtungen eines Unpolitischen*

Padberg, Stefan (2022): *Probleme des politischen Pazifismus und Thesen zur Neuordnung Europas*, Sozialimpulse Heft 2/2022, S. 36-40

Pelczyńska-Natęcz, Katarzyna (2022): „Der Krieg ist schon da. Der Westen muss das erkennen“, wyborcza.pl, 23.06.2022, <https://wyborcza.pl/7,75968,28615350,wojna-juz-tu-jest-zachodmusi-to-przyjac-do-wiadomosci.html>. Katarzyna Pelczyńska-Natęcz, ehemalige polnische Botschafterin in Moskau, ist Direktorin des Instituts Strategie 2050, einer Denkfabrik, die mit der Partei Polen 2050 verbunden ist.

Sarotte, M. E. (2019): „The Convincing Call From Central Europe: Let Us Into NATO“, Foreign Affairs, 12. März 2019, <https://www.foreignaffairs.com/united-states/convincing-call-central-europe-let-us-nato>

Steiner, Rudolf (1921/1986): Rednerkurs, 1. und 2. Januar 1921, GA 338, Dornach 1986

Zander, Helmut (2003): „Der Generalstabschef Helmut von Moltke d.J. und das theosophische Milieu um Rudolf Steiner“, Militärgeschichtliche Zeitschrift 62 (2003), Heft 2, S. 423-458, R. Oldenbourg Verlag München

Der Autor

Stefan Padberg, Studium der Informationstechnik in Hamburg, Entwicklungsingenieur in der Schiffsanlagenautomatisierung. Ab 1992 Ausbildung zum Sozialtherapeuten in Wuppertal und Arbeit in der psychiatrischen Nachsorge (bis 2012). Waldorfpädagogische Zusatzqualifikation und Informatikunterricht an einer Waldorfschule. Freiberuflicher Internetprogrammierer seit 2012.

Seit 1998 tätig für Mehr Demokratie e.V., Moderator des AK Europa und Welt. Seit 2017 Mitglied im Koordinierungskreis der Initiative Netzwerk Dreigliederung. Seit 2019 Redakteur der Zeitschrift „Sozialimpulse“ und seit 2020 in der Geschäftsführung des Instituts für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart.

Déjà vue 2014?

Günter Ludwig

Russische Panzerkolonnen pflügten seit Herbst 2021 jeden Tag durch die Nachrichtenportale, schwerbewaffnete Fallschirmjäger kletterten in Flugzeuge und Raketen entwandten im Winterhimmel – monatelange Manöver inszenierten Krieg an den Grenzen der Ukraine. In immer kürzerer Taktung flogen Politiker aus ganz Europa nach Moskau und standen Reporter auf dem Roten Platz, stereotype Statements mit der Kremispitze, wortreiche Talkshows auf allen Kanälen. Ungeachtet der vielen Worte wollte sich keine Beruhigung einstellen. Am 24. Februar 2022 hielten die Panzer an den Grenzen nicht mehr an, in Kiew explodierten Raketen.

Trotz übergreifender Fassungslosigkeit versuchten alle, das Geschehen einzuordnen. Einen Krieg mitten in Europa, eine Invasion dieser Dimension hatte es seit 1945 nicht mehr gegeben. Nach und nach wurde bewusst, dass vor sieben Jahren, 2014, das gleiche abgelaufen war, nur ohne öffentliche Inszenierung, fast lautlos. Über Nacht waren auf der Krim Soldaten ohne Rangabzeichen aufgetaucht, Panzer ohne Markierungen – die Ukraine überrumpelt und der Westen sprachlos, in Russland Begeisterung.

Mein Gefühl von damals: Das wäre ohnehin nicht zu verhindern gewesen – oder doch?

Während der Recherche zu den Hintergründen des jetzigen russischen Überfalls auf die Ukraine verdichteten sich die Hinweise, dass die Besetzung der Krim damals weder überraschend erfolgt war noch unabwendbar hätte sein müssen. Hätte das auch für 2022 gegolten?

»Divide et impera«

Niccolò Machiavelli, 1532

Dass 2014 mit einem von Wladimir Putin inszenierten Bürgerkrieg die Ukraine destabilisiert wurde, Hunderte, später Tausende ihr Leben ließen, fand in unseren Medien kaum ein nachhaltiges Echo, trat nach und nach in den Hintergrund. Waren damals die Regierungen der EU und die Öffentlichkeit Europas noch mit der Eurorettung beschäftigt so wie mit den ansteigenden Flüchtlingszahlen?

Man kann zu Recht auch über politische und organisatorische Fehler des Westens im Nahen und Mittleren Osten diskutieren. Der ursächliche Auslöser für die Flüchtlingsströme aber war die massive militärische Unterstützung des Assad-Regimes durch Russland.

Die russische Armee löste die Migrationsbewegung nach Europa mit aus, indem sie die Zivilbevölkerung in Syrien bombardierte und die humanitären Infrastrukturen in der Region gezielt zerstörte. [1] Die Flüchtlingswelle war für Putin ein willkommenes Spektakel, das die EU zwar nicht außer Gefecht setzte, aber zeitweilig fast spaltete und sie zwang, sich vorrangig mit sich selbst zu beschäftigen – teile und herrsche, divide et impera. Vor allem aber verlieh sie den europäischen Rechtspopulisten massiven Auftrieb. [2]

Ein adäquates Szenario wiederholte sich im Winter 2021, als der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko Flüchtlinge in Richtung polnischer Grenze schleuste und auf die EU medialen politischen Druck ausübte. Der bedrohliche Aufmarsch der russischen Armee an den Grenzen zur Ukraine rückte vor der Invasion 2022 damit etwas aus dem Blickfeld.

»Den Auslöser zum Krieg habe ich gedrückt.«

Igor Girkin

Was von 2014 in Erinnerung blieb, war das offensichtliche Leugnen Moskaus, an der Besetzung der Krim und am Krieg in der Ostukraine beteiligt gewesen zu sein. Dagegen standen Berichte über Beerdigungen russischer Soldaten, die während ihres Urlaubs zum freiwilligen Kampfeinsatz in den Donbass gefahren und dort heldenhaft gefallen seien.

„Wir haben sie zur Abstimmung getrieben“, so der russische Geheimdienstoberst Igor Girkin (Kampfname *Strelkow*) in einem Bericht der NZZ von 2015. Hier bestätigte er die von langer Hand geplante Beteiligung Moskaus am Umsturz auf der Krim und dass das völkerrechtswidrige Referendum unter Druck Russlands erfolgte. [3] Manipuliert wurde die Stimmung im Vorfeld mit verzerrten oder erfundenen Meldungen über einen drohenden Faschismus in der Ukraine. [4]

Zu den im Sommer 2014 eskalierenden Unruhen in der Ostukraine äußerte sich Girkin in einem zeitnahen russischen Interview und brüstete sich mit seiner Rolle beim Aufstand der Separatisten im Donbass. [5] Im zeitgleichen Artikel der SZ über das Interview erklärte er, dass der Krieg keineswegs direkt aus dem Aufstand russischsprachiger Donbass-Bewohner hervorgegangen, sondern aus Russland geschürt worden sei: „Den Auslöser zum Krieg habe ich gedrückt. Wenn unsere Einheit nicht über die Grenze gekommen wäre, wäre alles so ausgegangen wie in Charkiw und in Odessa.“ Die kurzen und teils blutigen prorussischen Umsturzversuche in den beiden Städten wurden von ukrainischen Kräften schnell niedergeschlagen, erst die Entsendung russischer Söldner und die militärische Unterstützung seitens Moskaus ließ den Konflikt im Donbass eskalieren. [6] Putin selbst räumte 2015 in einer Dokumentation des russischen Fernsehens

ein, den Befehl zur Annexion der Krim gegeben zu haben. [7]

Nun könnte man einwenden, das sei in der damaligen Darstellung nur ein regionaler Konflikt gewesen, mit einer undurchsichtigen Lage, bei dem nicht absehbar war, welche Auswirkungen er sieben Jahre später auf die politische Weltordnung haben würde.

Das hätte so erscheinen können mit Blick auf die damalige Berichterstattung in unseren Medien. Anders stellt es sich dar, wenn die inzwischen leider zutreffenden Warnungen der Staaten Osteuropas und des Baltikums ernst genommen worden wären. Auch Fachjournalisten, Historiker und Analysten deutscher Osteuropainstitute hatten hinsichtlich der bedrohlichen politischen Entwicklungen in Russland gegenüber dessen Nachbarstaaten bereits seit Jahren ein beunruhigendes Bild gezeichnet.

»Ich glaube, man muss töten, töten und töten. Ich sage das als Professor.«

Alexander Dugin

Nach dem gescheiterten, aber blutigen Aufstand einiger Separatisten in Odessa im Mai 2014 rief der ultranationalistische Alexander Dugin mit der oben zitierten Parole zur Tötung von Ukrainern auf. Über 10.000 Unterzeichner forderten daraufhin in einer Petition erfolgreich die Entlassung Dugins als Professor der Staatlichen Moskauer Universität, auch weil er schon damals einen Einmarsch russischer Truppen in die Ostukraine forderte, was einer Zerschlagung der Ukraine zugunsten Russlands gleichgekommen wäre – in seiner Diktion seit Langem: *Noworossija – Neurussland*. [8]

In einem zeitnahen Spiegel-Interview versuchte er, seinen allgemeinen Aufruf zum Mord auf die angeblich Verantwortlichen in Kiew zu relativieren. Mag man Dugin im Westen als exzentrischen Spinner abgetan haben, aber in diesem Interview zeigten sich viele von Putin schon damals instrumentalisierte Parameter des heutigen Konflikts zwischen Russland und seinem eigentlichen Gegner, dem Westen: Jeder „Westler“ sei ein kultureller Rassist, der anderen [Russland] seine Werte aufzwingen wolle:

„Alles, was einer vollständigen Entfaltung der Orthodoxie entgegensteht, behindert die Entfaltung des russischen Volkes sowie dessen Wohlergehen; es verletzt die Seele Russlands, es zerstört seine moralische, gesellschaftliche, politische Gesundheit. ... Es gibt keine universellen Werte. Die dafür gehalten werden, sind eine Projektion westlicher Werte.“

Universelle (westliche) Werte und Menschenrechte diffamierte Dugin als westliche Kolonisation im Rest der Welt und wusste sich im Gleichklang mit

anderen autoritären Strömungen, vor allem im fundamentalistisch-islamistischen Kulturraum, in China oder der Türkei. [9]

Dugins Einfluss auf die Politik des Kreml wurde seinerzeit noch kontrovers diskutiert: *„Trotz allem berechtigten Alarmismus: Der Westen sollte sich nicht von Dugins Thesen dazu verleiten lassen, die russische Außenpolitik ausschließlich in Worst-Case-Szenarien zu antizipieren.“* [10] Doch hätte sein 1997 erschienenes Buch *Die Grundlagen der Geopolitik* alarmieren müssen. Das radikale Werk negierte die Souveränität und Existenz der Ukraine und gehört bis heute zur ideologischen Ausbildung russischer Generalstabsoffiziere. Obwohl im Spiegel-Interview erwähnt, war es dort kein Gegenstand der Diskussion. Das Interview fand sich in der Rubrik Kultur, nicht etwa Politik – wollte man es verstecken?

»Krieg! Wir gegen Euch! Bis zur völligen Vernichtung!«

Wladimir Schirinowski

Nach der „romantischen Periode“ der Moskauer Außenpolitik gegenüber dem Westen um 1990 traten bereits seit Beginn der Regierungszeit Boris Jelzins in den frühen 1990er-Jahren zunehmend inkohärente, traditionelle Denkmuster zutage, die in diffusen Großmachtbestrebungen zwischen dem ehemaligen zaristischen Großreich und dem sowjetischen Imperium angesiedelt waren. Mochte man dies damals noch den Wechselhaftigkeiten des innenpolitischen Klimas in Russland zuschreiben, so wurde bereits 1993 in den Grundlagen der Militärdoktrin der Russischen Föderation die Vormachtstellung Russlands im postsowjetischen Raum postuliert. [11]

Mit Putin betrat ein Politiker die Bühne, der diese außenpolitischen Strömungen mit seiner Innenpolitik in Deckung brachte und dem mit den sprudelnden Einnahmen aus dem Verkauf der fossilen Brennstoffe die finanziellen Mittel dazu zur Verfügung standen.

Spätestens seit den frühen Jahren Putins gab es warnende Stimmen und Analysen, die zunehmend lauter und alarmierender wurden. So untersuchte Andreas Umland 2004 in *Kulturhegemoniale Strategien der russischen extremen Rechten* die Ideologien Dugins. [12] Mit seinen Wurzeln im europäischen Rechtsradikalismus entwarf Dugin einen Kulturraum vom Ural bis zum Atlantik unter der Hegemonie Russlands, den *Neoeurasianismus*. Hinzu kamen ab Mitte der 1990er Jahre revanchistische imperiale Vorstellungen, die mit ihren martialischen „Endkampf“-Fantasien den liberalen Erzfeind im Westen fixierten. Der *„Rachefeldzug gegen die Sieger des Kalten Krieges“* [13] ist inzwischen als aggressive, populistische Propaganda fester Bestandteil des russischen Staatsfernsehens.

Die Auftritte des demagogischen Scharfmachers Wladimir Schirinowski standen den apokalyptischen Vernichtungsvisionen Dugins in nichts nach. In seinen Auftritten forderte er unverhohlen den atomaren Präventivschlag gegen die NATO und die Rückholung der ehemaligen sowjetischen Teilrepubliken. Der damalige Focus-Mitarbeiter Boris Reitschuster hat dies in einem Video dokumentiert und übersetzt. [14]

»Die Vergangenheit steht uns noch bevor.«

Russisches Sprichwort

Weite Teile der ehemaligen sowjetischen Elite wie auch Putin waren zwar nicht unbedingt Anhänger Dugins eurasischer Ideologie, aber sie ersehnten eine restaurative Auferstehung und Wiederherstellung des vergangenen russischen und/oder sozialistischen Imperiums in den Grenzen des alten Zaren- oder auch Sowjetreiches unter der hegemonialen Führung Moskaus. In der historischen (Re-) Vision Putins war das eine Fortschreibung des alten Großrusslands, das „wenigstens teilweise die historische und territoriale Kontinuität der sog. Russischen Föderation mit der UdSSR und dem Zarenreich wiederherstellen“ [15] würde. Da dieses Projekt mindestens Einfluss auf oder sogar Kontrolle über die Regionen an den Grenzen Russlands implizierte, hätte man bereits lange vor der Krim-Krise von einer expansionistisch-imperialistischen Politik Putins sprechen müssen.

Ungeachtet der „Unterschiede in der Entstehung und im Gehalt der Ideologien Putins und Dugins sind der nationalistische Präsident und der faschistische Theoretiker in der praktischen Politik zumindest zeitweise taktische Verbündete. In kurz- wie in mittelfristiger Perspektive verlaufen ihre Wege parallel, da der erste Schritt zu einem neuen Imperium im Duginschen Sinne identisch mit der von Putin ersehnten Wiederauferstehung des alten wäre.“ Andreas Umland, 2014 [15]

»Beschäft'ge stets die schwindlichten Gemüter Mit fremdem Zwist.«

Heinrich IV, William Shakespeare

Bereits im Umfeld des Georgienkrieges 2008 konstatierte Dr. Paul Schulmeister:

„Die Annahme, Russland und die EU seien durch eine auf gemeinsamen Werten und Interessen gegründete „Strategische Partnerschaft“ treulich verbunden, hat sich als Trugbild entpuppt. Moskau ist die Wiederherstellung seiner Machtsphäre wichtiger“, und „Russland ist stark in seiner Meisterschaft, Divergenzen in der EU auszunützen, stark in seinem

psychologischen Einschüchterungsspiel ...“ Auch wies er die Propaganda der „moskowitzische[n] Einkreisungsthese“ zurück, warnte vor den „Illusionen der Russland-Versteher“, den revanchistischen Vorstellungen des Kremls und der zunehmend autoritären Regierungsform in Moskau. Sein Aufruf an die EU nach einem konsequenten Verhalten gegenüber Moskau mit Prinzipientreue und langem Atem fand wenig Gehör. [16]

Weitsichtig auch die Warnung des damaligen französischen Außenministers Bernard Kouchner 2010: „Nachdem Moskau die Unabhängigkeit der abtrünnigen georgischen Gebiete Südossetien und Abchasien erklärt habe, könne es „andere Ziele“ geben ... insbesondere die Krim, die Ukraine und Moldawien.“ [17]

In *Der Weg in die Unfreiheit: Russland – Europa – Amerika* von 2018 fasste Professor Timothy Snyder, Historiker an der Universität Yale, frühere Publikationen zusammen, in welchen er die Entstehung und Systematik von Autokratien und Diktaturen sowie die davon ausgehende Bedrohung für demokratische und liberale Ordnungen analysierte. Im Kapitel *Individualismus* oder *Totalitarismus* von 2011 zeichnet Snyder die faschistischen Tendenzen der Putinschen Autokratie sowie deren ideologische Untermauerung durch die Thesen des russischen Philosophen Iwan Iljin (1883-1954), einem Bewunderer des deutschen und italienischen Faschismus. Iljins religiös-philosophisch fundiertes Staatskonzept postuliert einen „erlösenden ... russischen Patrioten, ... der allein steht und handelt, denn er kennt die politische Zukunft und weiß, was getan werden muss.“ Nach Iljin habe „das national gesinnte Russland Feinde“. Die mit Mängeln behaftete Welt müsse in Opposition zu Russland stehen, weil Russland die einzige Quelle göttlicher Totalität sei. Der Erlöser habe die Pflicht, Kriege zu führen und das Recht zu bestimmen, gegen wen auch immer.

Damit rechtfertigen Iljins Ideen die vertikale Machtstruktur in Putins Russland und die krasse Ungleichheit im Lande. Der Gegenstand der Politik wurde verschoben von Reformen zu einer mystischen Unschuldsschwörung, gepaart mit einem diffusen Überlegenheitsgefühl, das aus einer quasi paranoiden Opferrolle heraus jede Handlung rechtfertigte.

Folglich wurde der Westen zur ständigen Quelle spiritueller Bedrohung erklärt. Die Vorstellung, Europa und Amerika seien auf ewig Russlands Feinde, weil sie ihm seine unverdorbene Kultur neideten, war reine Fiktion, doch sie schuf reale Politik: das Konstrukt permanenter äußerer Bedrohung zur Legitimierung der eigenen Macht und den Versuch, im Ausland die Errungenschaften zu zerstören, die Russlands Führung im eigenen Land nicht zustande brachte. [18] [19]

Zur Festigung der eigenen Macht verfolgte Putin lange vor der Krim-Krise eine Politik gegen den Westen, vor allem gegen die Präsenz der USA in Europa. Zusätzlich sollte ein Aufbau privilegierter bilateraler Beziehungen zu großen Staaten der EU

die Union als gemeinsamen Verbund dividieren und schwächen, so Jonas Grätz, ETH Zürich 2014 in der NZZ. [20]

Die Propaganda des Kremls war bereits 2014 derart wirksam, dass Ukrainer bei ihren russischen Verwandten und Freunden gegen eine Mauer aus Vorurteilen liefen. [21]

»In Gefahr und grosser Noth Bringt der Mittel-Weg den Tod.«

Friedrich von Logau (1605 – 1655)

Spätestens 2014 waren alle Rezeptionen Putins offensichtlich:

- Die frühe Entwicklung der Regierung hin zu einer aggressiven Autokratie mit faschistischen Tendenzen, spätestens ab 2012 mit seiner Rückkehr ins Präsidentenamt;
- Abkommen nicht einzuhalten und sich über internationales Recht hinwegzusetzen;
- die zunehmende Militarisierung unter Ausnutzung eines postsowjetischen Traumas in weiten Teilen der russischen Gesellschaft und der politischen Eliten;
- die stereotype Beschworung einer Bedrohung von Außen in Kombination mit militärischer Gewalt zur Legitimation der eigenen Macht – unter der Zielsetzung eines restaurativen Imperialismus.

So zwang der Druck Moskaus den damaligen ukrainischen Präsidenten Janukowitsch im Spätsommer 2013 zur Absage eines schon ausgehandelten Assoziationsabkommens und einer Freihandelszone mit der EU, da die Anbindung der Ukraine an den Westen die systematischen Einflussmöglichkeiten Russlands gefährdet hätte. Die folgenden Maidan-Proteste und der vom Kreml hochstilisierte „neofaschistische (...) Putsch“ in Kiew führten direkt zum militärischen Eingreifen Putins in der Ukraine. [22]

Hinzu kam außenpolitisch die Einflussnahme auf den Westen, mit der Propagierung der Opferrolle Russlands und des Verrats seiner angeblichen Sicherheitsinteressen. Putins Stilisierung zum Vorkämpfer gegen den westlichen Kolonialismus verfiel in den dafür empfänglichen Kreisen genauso wie seine Drohgebärden, vor denen nicht wenige in Deckung gingen. So konnte Putin davon ausgehen, dass die Konsequenzen für sein Handeln seitens der USA und der EU genauso matt ausfallen würden wie bei seinen gebrochenen Zusagen zum Georgien-Konflikt 2008.

Überrascht dürften informierte Kreise nicht gewesen sein. Hatte Professor Ulrich Schmid, Hochschule St. Gallen doch 2015 formuliert, „dass sich die politische Kultur Russlands im Jahr 2014 nicht grundlegend geändert, sondern [nur] radikalisiert hat.“ [23]

Wäre der Krieg 2022 vermeidbar gewesen?

Als Garanten des Budapest Memorandums neben Russland befanden sich die USA und das Vereinigte Königreich 2014 in einem Dilemma. Ein militärisches Eingreifen zur Wahrung der ukrainischen Souveränität kam schwerlich infrage, da Moskau dies als Angriff seitens der NATO hätte werten können. Hinzu kam die schwache, divergente politische und militärische Präsenz der europäischen Staaten gegenüber Moskau.

So resümierte der Politikwissenschaftler Jörg Himmelreich bereits im März 2014 noch vor dem Referendum auf der Krim in der NZZ, *Die Handlungs-ohnmacht des Westens*, sehr weitsichtig:

„Putin kann darauf vertrauen, dass die EU und die USA eher früher als später die russische Militärintervention akzeptieren werden. Nach den ersten Wellen öffentlicher Empörung führt alsbald der Chor der westlichen sogenannten Russland-Versteher die bekannten Beschwichtigungsrituale auf. Die Diplomatie wird davor warnen, Gesprächskanäle mit Russland zu verschließen. Die europäische Wirtschaft wird darauf drängen, die Geschäftsbeziehungen mit Russland nicht unnötig zu belasten. Und mancher Intellektuelle wird bald der russischen Propagandaversion aufsitzen und verstehen, dass Russland sein historisches und kulturelles Erbe vor dem Zugriff faschistischer Gruppen sichern musste. Schließlich will die eigene Handlungs-ohnmacht schnell versteckt werden.“ [24]

Bezeichnend die Meldung auf ZEIT ONLINE vom 12. Mai 2014:

„Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) reist am Dienstag in die Ukraine. Zuvor warnte er vor einer Aufspaltung des Landes: „Wenn wir jetzt anfangen, Grenzen zu korrigieren in diesem Nachkriegseuropa, das wird kein Ende nehmen.“ Harte Wirtschaftssanktionen gegen Russland hätten schwerwiegende Folgen. „Ein Wirtschaftskrieg würde vor allem den Westen treffen“, sagte Steinmeier. Es müsse verhindert werden, dass sich die Eskalationsspirale von Woche zu Woche nach oben drehe.“ [25]

Folglich waren die Sanktionen bewusst schwach, europäische Firmen machten in und mit Russland weiterhin lukrative Geschäfte, sogar russische Militärtechnik wurde mit Hochtechnologie aus Frankreich ausgestattet, noch jahrelang trotz Embargo. [26]

So konnte der Kreml seine Kriegskasse auffüllen – für den nächsten Coup – *business as usual*.

Auch die Destabilisierung der Ukraine konnte Putin fortsetzen und damit eine Annäherung an die EU und die NATO erfolgreich verhindern – die wohl einzige Möglichkeit zur Verhinderung einer militärischen Invasion.

Allerdings stellte die innenpolitische Weiterentwicklung der Ukraine mit ihrem Ausbau eines demokratischen Systems nach westlichem Vorbild die Machtvertikale des russischen Autoritarismus wie auch Putin selbst existenziell in Frage. Ökonomisch lag das russische Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in 2021 wieder auf dem Niveau von 2008, mit wenig Aussicht auf Steigerung. Beim Wirtschaftswachstum waren die Prognosen noch schlechter. Zusätzlich drohte der Export fossiler Energien in die EU, eine Haupteinnahmequelle des russischen Haushaltes, mit der aufkommenden Energiewende langfristig wegzubrechen und als Druckmittel an Wirksamkeit zu verlieren. [27]

Am Vorabend der Invasion 2022 präsentierte sich die Lage in einer für Putin scheinbar günstigen Kon-
dition: Die Wirtschaft der EU war wegen Corona noch nicht stabil, eine von rechten Kräften beeinflusste Querdenker-Szene beschäftigte das Land als politischer Störfaktor, in Berlin saß eine neue Regierungskoalition erst kurz im Sattel, Frankreich stand vor Wahlen mit ungewissem Ausgang, das Vereinigte Königreich befand sich nach dem Brexit in der Abnabelung von der EU, ein nach dem unschönen Abzug aus Afghanistan scheinbar schwacher Präsident in den USA zog die Aufmerksamkeit auf sich und die NATO schien, nach Aussage von Macron, *hirntot*. Und *last but not least* war der ehemalige KGB-Mann bezüglich Kiew das Opfer seiner eigenen Ideologie. Er mag vielleicht gedacht haben: Wenn nicht jetzt, wann dann?

Die Rolle der Gewalt in der russischen Gesellschaft

Butscha – Yablunska-Straße

Nach dem Rückzug der Russen aus dem Raum Kiew Ende März 2022 wurden in Butscha und in weiteren Vororten der Hauptstadt auf Straßen und in Massengräbern zahlreiche Leichen entdeckt. Es handelte sich um Zivilisten und vermutliche Kriegsgefangene mit Schusswunden, teils mit gefesselten Händen, 458 tote Menschen allein in Butscha.

„Soldaten haben unbewaffnete Männer im wehrfähigen Alter befragt und exekutiert und sie haben Menschen getötet, die ihnen unabsichtlich in den Weg kamen – seien es Kinder, die mit ihren Familien flüchteten, Anwohner auf der Suche nach Lebensmitteln, oder Menschen, die einfach nur versuchten, auf ihren Fahrrädern nach Hause zu fahren“, so die New York Times. [28]

Datierte und geolokalisierbare Drohnenaufnahmen bewiesen, dass diese Toten während der Besatzung durch die russischen Armee bereits über Tage oder Wochen vor Ort lagen, was die Darstellung Russlands widerlegte, die Leichen wären erst nach dem russischen Abzug dort platziert worden.

Die ersten Vermutungen bezüglich der Täter spekulierten über Einheiten der *Gruppe-Wagner*, die bereits in Syrien Kriegsverbrechen verübt hatten, Angehörige der *Kadyrow-Miliz*, berüchtigt für ihre Brutalität oder Truppen des FSB (Inlandsgeheimdienst der Russischen Föderation). Doch die Wahrheit in diesem Fall ist nicht spektakulär, sie ist erschreckend banal und deshalb umso monströser.

In einer achtmonatigen Recherche der *New York Times* vor Ort, Auswertungen von Telefonaufzeichnungen, Dokumenten, Interviews und Videoaufnahmen konnte der Autor Yousur Al-Hlou mit seinen Kollegen die Morde einzelner Soldaten an Dutzenden von Ukrainer*innen in der Yablunska-Straße nachweisen, zuordnen und in einem Video dokumentieren. [29]

Hier waren keine brutalen Sondereinheiten am Werk, es waren Fallschirmjäger des 234. Garde-Luftsturmregiments, normale Berufssoldaten. Eine weitere Einheit, zeitgleich in Butscha stationiert und nachweislich an den Gräueltaten beteiligt, die 64. motorisierte Infanteriebrigade aus Burjatien wurde am 18. April von Putin für *„Heldentum und Tapferkeit, Entschlossenheit und Mut“* mit dem Ehrentitel einer Garde ausgezeichnet.

Was veranlasste Soldaten ohne eine offensichtliche Bedrohung oder die Ausnahmesituation von Kampfhandlungen über Wochen Menschen vorsätzlich zu töten, zu exekutieren und ihre Leichen wie Müll liegen zu lassen? Wie konnten die Täter danach mit den Handys der Opfer telefonieren, täglich an deren Leichen vorbei fahren, neben ihnen wohnen und leben? Wie konnten hochrangige Befehlshaber, die nachweisbar davon Kenntnis hatten, es sogar gesehen haben mussten, dies alles offensichtlich ignorieren?

Vielleicht resultierte dies aus einer Art von Frustration, da die Soldaten in einen Krieg kommandiert worden waren, auf den sie nicht vorbereitet waren und die Operationen nicht so liefen wie erwartet – was keine Entschuldigung ist. Wahrscheinlicher war dies wohl eher Ausdruck und Resultat einer in Russland traditionell institutionalisierten Gewalt: als soziale Praxis innerhalb der Armee, als Verhalten eines totalitären Staates gegenüber dem eigenen Volk und Gewalt durch Missbrauch der Sprache.

Die Armee – eine Schule der Sklaven.

„Jede Armee spiegelt die Quintessenz der Gesellschaftsordnung wider. Die russische Armee spielt eine wichtige soziale Rolle im Land, sie ist eine Anlaufstelle für die Éducation sentimentale. Und die russische Armee war und bleibt eine Schule der Sklaven.“, so Michail Schischkin in der NZZ.

Es ist hier vor allem die tradierte Rekrutenschinderei der *Dedowschtschina*, des *Großvaterprinzips*. Sie prügelt neuen Soldaten von Anfang an ihre

Menschenwürde aus, erniedrigt und bricht sie. Da die soziale Stellung eines Soldaten in der russischen Armee von der abgedienten Zeit abhängt, haben ältere und ranghöhere Jahrgänge praktisch unbeschränkte Macht über die Rekruten, die sie auch ausüben und ausnutzen.

Dies reicht von physischer Misshandlung, sexuellem Missbrauch über Raub und Erpressung bis hin zu psychischer Quälerei, was die Opfer für ihr Leben zeichnet und nicht selten in den Selbstmord treibt. Das alles unter den Augen der Vorgesetzten, die oft daran beteiligt sind und Exzesse dieser Hackordnung nach oben vertuschen. Wenn sie dennoch publik werden, bezeichnet der Kreml solche „Zwischenfälle“ stets als „Privatsache eines Einzelnen“. [30]

„Die meisten russischen Männer absolvieren diese Sklavenausbildung und tragen die erworbenen Fähigkeiten und Fertigkeiten in jede Familie. Die Brutalität in Alltagskonflikten in meinem Land ist erschreckend. Toleranz ist so gut wie unbekannt.“ [31]

Gewalttätige Dominanz des Starken über Schwächere betrifft ebenso den Strafvollzug in Russland, in dem die Straflager kasernenähnlich organisiert sind und die Disziplinierung Kriminellen überlassen wird. Da fast 95 Prozent der Anklagen in Russlands repressiver Justiz in einer Verurteilung münden, haben wir einen gegenüber westlichen Ländern überproportional hohen Anteil von Männern, die mit diesen Erfahrungen kriminell sozialisiert werden. Dazu kommt auch der deutlich größere Anteil ehemaliger oder aktueller Straftäter in den ärmeren Regionen des Landes, die wiederum die meisten Soldaten stellen. Dieser Verhaltenskodex „sickert [dann] zurück in die Mehrheitsgesellschaft und prägt deren Einstellungen und Normen.“ [32]

Plötzlich hat ein Soldat, dem Armee und Gesellschaft Rücksicht, Empathie und moralische Hemmschwellen ausgetrieben haben, mit seiner Waffe Macht über Leben und Tod, ohne Konsequenzen fürchten zu müssen.

»... wir haben nicht einmal eine Gegenwart.«

Der sozioökonomische Hintergrund zeigt sich in der starken geografischen und ethnischen Asymmetrie bei den russischen Kriegsoffizieren in der Ukraine:

Die russische Medienforschungsstelle *Mediazona* hat Ende April 2022 die Daten der damals offiziell mit nur 1.744 angegebenen in der Ukraine Gefallenen zusammengefasst und fand dabei eine klare negative Korrelation zwischen einem mittleren Einkommen in der jeweiligen Herkunftsregion und der Anzahl der Opfer. Es sind überwiegend die Armen, die Minderprivilegierten, die kämpfen und sterben (müssen).

Die zwei überdurchschnittlich am stärksten betroffenen Regionen sind Dagestan und Burjatien. Beides sind arme ethnische Regionen, eine im islamischen kaukasischen Süden und eine im tief asiatischen Osten Russlands. Hingegen stammen aus den Großstädten Moskau und St. Petersburg fast keine Toten, obwohl sie rund zwölf Prozent der russischen Bevölkerung ausmachen. [33]

Das gleiche Bild zeichnet sich auch bei der sogenannten Teilmobilisierung seit September 2022 ab. Letztlich sind es stets Russlands ethnische Minderheiten im Süden und Osten des Landes sowie ärmere Bevölkerungsgruppen, die in überproportionaler Zahl unter den in der Ukraine gefallenen Soldaten der russländischen Armee zu finden sind. Dies entspricht auch den regionalen Mustern der Rekrutierung. Zur Verschleierung der tatsächlichen regionalen Todeszahlen geht die Führung mithilfe des FSB hart gegen lokale Medien sowie kritische Journalistinnen und Journalisten vor. [34]

In diesen abgehängten Regionen des „antimodernen und prämodernen“ Russlands [35] außerhalb des Einzugsbereiches der wenigen Millionenstädte mit ihrer rudimentären, vernachlässigten Infrastruktur, dem Fehlen von Arbeitsplätzen und den massiven Defiziten in der Gesundheitsversorgung und im Bildungswesen ist es nicht verwunderlich, dass die meisten mangels besserer ökonomischer Optionen freiwillig bei der Armee oder Wagner anheuern:

»... so gewinnt der Kaiser mehr Soldaten.«

Wallenstein, Friedrich Schiller

Der niedrige Standard in Russlands Ökonomie erklärt sich nicht nur daraus, dass es für den Staat oder die Oligarchie wenig gewinnbringend erscheint, die Erträge aus dem lukrativen Rohstoffhandel im eigenen Land zur reinvestieren.

Das reale Sinken des Lebensstandards ist auch einem Wertewandel seit 2014 geschuldet:

„Er impliziert, dass die Gesellschaft sogar eine schlechter werdende ökonomische Situation zu tolerieren hat: Statt materielle Güter bereitzustellen, versorgt die Elite die Bürger mit immateriellen Gütern, nämlich Prestige und einem würdigen Platz in der Geschichte.“ [36]

So wetterte eine Frau vor einem Rekrutierungsbüro in Dagestan: „... weil dieser Krieg unsere Zukunft ist? Welche Zukunft, wir haben nicht einmal eine Gegenwart!“ [37]

»Die Schläger haben Carte blanche.«

Doch nicht nur das Vorenthalten wirtschaftlicher Teilhabe ist Ausdruck der umfassenden Gewalt des Staates gegen die eigene Bevölkerung, er verhindert Gewalt nicht einmal innerhalb des privatesten Bereichs der Gesellschaft, der Familie.

2017 wurde in Russland der bisherige Straftatbestand *Prügel in der Familie* zu einer Ordnungswidrigkeit herabgestuft, vorher gab es dafür eine Haftstrafe bis zu zwei Jahren.

Laut dem russischen Innenministerium sind in drei von vier Fällen häuslicher Gewalt Frauen die Opfer. In mehr als 90 Prozent aller Fälle sind die Ehemänner die Täter. Geschätzt wird, dass alle 40 Minuten in Russland eine Frau an den Folgen häuslicher Gewalt stirbt. Hochgerechnet auf ein Jahr sind das 14.000 Frauen. Diese Zahlen stehen in keinem Verhältnis zu entsprechenden Vorfällen in westlichen Ländern.

Das neue Gesetz schützt häusliche Gewalt vor Strafverfolgung, denn *„in traditionellen russischen Familien beruht die Beziehung zwischen Kinder und Eltern auf Autorität und Macht“*, so die Abgeordnete Yelena Mizulina, Initiatorin des Gesetzesvorhabens. Noch weiter ging die russischorthodoxe Kirche und bezeichnete *„Gewalt gegen Kinder durch ihre Eltern als ein durch Gott verliehenes Recht.“* [38]

Um den Gesetzentwurf zur Entkriminalisierung von häuslicher Gewalt zu rechtfertigen, wurden in der Staatsduma Umfrageergebnisse angeführt, nach denen der Großteil der russischen Bevölkerung diese Formulierung unterstützen würde und der Ansicht sei, durch die Entkriminalisierung von häuslicher Gewalt würde die Regierung dazu beitragen, die Familien zu stärken. Wobei es ein Rätsel bleibt, wie die Entkriminalisierung häuslicher Gewalt zu einer Stärkung von Familien und zur Abnahme von häuslicher Gewalt führen soll. [39]

Das Gesetz legalisiert damit Formen von Gewalt, bei denen kein ernsthafter medizinischer Schaden auftritt und entkriminalisiert moderate Schläger. Solange die Tat zynisch als Prügel gewertet wird und nicht als Körperverletzung, ist nur ein Bußgeld fällig, wie beim Falschparken.

Aber das Hinwegsehen über Gewalt, die Entschuldigung der Täter erzeugt nicht weniger, sondern nur noch mehr Aggression.

Für Julia Gorbunowa, Russland Repräsentantin der US-Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch*, ist die widerwillige Auseinandersetzung der Behörden mit dem Problem häuslicher Gewalt politisch begründet: *„Der Staat will ein Bild der russischen Familie propagieren, die ‚stark‘ ist, weil sie ‚traditionelle‘ Werte hochhält.“* [40]

Auf die Frage nach einer Verbindung zwischen der Gewalt innerhalb der Familie und dem Krieg in der Ukraine zog die russische Frauenrechtlerin und

Politikerin Aljona Popowa in dem Interview *»Die Schläger haben Carte blanche«* in der FAZ vom 6. Januar 2023 ihr Fazit noch weiter:

„... Unsere Staatsmacht verhält sich wie ein Schläger in seiner Familie. Dieser kollektive Schläger hält das ganze Land für sein Haus, in dem er die Macht hat, über alle zu verfügen. ... Der kollektive Schläger sieht die Ukraine als Familie an, spricht von Brudervolk, hat entschieden, dass er machen kann, was er will, ohne zu fragen.“

Gewalt ist die Klammer des Systems. Das zeigt sich daran, dass unsere Staatsmacht kein Gesetz erlässt, das die Rechte von Opfern häuslicher Gewalt schützt. Denn anzuerkennen, dass häusliche Gewalt schlecht ist, würde bedeuten, zuzugeben, dass andere Arten der Gewalt auch schlecht sind.“ [41]

»Ob es Dir gefällt oder nicht, meine Schöne, du musst es erdulden.«

Gewalt beginnt nicht erst mit dem Angriff, vorbereitet wird sie durch Sprache. So zitierte Putin am 07.02.2022 in der Pressekonferenz mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron obigen derben Vers aus der obszönen russischen Folklore, um die Ukraine an die Verpflichtungen des Minsker Abkommens zu erinnern. Dieser Zweizeiler ist beileibe nicht witzig, geht es hier doch um eine machistische Vergewaltigungsfantasie, die nicht einmal vom Tod des Lustobjektes gebremst wird. [42]

Putins Redewendung war keine Entgleisung, dezent in seiner Wortwahl war er noch nie. 1999, zu Beginn des Zweiten Tschetschenienkrieges, verkündet er im Fernsehen: *„... zur Not machen wir sie auf dem Klo kalt.“* Weiter 2006: *„Man muss ... sie [die Terroristen] wie Ratten vernichten.“* Solche maskulin vulgär kalkulierten Sätze ließen Putins Beliebtheit damals in der Bevölkerung ansteigen und trugen nicht unmaßgeblich 2000 zu seiner Wahl als Staatspräsident bei. [43]

Selbst die Sprache der Diplomaten passte sich der Diktion ihres Chefs an: *„... Schau mich gefälligst an! ... Was fällt dir ein, einfach wegzuschauen! ...“*, so der russische stellvertretende UN-Botschafter Wladimir Safronkow an seinen britischen Kollegen Matthew Rycroft, am 12. April 2017. Der rüde Ton war nicht nur eine Verbalattacke, die beim heimischen Publikum Eindruck machen sollte – Russland hatte es ihnen mal so richtig gezeigt. Die gewalttätige Sprache von oben nach unten zerstört nicht nur jede Brücke des Dialogs, sondern verweigert ihn schlichtweg. [44]

Ausblick

Ein als schwach erscheinendes Land mit der Vision einer selbstbestimmten, unabhängigen Zukunft widersteht einem scheinbar übermächtigen

Nachbarn, allem Terror zum Trotz. Wenn der Westen schon nicht den ersten Überfall auf die Ukraine 2014 mit dem Raub der Krim verhindert hatte, hätte er seitdem mit aller Kraft versuchen müssen, die vorhersehbare, verbrecherische Invasion Russlands in der Ukraine 2022 zu unterbinden.

Denn in der Ukraine führt Putin keinen regionalen Krieg um seine angeblichen Sicherheitsinteressen, „sondern einen Krieg um eine neue Weltordnung.“ [45] Letztlich hat er uns, den Westen im Blick, wenn er sein System der Gewalt ganz auf Europa ausdehnen will, ein System, in dem nur „noch der Stärkste recht hat.“ [46] In unseren Gesellschaften hätte man seit Jahren deutlich kommunizieren müssen, dass in Moskau ein Autokrat herrscht, der alles unternimmt, um das regelbasierte Ordnungssystem der westlichen Demokratien zu zerstören, das Europa seit 1945 eine Periode ohne Krieg garantiert hat.

Unser Kardinalfehler lag darin, nur zu sehen, was wir sehen wollten. Gier ist nicht umsonst eine der sieben Todsünden und Angst ein schlechter Ratgeber, vor allem, wenn der Aggressor im Kreml mit dem Instrumentarium des Terrors geschickt zu manipulieren weiß.

Der kurzfristige Profit, mit dem Putin uns korrumpiert hat, kam nicht nur uns teuer zu stehen. Blicken wir nur auf die Kosten, die die westliche Welt jetzt aufbringt, um die Frauen und Männer der Ukraine in der Verteidigung ihres Landes zu unterstützen, dann hätte seit 2014 ein Bruchteil ausgereicht, die Ukraine so abwehrbereit auszustatten, dass Moskau sich den Angriff mehr als einmal überlegt hätte. Vom langfristigen Wiederaufbau ganz zu schweigen. Davon abgesehen kann niemand das menschliche Leid dieses Kriegsjahres erfassen.

Das Bewusstsein der akuten Bedrohung unserer freiheitlichen Werteordnung hat die Staaten Europas entschlossener und schneller vereinigt, als es vorher möglich schien.

Jetzt sind wir alle aufgefordert, die Demokratie entschieden zu leben und zu verteidigen. Nur funktionierende Demokratien können den Spaltungsversuchen durch Rechtspopulisten entgegenwirken. Individualität, Toleranz und Pluralität sind Kräfte, die uns nicht schwächen, sondern stärken. Wenn unsere Gesellschaften erkennen, worin die grundlegenden Werte liegen, sind sie gegenüber Bedrohungen resilienter, als unsere Politiker es sich vorstellen können.

Literatur

[1] <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2015/12/syria-russias-shameful-failure-to-acknowledge-civilian-killings/>, <https://www.theguardian.com/world/2016/feb/18/msf-will-not-share-syria-gps-locations-after-deliberate-attacks>

[2] https://www.giordano-bruno-stiftung.de/sites/gbs/files/bruno2022_autoritaere-bedrohung.pdf - S.48

[3] <https://www.nzz.ch/international/wir-haben-sie-zur-abstimmung-getrieben-ld.732921>

[4] <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/russlands-nazi-narrativ-die-hintergruende-faktenfuchs,T4xx7YX>

[5] <https://zavtra.ru/blogs/kto-tyi-strelok>

[6] <https://www.sueddeutsche.de/politik/russischer-geheimdienstler-zur-ostukraine-den-ausloeser-zum-krieg-habe-ich-gedrueckt-1.2231494>

[7] <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/putin-wir-muessen-die-krim-zurueck-zu-russland-zu-holen-13471719.html>

[8] <https://www.welt.de/politik/ausland/article130011929/Putins-Vordenker-ein-rechtsradikaler-Guru.html>

[9] <https://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/128101577>

[10] <https://www.zeit.de/2014/35/putin-weltanschauung-alexander-dugin>

[11] https://css.ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/gess/cis/center-for-securities-studies/pdfs/ZB_43.pdf, Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 43, 1997, Andreas Wenger und Jeronim Perovic, Russland und die Osterweiterung der Nato – Herausforderung für die russische Aussen- und Sicherheitspolitik, S. 12, S. 20 ff.

[12] https://webapp.uibk.ac.at/ojs2/index.php/OEZP_TEST/article/view/865/567

[13] <https://diekolumnisten.de/2022/04/02/putins-ideengeber/>

[14] https://youtu.be/_YKuO_vQsNQ

[15] https://www.kritiknetz.de/images/stories/texte/Umland_Dugin_Putin.pdf, Umland, Andreas (2014): Das eurasische Reich Dugins und Putins – Ähnlichkeiten und Unterschiede, in: Kritiknetz – Zeitschrift für Kritische Theorie der Gesellschaft, S. 5

[16] <https://www.diepresse.com/412312/die-illusionen-der-russland-versteher>

[17] <https://www.sz.de/1.690220>

[18] Timothy Snyder, Der Weg in die Unfreiheit: Russland – Europa – Amerika, 2018

[19] <https://www.eurozine.com/gott-ist-russe/>

[20] <https://www.nzz.ch/auf-konfrontationskurs-ld.648116>

- [21] <https://zeitschrift-osteuropa.de/site/assets/files/3446/oe140902.pdf>, Anna Veronika Wendland, Hilfflos im Dunkeln, „Experten“ in der Ukraine-Krise: eine Polemik, OSTEUROPA, 64. Jg., 9–10/2014, S. 13-33, S. 19
- [22] <https://www.zeit.de/politik/ausland/2015-01/ukraine-konflikt-maidan-viktor-janukowitsch>
- [23] https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2017S05_stw.pdf, Susan Stewart, Grundeinstellungen der russischen politischen Elite – Recht, Wahrheit, Gemeinwohl und Gewalt, SWP-Studie Stiftung Wissenschaft und Politik Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, März 2017, S. 35, 132
- [24] <https://www.nzz.ch/meinung/debatte/die-handlungssohnmacht-des-westens-ld.637986>
- [25] <https://www.zeit.de/politik/ausland/2014-05/ukraine-russland-live-blog-mai-12>
- [26] <https://www.welt.de/politik/ausland/plus/237554219/Ukraine-Krieg-Franzoesisches-Hightech-hilft-Putin-beim-Krieg-gegen-die-Ukraine.html>
- [27] <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/19415/umfrage/bruttoinlandsprodukt-pro-kopf-in-russland/>
- [28] <https://www.nytimes.com/2022/12/22/video/russia-ukraine-bucha-massacre-takeaways.html>
- [29] Video allein abrufbar: <https://www.youtube.com/watch?v=lrGZ66uKcl0>
- [30] <https://www.augsburger-allgemeine.de/politik/moskau-in-sprache-und-tat-gewalt-ist-in-der-russischen-gesellschaft-verankert-id63217701.html>
- [31] <https://www.nzz.ch/feuilleton/ukraine-krieg-die-russischen-soldaten-kaempfen-ohne-moral-ld.1675803>
- [32] <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/verrohtes-russland-eine-gesellschaft-der-gewalt-18207507.html>
- [33] <https://www.militaeraktuell.at/wer-stirbt-eigentlich-fuer-putin-in-der-ukraine/>
- [34] https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2022A70_RusslandsRegionen.pdf
- [35] Die russische Wirtschaftsgeografin Natalja Subarewitsch in: <https://www.soziopolis.de/die-armee-einer-remilitarisierten-gesellschaft.html>, <https://www.dekoder.org/de/gnose/natalja-subarewitsch>
- [36] https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2017S05_stw.pdf, Susan Stewart, Grundeinstellungen der russischen politischen Elite (s. Oben), S. 24 ff, <https://www.diepresse.com/3854508/militaerische-macht-und-ihre-kosten>
- [37] ZDF – heute journal vom 22.09.2022 – Minute 8:10, <https://www.zdf.de/nachrichten/heute-journal/heute-journal-vom-22-september-2022-100.html>
- [38] <https://www.zeit.de/politik/ausland/2017-01/russland-haesusliche-gewalt-entkriminalisierung-parlament>
- [39] <https://www.boell.de/de/2017/02/08/russische-familienwerte-haesusliche-gewalt-wird-russland-bagatellisiert>
- [40] <https://www.rnd.de/panorama/hausliche-gewalt-in-russland-die-schattenseite-des-propagierten-familienidylls-UCX4TYP4SBBFHAUJEPURLHENSI.html>
- [41] <https://www.msn.com/de-de/nachrichten/welt/gewalt-in-russland-die-schläger-haben-carte-blanche/ar-AA162j4e?ocid=mailsignout&li=BBqgbZL>
- [42] <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/putin-zitiert-obszoeene-folklore-und-droht-der-ukraine-17795210.html>
- [43] <https://www.spiegel.de/politik/ausland/deutliche-worte-putin-will-terroristen-wie-ratten-vernichten-a-399608.html>
- [44] <https://www.bpb.de/themen/europa/russland-analysen/nr-398/327538/dekoder-schau-mich-gefaelligst-an/>
- [45] <https://www.zeit.de/politik/ausland/2023-02/manifest-frieden-kritik-wladimir-putin-ukraine-krieg-5vor8>
- [46] <https://www.zeit.de/politik/ausland/2023-02/ukraine-krieg-jahrestag-wladimir-putin-komplettansicht>

Alle Dateien zuletzt abgerufen am: 02.04.2023

Der Autor

Günter Ludwig, geb. 1953, Autor, Foto- und Grafikdesign. Studium an der Akademie der Bildenden Künste, München. Mitarbeiter am Museumspädagogischen Zentrum, München. Kunsterzieher am Gymnasium Schwabmünchen bis 2018. Schwerpunkt: Interdisziplinäre Bezüge zwischen Kunst, Musik, Literatur, Geschichte und Politik.

Aus der Redaktion

Die Zukunft unserer Zeitschrift

Stefan Padberg, André Bleicher

Wir leben in Zeiten, in denen Verhältnisse, die lange zu tragen schienen, sich zunehmend als brüchig erweisen. Der Angriffskrieg gegen die Ukraine und die Corona-Krise haben das gezeigt. Bereits die Finanzkrise in den Jahren 2007 bis 2009 hat eine Zäsur bedeutet. Die Konsensfähigkeit von Leitbildern wie Menschenrechte und Demokratie hat abgenommen und Gespenster der Vergangenheit regen sich. Die Demokratie war zwar vorher nicht vollendet, doch bedroht wie heute war sie lange nicht. Die Verarmung der Marginalisierten und begründete Abstiegsängste der Mittelschicht bieten Angriffspunkte für Demagogen. Ungerechte Eigentumsverhältnisse, Bodenspekulation und Mietsteigerungen treffen viele Menschen schwer. Junge Menschen vermissen Perspektiven, die ältere Generation fürchtet um ihre Einkommenssicherheit. Nationale Egoismen beschädigen oder zerstören friedliches Miteinander in weiten Teilen der Welt. Gleichzeitig kommt eine neue Art der Auseinandersetzung um die Anschauung des Menschen, seiner Möglichkeiten und Grenzen, auf. »Transhumanismus«, »Posthumanismus« und »Anthropozän« sind Stichworte dafür. Besonders Letzteres deutet darauf hin, dass das Schicksal der Erde vom Handeln der Menschen abhängig geworden ist. Wir sind es, die die ökologische Krisenlage verursacht haben und bewältigen müssen, die verpflichtet sind, die Klimakatastrophe abzuwenden und dazu auf erneuerbare Energien und nachhaltiges Wirtschaften umsteigen müssen sowie die Digitalisierung und Künstliche Intelligenz beherrschen sollten. Gleich, wie man das Verhältnis von Gefahren und Chancen dieser Entwicklungen einschätzt: Der Zeitdruck nimmt zu, die Notwendigkeit zu raschem gemeinsamem Handeln wächst. Ein »Weiter so« wird zur Unmöglichkeit, eine »Große Transformation« erscheint unvermeidlich.

Die Verquickung von politischen Machtambitionen, ökonomischen Profitinteressen und kulturellen Dominanzansprüchen, die so viele Konflikte und Kriege ausgelöst hat, zu überwinden und die sozialen Verhältnisse mithilfe einer funktionellen Gliederung des Sozialgefüges durch die Menschen gestaltbar zu machen, ist der Transformationsgedanke, dem

unsere Zeitschrift seit drei Jahrzehnten verpflichtet ist. Wir wollen sie auch in Zukunft als Organ anthroposophischer Sozialwissenschaft und -gestaltung fortführen, denn wir sind der Überzeugung, dass es dieser Stimme immer noch bedarf. Dabei verfolgen wir den Anspruch, Wissenschaftlichkeit und soziale/gesellschaftliche Intervention zu verbinden: Einerseits liegt der Fokus auf fundierten Beiträgen, die mit Quellennachweisen belegt sind; andererseits soll jeder Text auch den journalistischen Ansprüchen guter Lesbarkeit und Verständlichkeit genügen.

Dem steht entgegen, dass die finanzielle Basis der Zeitschrift in den letzten Jahren zunehmend brüchig geworden ist.

Das Kostenausgleichsverfahren

Seit der Entstehung der Initiative Netzwerk Dreigliederung finanzieren wir die Aktivitäten, zu denen im Wesentlichen die Zeitschrift und die Netzwerktreffen gehören, durch ein sogenanntes Kostenausgleichsverfahren. Auf diese Weise sind all jene, welche die Tätigkeit unserer Initiative finanziell mittragen wollen, immer wieder Mittel in einer Größenordnung zusammengekommen, die unsere Arbeit ermöglicht hat. Dafür sind wir allen Beteiligten außerordentlich dankbar.

Das Verfahren sei hier nochmals beschrieben: Im letzten Heft eines Jahres wird ein Jahresetat für das folgende Jahr veröffentlicht. Auf der Grundlage dieses Haushaltsplans kalkuliert jeder Teilnehmer, jede Teilnehmerin einen individuellen Beitrag zum Kostenausgleich. Der Jahresetat ist wie folgt gegliedert:

1. Zu erwartende Sachkosten für die Herstellung der Zeitschrift (wie Druckkosten, Versand usw.).
2. Alle sonstigen zu erwartenden Kosten, insbesondere die Kosten für Honorar- und Gehaltsanteile.

Aus den Sachkosten der Zeitschrift wurde jeweils der Einzelpreis der Zeitschrift ermittelt. Die Idee dabei ist, an den Sachkosten alle Leserinnen und Leser zu beteiligen, während die anderen Kosten von denen übernommen werden, die über den Bezug der Zeitschrift hinaus die Arbeit der Initiative mittragen wollen.

Der Richtsatz für den Bezug der Zeitschrift lag in den letzten Jahren bei 30 € pro Jahr, diesen entrichteten 433 zahlende Bezieher und Bezieherinnen. Für den sonstigen Kostenausgleich lag der Richtwert – für 275 Teilnehmende – bei 107 €.

Die aktuelle Situation

Nun sind im letzten Jahr die Einnahmen bei den Einzelbeziehern massiv eingebrochen. Es konnten lediglich 3.000 € für diese Position registriert werden. Damit lassen sich die Sachausgaben nicht

mehr finanzieren. Rein rechnerisch würde, legt man die Sachkosten zugrunde, das Einzelheft 40 € kosten müssen, dabei sind die gestiegenen Druckkosten noch gar nicht berücksichtigt.

Aber auch die Anzahl derjenigen, die sich am Kostenausgleich beteiligen, hat abgenommen. Statt der erwarteten Summe von 29.000 € wurden 23.000 € überwiesen. Positiv überrascht waren wir davon, dass fast alle, die sich letztes Jahr am Kostenbeitrag beteiligt haben, deutlich mehr als den Richtwert überwiesen haben. Wir sind wirklich sehr dankbar für diese außerordentliche Bereitschaft, dieses Projekt zu stützen.

Die Ursache für die Deckungslücke liegt in der zunehmenden Alterung der Leserschaft. So gingen viele Abbestellungen aus Altersgründen ein, nur wenige, die mit der inhaltlichen Ausrichtung der Zeitschrift nicht einverstanden sind.

Festzustellen ist allerdings, dass ein großer Anteil der Bezieher auf unseren Kostenbeitragsaufruf gar nicht reagiert hat, weder mit einer Überweisung noch mit einer Abbestellung, was Fragen aufwirft und für uns schwer einzuordnen ist.

Wir könnten natürlich den Nicht-Beitragenden die Zeitschrift nicht mehr zustellen und in vielen Fällen machen wir das auch. Das hat aber zwei Kehrseiten. Zum einen wollen wir die Zeitschrift ja verbreiten und senden sie deshalb auch an viele Einrichtungen. Hier die Lieferung einzustellen, ist der Verbreitung erstmal nicht förderlich. Zum anderen führt das Senken der Auflage nicht zu einer linearen Senkung der Kosten, denn die Druckkosten enthalten mit den Maschinen- und Einrichtungskosten einen Fixkostenanteil. Der effektivste Weg, um kurzfristig auf die fehlenden finanziellen Mittel zu reagieren, tatsächlich die Verringerung der Zahl der Ausgaben pro Jahr.

Das ist der Grund, weshalb Sie im Dezember 2022 keine Ausgabe der Zeitschrift in Ihrem Briefkasten gefunden haben. Deshalb konnte der Kostenbeitragsaufruf wie nicht wie gewohnt am Jahresende veröffentlicht werden.

Zeit für Neues

Zurückgehende Einnahmen und unklare Haltungen zur Zeitschrift werfen Probleme auf. Wir müssen umdenken, soviel ist klar. Die Finanzierung der Zeitschrift durch das Netzwerk – als Binnengesellschaft – funktioniert nicht mehr in ausreichendem Maße. Zugleich ist es schwierig, im Rahmen einer Netzwerkfinanzierung für einen Netzwerkbundbrief zusätzliche Geldgeber, wie Stiftungen, zu gewinnen. Das gelingt aus unserer Sicht am ehesten, wenn die Herausgeberschaft klar und der Leserkreis nicht nur auf Menschen eingegrenzt ist, die ein starkes Interesse an der sozialen Dreigliederung haben, sondern sich an alle Akteure richtet, denen die oben skizzierten Problemlagen Sorge bereiten. Anthroposophische Aufklärung – so könn-

te man das Vorhaben der Zeitschrift bezeichnen – richtet sich nicht nur an den Kreis des Netzwerkes, sondern an alle, die sich dem ‚sapere aude‘, *habe den Mut, dich deines Verstandes zu bedienen*, verpflichtet sehen.

Der Vorstand des Instituts für soziale Gegenwartsfragen möchte deshalb die Zeitschrift auf eine etwas andere Grundlage stellen und schlägt vor:

- Die Zeitschrift soll rechtlich-organisatorisch in die Hände des Instituts gelegt werden. Die faktische Verantwortung für die Zeitschrift lag in der Vergangenheit schon beim Institut. Dies kommt auch dadurch zum Ausdruck, dass das Institut die Finanzierungslücke für das vergangene Jahr aus Eigenmitteln geschlossen hat. Die offizielle Herausgeberschaft durch das Institut schafft bessere Finanzierungsmöglichkeiten durch Stiftungen und andere Geldgeber, die mit der Geschichte der Zeitschrift nicht vertraut sind. Ohne externe Gelder wird die Zeitschrift nicht überleben können.
- Die inhaltliche Struktur soll neu gegliedert werden und die Arbeit des Instituts in der Zeitschrift deutlicher spiegeln:
 - durch etwa zwei sozialwissenschaftliche Artikel pro Ausgabe,
 - durch aktuelle Magazin- und Debattenbeiträge, in denen Gegenwartsfragen erörtert und kommentiert werden,
 - durch Interviews mit transformativen Akteuren, so dass die Sozialimpulse in den Dialog mit transformativen Bewegungen treten,
 - durch Veröffentlichung von Einführungs- und Schulungsmaterial, das im Rahmen von Fortbildungen und Begleitstudiengängen des Instituts entstehen wird.
- Das Layout der Zeitschrift soll behutsam modernisiert werden. Entwürfe hierzu werden beim nächsten Netzwerktreffen 21.-23. April in Bad Boll vorgestellt.
- Der Vertrieb von PDF-Exemplaren über das Internet soll ermöglicht werden. Der Internetauftritt bedarf einer Modernisierung in Layout und Struktur.
- Die Zeitschrift soll abonniert werden können. Der einfache Abo-Preis wird voraussichtlich bei 40 € pro Jahr liegen.
- Menschen, denen die Existenz einer solchen Zeitschrift wichtig ist, wollen wir anbieten, ein **Förderabo** abzuschließen. Förderabonnenten fördern die Zeitschrift mit mindestens 100 € pro Jahr und ermöglichen so die redaktionelle Unabhängigkeit des Projekts. Die Förderer bilden einen Förderkreis, mit dem wir in fortwährendem Austausch sind und die weitere Entwicklung der Zeitschrift besprechen. Das bisherige Kostenausgleichsverfahren wäre dann nicht mehr nötig und kann beendet werden.

Die Umstellungen sollen zum 1. Januar 2024 erfolgen. **Für dieses Jahr machen wir mit dem bekannten Kostenausgleichsverfahren weiter und planen, drei Hefte herauszubringen.**

Wie es mit der „Initiative Netzwerk Dreigliederung“ weiter gehen kann, soll unter anderem auch auf dem kommenden Netzwerktreffen mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern besprochen werden. Darüber hinaus soll der Dialog mit den Leserinnen und Lesern im Jahr 2023 fortgesetzt werden.

Der Etat 2023

Damit diese Zukunft Wirklichkeit werden kann, gilt es jedoch, das Jahr 2023 finanziell zu überstehen. Sie erhalten mit diesem Heft ein Doppelheft 4-22/1-23, das umfangreicher als gewöhnlich ist. Neben diesem Doppelheft planen wir für das laufende Jahr noch mit zwei weiteren Ausgaben. Dies ist die Konsequenz aus den Rückgängen auf der Einnahmenseite.

Auf der Ausgabenseite haben wir die realen Kosten für die Herstellung der Zeitschrift auf der Grundlage der Erfahrungen der letzten Jahre genauer berechnet und auch Preissteigerungen mitberücksichtigt. Dieser Etat gibt nun ein realistischeres Bild.

Wie immer gilt: Das sind nur Richtsätze. Wer weniger geben kann, gibt weniger. Wer mehr geben kann, gibt mehr. Bei einem verbleibenden Defizit besteht keine „Nachschusspflicht“ für die am Kostenausgleich Beteiligten. Es kann nur durch Einsparungen – oder durch externe Geldgeber – ausgeglichen werden.

Initiative Netzwerk Dreigliederung – Etat 2023

	Einnahmen	Ausgaben 4 Hefte / Jahr	Ausgaben 3 Hefte / Jahr
Kostenbeiträge für „Sozialimpulse“	3.000,00 €		
Sachkosten (Druck, Porto, Vertrieb)		16.000,00 €	12.000,00 €
Büro- und Verwaltungskosten		2.000,00 €	1.500,00 €
Reise-, Unterbringungs- und Raumkosten		1.000,00 €	1.000,00 €
Autorenhonorare		4.000,00 €	3.000,00 €
Lektorat		6.000,00 €	4.500,00 €
Grafik und Satz		4.000,00 €	3.000,00 €
Vertrieb und Büroorganisation		10.000,00 €	7.500,00 €
Redaktion		30.000,00 €	22.500,00 €
Zusammen	3.000,00 €	73.000,00 €	55.000,00 €
Erwartete Unterdeckung		70.000,00 €	52.000,00 €

Soll die Zeitschrift in der geplanten Weise in 2023 erscheinen, bedarf es höherer Einnahmen: Wenn 500 Bezieher sich mit 100 € am Kostenausgleichsverfahren beteiligen, können wir die Unterdeckung von 52.000 € nahezu ausgleichen.

Treuhandkonto Czesla
IBAN: DE 65 6005 0101 0001 1616 25
BIC: SOLADEST (BW Bank Stuttgart)
Verwendungszweck: „Kostenausgleich 2023“

Leserinnen und Leser, die lediglich die Zeitschrift beziehen, ohne sich am Kostenausgleich zu beteiligen, bitten wir, für 2023 eine Erhöhung des Bezugspreises auf 40 € bei ihrer Überweisung zu berücksichtigen (Verwendungszweck bitte „Rundbrief 2023“).

Bitte achten Sie bei Ihrer Überweisung auf eine deutliche Zuordnung Ihrer Zahlung zu Ihrem Namen beziehungsweise Ihrer Institution, damit wir die Kostenausgleichsbescheinigung korrekt ausstellen können.

Steuerliche Behandlung

Der Kostenbeitrag ist keine Spende. Das Netzwerk ist nämlich kein gemeinnütziger Verein, sondern die an ihm beteiligten Menschen, Firmen und Institutionen bilden juristisch eine „Innengesellschaft“. Sie tritt nach außen hin, zum Beispiel einem Finanzamt gegenüber, nicht selbstständig auf. Jeder Gesellschafter kann im Rahmen der Innengesellschaft die Verantwortung für einen nach eigenem Ermessen anzusetzenden Kostenbeitrag übernehmen. Die Beiträge können und sollten von Menschen, Firmen und Institutionen, für welche die Beteiligung am Netzwerk in einem Zusammenhang mit ihrer beruflichen/gewerblichen Tätigkeit steht, als Werbungskosten beziehungsweise als Betriebsausgaben steuerlich abgezogen werden.

Netzwerktreffen 2023

Preisbildung zwischen Inflation und Krisengewinnen

Fr. 21. – Sa. 23. April 2023

**Seminar für freiheitliche Ordnung e.V.¹,
Badstr. 35, Bad Boll**

Nach dreijähriger Pause findet 2023 wieder ein Präsenztreffen des Netzwerks Dreigliederung statt, zu dem wir Sie herzlich einladen!

Wir werden mit Bad Boll eine der ältesten Dreigliederungs-Institutionen in Deutschland besuchen und den dortigen Neugriff bereichern. Auf dem Treffen wird es genügend Zeit für die Vorstellung Ihrer Initiativen und Projekte geben – sei es auf einem „Marktplatz“ mit Plakaten, Flyern und ausgelegten Informationen oder in einem Plenum mit 5-10-minütigen Redebeiträgen.

Der inhaltliche Fokus des Treffens liegt auf der Preisbildung. Rudolf Steiner charakterisierte die heute immer noch bestehende Preisbildung als „Zufallsmärkte“ (GA 332a). Die Teuerungsprozesse der letzten Jahre illustrieren dies deutlich. Stets zeigen sich einige Gewinner neben zahlreichen Verlierern, und es wird nach dem Staat für einen ausgleichenden Eingriff oder soziales Abfedern gerufen.

- Doch wie kann sich heute bewusst gegriffene Preisbildung vollziehen?
- Welche Faktoren der Preisbildung sind zu berücksichtigen? Und wer ist an der Preisbildung wie beteiligt?

Die Teilnehmenden sind herzlich eingeladen, sich rege zu beteiligen: durch inhaltliche Thesen, Projekt-Vorstellungen, Gespräche und weitere Ideen.

Anmeldung:

www.sozialimpulse.de/netzwerktreffen

Infos und Fragen:

Moritz Christoph, mchristoph2011@gmail.com

Kosten und Verpflegung:

- Die Kosten für den Tagungsort werden durch eine Spende der Bewegung für soziale Dreigliederung e.V. (Berlin) übernommen.
- Pausenverpflegung und Abendessen (Freitag und Samstag) werden organisiert. Um eine Spende für die Verpflegung wird gebeten.
- Bitte anmelden! Auch wenn es keinen Tagungsbeitrag gibt. Und gerne bei der Anmeldung schreiben, wenn Initiativvorstellungen oder andere Beteiligungsarten geplant sind.

¹ Tagungsort Google-Maps | Anreise z.B. über Göppingen mit Bus 920 bis Eichhalde alle 30 Minuten

Hotels in der Nähe (Auswahl in Laufnähe): Tagungszentrum Hotel evangelische Akademie Bad Boll; Badhotel Restaurant Stauferland; Landhotel Sonnenhalde; Seminaris Hotel Bad Boll;...

Ablauf

Freitag, 21. April 2023

17.00 Uhr: Ankommen & Kaffee (Snack)

18.30 Uhr: Begrüßung & Vorstellungsrunde;
Bad Boll; Stefan Padberg

19.00 Uhr: Impulsreferat 1: Preisstabilität – Importierte Inflation versus Inflation durch Geldmengenvermehrung; André Bleicher

20.00 Uhr: Impulsreferat 2: Preisbildung und Preissetzung – Wirtschaft und Ethik am Beispiel des Gesundheitswesens; Moritz Christoph

20.30 Uhr: Blick auf Samstag

20.45 Uhr: Ende & freies Gespräch

Samstag, 22. April 2023

09.00 Uhr: Einstimmung

09.15 Uhr: Gemeinsames Abstecken des Themengebietes „Preisbildung und Inflation“ – Thesensammlung für die Arbeit in Schwerpunkt-Gruppen

10.45 Uhr: Kaffeepause

11.15 Uhr: Ideenschmieden Schwerpunkt-Gruppen

12.45 Uhr: Mittagspause (Verpflegung extern) – Es gibt verschiedene Angebote in der Umgebung

14.00 Uhr: Markt der Möglichkeiten:
Infostände (jeder kann ausstellen)

15.00 Uhr: Markt der Möglichkeiten:
Vorstellungen von Initiativen im Plenum

16.00 Uhr: Kaffeepause

16.30 Uhr: Ermöglichen aus dem Ganzen – European Credit Initiative; Die Herausforderungen der Krisenbewältigung als Chance für einen neuen Blick auf das Wesen des Geldes; Gerhard Schuster

17.15 Uhr: Neutralisierung von Produktionsmitteln; angefragt Purpose Stiftung

18.00 Uhr: Abendessen

19.30 Uhr: Netzwerkdreigliederung – Zeitschrift Sozialimpulse; Stefan Padberg

20.30 Uhr: Netzwerkdreigliederung (Teil 1): Welche Zusammenarbeit wollen wir? Initiativen, Projekte, Ideen

21.10 Uhr: Rückblick auf den Tag; Gerald Häfner

21.30 Uhr: Ende & freies Gespräch

Sonntag, 23. April 2023

09.00 Uhr: Einstimmung

09.15 Uhr: Netzwerkdreigliederung (Teil 2) Welche Zusammenarbeit wollen wir? Zeitschiene bis zum nächsten Treffen

10.45 Uhr: Kaffeepause

11.15 Uhr: Was erwartet uns? Was erwartet die Welt? Ausblick und Diskussion; Gerald Häfner

12.45 Uhr: Ende



Initiativen

Stiftung Wege zur Qualität Soziale Bedingungen qualitativer Arbeit

Seminarangebot Deutschland

Wege zur Qualität umfasst eine Vielfalt methodischer Anregungen zur Gestaltung der beruflichen Zusammenarbeit. Die Grundzüge des Verfahrens können im Selbststudium erarbeitet werden. Die Stiftung unterstützt die Einführung durch das vorliegende Schulungsprogramm. Weitere Seminarangebote zu Anwendungsfragen werden auf der Website veröffentlicht.

Einführungsseminar

Rudolf-Steiner-Schule Hamburg Bergedorf,
Samstag, 11. November 2023

Das Seminar dient zur Einführung in die dem Verfahren zugrunde liegende Denk- und Arbeitsweise und zur Darstellung der zur Umsetzung notwendigen praktischen Arbeitsschritte.

Erfahrungsberichte aus der Anwendungspraxis von *Wege zur Qualität* ergänzen die seminaristische Arbeit, die Raum für Austausch und Gespräch bietet.

Zielgruppe: Neue Mitarbeitende, Eltern, Interessenten

Verfahrensschulung

Termine auf Anfrage

Weiterbildung zur Gestaltung aufgabenorientierter Zusammenarbeit

Ziele: Verständnis für die dem Verfahren zugrunde liegende Denk- und Arbeitsweise bilden.

Basiskompetenzen zur Umsetzung des Verfahrens in der Praxis üben.

Zielgruppe: Verantwortungsträger*innen aus den Gremien der Einrichtung, Leiter*innen derverschiedenen Konferenzen, interessierte Kolleg*innen und Mitarbeiter*innen.

Workshop zu Fragen der Führungspraxis in sozialtherapeutischen und heilpädagogischen Einrichtungen

Anthroposophisches Zentrum Kassel,
Freitag, 29. September 2023

Erfahrungsaustausch auf Grundlage des Arbeitspapiers „Grundlagen eines Führungs- und Leitungsverständnisses für heilpädagogische und sozialtherapeutische Einrichtungen“

Konferenzleiterschulung

Anthroposophisches Zentrum Kassel,
Samstag, 7. Oktober 2023

Weiterbildung für Konferenzgestaltung und Konferenzleitung. Methodische und persönliche Kompetenzen einer aufgabenbezogenen Gesprächsführung

Weitere Informationen, Fragen und Anmeldung

Seminarorganisation Deutschland,
Bettina Held, Alfonsstr. 7, D-86157 Augsburg
Telefon +49 (0)176 52058079
Fax + 49 (0)821 40877043
seminare@wegezurqualitaet.info
www.wegezurqualitaet.info

Filmprojekt

ZUSAMMENSPIEL

Anregungen zu einer Sozialen Dreigliederung des öffentlichen Lebens

Die Moderne ist geprägt durch die Phänomene der Individualisierung, Globalisierung und Industrialisierung.

Sind Kapitalismus oder Kommunismus die einzigen Antworten
auf die dadurch entstehenden Fragen und Probleme?

Was kann geschehen, wenn wir versuchen, das öffentliche Leben in drei verschiedene Bereiche zu gliedern?

Ein junges Filmteam hat sich drei Jahre lang mit der Sozialen Dreigliederung beschäftigt,
verschiedenste Menschen interviewt und einzelnes versucht spielerisch darzustellen.

Weitere Informationen unter: www.filmprojekt.dreigliederung.de